

DIE WELTWOCHEN



Die Erotik der Macht

Wie der Politiker Geri Müller von einer rachsüchtigen Internet-Freundin terrorisiert wurde. *Von Philipp Gut*

Feigling Didier Burkhalter

Der ängstliche Aussenminister steht nicht zu seiner Politik. *Von Urs Paul Engeler*

Aarburg: Der ganz alltägliche Asyl-Wahnsinn

Wie das schmucke Städtchen von den Kantonsbehörden reingelegt wurde. *Von Alex Reichmuth*





Traumhafte Aussichten: Machen Sie mit beim *Panorama-Quiz* von UBS.

Gewinnen Sie mit etwas Glück ein Hotel-Wochenende für Sie und Ihre 30 besten Freunde oder einen der weiteren attraktiven Preise. Und so einfach geht es: Holen Sie sich Ihre Panorama-Sticker in einer UBS-Geschäftsstelle und beantworten Sie eine Frage zu einem der Aussichtsorte. Dabei erhalten Sie übrigens auch die neue Broschüre «Die 100 schönsten Aussichten» von Schweiz Tourismus und UBS. Mit vielen Insider-Tipps und vergünstigten Freizeitangeboten. Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

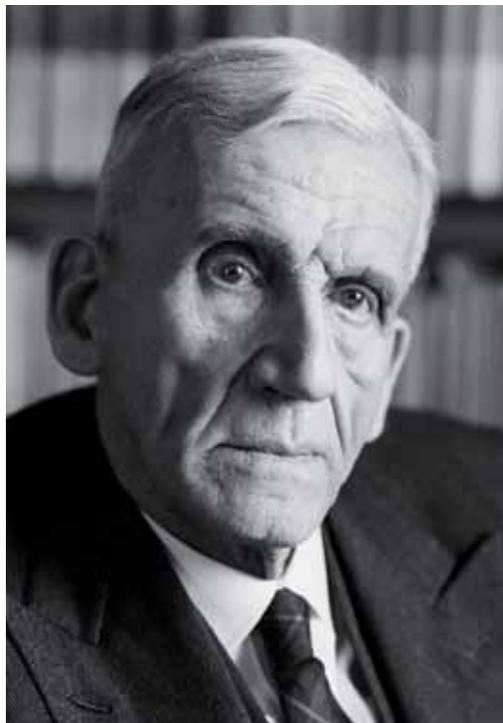


UBS – Partner von
Schweiz Tourismus



www.ubs.ch/entdecken

Vor exakt sechzig Jahren hielt der berühmte Schweizer Staatsrechtler Zaccaria Giacometti an der Uni Zürich seine Rektoratsrede. Titel: «Die Demokratie als Hüterin der Menschenrechte». Der Rechtsgelehrte befasste sich mit der Frage, inwiefern es in der Demokratie rechtliche Schranken brauche, um grundlegende persönliche Freiheitsrechte, eben Menschenrechte, dauerhaft abzusichern. Giacometti nahm eine Debatte vorweg, die auch heute wieder geführt wird, allerdings emotional und parteipolitisch vernebelt: Ist die direkte Demokratie durch einen Überbau an völkerrechtlichen Bestimmungen einzuhalten, oder aber würde



Wohltuender Akzent: Staatsrechtler Giacometti.

diese Überordnung internationalen Rechts eine gefährliche Gefährdung unserer Demokratie bedeuten? Giacometti kam zum Schluss, dass der Staat auf keinen Fall die Freiheitsrechte der Bürger im Namen der Staatsräson einschränken darf. Gerade die Demokratie sei eine wirksamere Hüterin der Demokratie als internationale Gremien. Giacomettis Rede setzt einen wohltuenden Akzent gegen das Getöse heutiger Verfechter von sogenannten Menschenrechten, die wieder einmal die direkte Demokratie beschneiden wollen. **Seite 32, 34**

Er ist eine der farbigsten Figuren der Schweiz: der französisch-schweizerische Unternehmer Alain Duménil. Seit rund dreissig Jahren lebt er diskret in der Westschweiz. Selbst als er vor fünf Jahren die Mehrheitsbeteiligung an der liberalen Wirtschaftszeitung *L'Agefi* erwarb, drängte er nicht an die Öffentlichkeit. Seit einer Woche ist alles anders: Duménils Feinde aus der klei-



Ungerecht behandelt: Unternehmer Duménil.

nen Welt der Medien in der Romandie, so vermutet er, hätten dafür gesorgt, dass eine Strafuntersuchung gegen ihn publik wurde. Duménil, dessen Urgrossvater die Vorgängerzeitung von *Le Monde* geleitet hatte, fühlt sich ungerecht behandelt, von Widmer-Schlumpfs Steuerbeamten und von den Zeitungen. Als die *Weltwoche* um einen Termin bat, sagte Duménil spontan zu und empfing Redaktor Florian Schwab bei sich in Genf, in einem Sacko, das aus seiner eigenen Manufaktur stammt. **Seite 28**

Für die meisten Regisseure ist Hollywood ein Sehnsuchtsort. David Cronenberg, Altmeister des subtilen Horrorkinos, hat das Leben in Los Angeles und die Arbeit nördlich des Sunset Boulevard dagegen nie interessiert. Der kanadische Filmemacher erhielt immer wieder Angebote, um Blockbuster für die grossen Studios zu drehen – Cronenberg lehnte stets ab. Umso überraschender, dass er den Mythos der Traumfabrik in seinem neuen Werk «Maps to the Stars» nun selbst zum Thema macht. Claas Relotius traf den 71-Jährigen in Cannes und sprach mit ihm über sein Verhältnis zu Hollywood. Ein Interview, in dem Cronenberg von den Abgründen einer Scheinwelt berichtete. **Seite 64**

Der Schweizer Historiker und Oxford-Professor Oliver Zimmer beleuchtet in dieser Ausgabe eine faszinierende Facette des britischen Schriftstellers George Orwell. Der unorthodoxe linke Autor schrieb ausgerechnet während der Bombardierung Englands durch die Nazis ein Lob der Nation. Anders als heutige Berufseuropäer sah Orwell im Nationalen nichts Verwerfliches, sondern ein Bollwerk gegen totalitäre, undemokratische Politik. **Seite 54**

Ihre Weltwoche

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich

Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69,

E-Mail: redaktion@weltwoche.ch

E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch

Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07,

E-Mail: verlag@weltwoche.ch

Internet: www.weltwoche.ch

Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91

E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch

Jahresabonnement Inland Fr. 283.– (inkl. MwSt.)

Probeabonnement Inland Fr. 40.– (inkl. MwSt.)

Weitere Angebote für In- und Ausland unter

www.weltwoche.ch/abo

E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)

Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel

Stv. Chefredaktor: Philipp Gut (*Leitung Inland*)

Produktionschef: Lukas Egli

Redaktioneller Berater: Urs Paul Engeler

Redaktion:

Rico Bandle (*Leitung Kultur*),

Alex Baur, Urs Gehrig, Wolfgang Koydl,

Christoph Landolt, Christian Mundt,

Daniela Niederberger, Alex Reichmuth,

Markus Schär, Beatrice Schlag (*Los Angeles*),

Florian Schwab, Mark van Huissingel

Redaktionelle Mitarbeiter:

Miroslav Barták, Peter Bodenmann,

Silvio Borner, Henryk M. Broder,

Peter Hartmann, Pierre Heumann,

Peter Holenstein, Hansrudolf Kamer,

Peter Keller, Wolfram Knorr,

Tom Kummer, Dirk Maxeiner,

Christoph Mörgeli, Franziska K. Müller,

Daniele Muscionico, Deborah Neufeld,

Kurt Pelda, Peter Rüedi,

Kurt Schiltknecht, David Schnapp,

Hildegard Schwaninger,

Martin Spieler, Sacha Verna (*New York*),

Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*),

Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring

Bildredaktion: Laura Kolodziej (*Leitung*),

Simon Keller, Maya Wipf (Assistentin)

Layout: Daniel Eggspühler (*Leitung*), Silvia Ramsay

Korrektorat: Cornelia Bernegger und

Rita Kempfer (*Leitung*), Viola Antunovits,

Gregor Szyndler, Dieter Zwicky

Sekretariat: Miriam Schoch (*Leitung*),

Inga-Maj Hojajj-Huber

Marketing: Guido Bertuzzi (*Leitung*)

Anzeigenverkauf: Stephan Schwab (*Leitung*),

Fabian Keller, Brita Vassalli

Anzeigeninnendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)

Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07

E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch

Online-Vermarktung: Adextra

Tarife und Buchungen: info@adextra.ch

Druck: Ziegler Druck- und Verlags-AG,

Rudolf-Diesel-Strasse 22, 8404 Winterthur

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier, das aus 100 % Altpapier hergestellt wird. Es schont Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.

Shortcut: Mit dem iPhone *Weltwoche*-Artikel empfehlen und aufbewahren sowie Zusatzinhalte entdecken. www.weltwoche.ch/shortcut





Sauber Reinigungen

Wir putzen auch
in Ihrem Büro,
Herr Widmer

Die Wirkung macht den Unterschied.

Mit dem Werbebrief überzeugen Sie Ihre Zielgruppe persönlich und direkt. Ihrer Kreativität sind praktisch keine Grenzen gesetzt. Ihrem Erfolg auch nicht.

Fakten, Erfolgsgeschichten und Inspiration: post.ch/wirkung

DIE POST 

Gelb bewegt.

Im Zweifel für Geri Müller

Der Aargauer Politiker muss nicht zurücktreten.

Von Roger Köppel

Die Frage wirbelt durch die Zeitungsspalten: Hat es uns zu interessieren, wenn ein gewählter, landesweit bekannter Politiker im Stadthaus seine Hosen runterlässt, um seiner Tagesabschnittspartnerin freudig den momentanen Zustand seiner Erregung mitzuteilen? Oder haben wir es hier mit einer strikt privaten Handlung zu tun, die ähnlich wie die Versendung eines Kochrezepts aus dem Büro oder wie ein Glückwunschtelefon an den Sohn, der eben seine Lehrabschlussprüfung bestanden hat, so lange belanglos bleibt, wie sie die Amtsführung des betreffenden Politikers nicht behindert?

Der amerikanische Präsident Bill Clinton gab zu, im Weissen Haus Oralsex mit einer Angestellten gehabt zu haben, und durfte im Amt bleiben. Der Badener Stadtpräsident Geri Müller gestand, dass er aus seinem Büro Nacktbilder von sich an eine zwischenzeitliche Internet-Geliebte schickte. Jetzt debattiert die Schweiz darüber, ob für den frivolen Stadttammann von Baden strengere Gesetze gelten sollen als für einen Staatspräsidenten in den prüden USA.

Moralisierende Lokalmedien, die Müller gierig outeten, versuchten eine Story von Amtsmissbrauch und Verschwendung kostbarer Arbeitszeit zu konstruieren. Das Alibi, um die Affäre voyeuristisch auszuweiden und trotzdem mit weisser Weste dazustehen, verfängt nicht. Müllers Sex-Selfies sind Privatsache. Sie mögen unappetitlich sein, ja anstössig, aber was geht es uns an, was zwei erwachsene Menschen im Hormonrausch an Ferkeleien untereinander austauschen?

Hätten die Medien geschwiegen, wenn Müller anstatt SMS und Bildchen wundervolle literarische Gedichte mit raffinierten Tuschzeichnungen seiner Genitalien gesendet hätte? Die Sittenwächter, die Müllers Privatsphäre brutal torpediert haben, müssten einmal erklären, wo sie die Grenze ziehen. General Ulrich Wille schrieb während seines Aktivdiensts im Ersten Weltkrieg schmachtende Liebesbriefe an seine Frau, in denen er politische Überlegungen mit intimen Bekenntnissen spickte. Die medialen Moralhüter würden heute Willes Amtsenthebung fordern, weil auch er während der Dienstzeit private Botschaften an die Angebetete abschickte. Darüber hinaus feilte Wille an seinen amourösen Formulierungen mit Sicherheit viel länger als Geri Müller an seinen SMS-Zweizeilern. Ein klarer Fall von Arbeitszeitverschwendung, und erst noch im Krieg! Wer's glaubt.



«Elektronisch archivierter Giftmüll.»

Es gibt eigentlich keinen Rechtfertigungsgrund, die privaten Nachrichten Müllers an die Öffentlichkeit zu zerren. Dass er Bilder aus dem Bundeshaus oder aus seinem Badener Präsidentenbüro versendete, ist ein schwacher Aufhänger. Läge hier der Skandal, müsste man den Bundesparlamentariern in Bern verbieten, während der Session die Sportseiten der Zeitungen zu lesen oder das Kinoprogramm. Wer bei staatlich besoldeten Politikern auf eine talibanstrikte Trennung von Beruf und Privatleben pocht, moralisiert am Leben vorbei. Der Grad der Obszönität oder Freizügigkeit privater Kommunikation allein kann auch kein Kriterium sein, solange sich alles im legalen Be-



reich bewegt. Jeder Mensch ist lächerlich, wenn man ihn ausserhalb der Unterhosen überrascht. Und Sex ist Privatsache, auch dann, wenn man gelegentlich am Arbeitsplatz in Gedanken von Frühlingsgefühlen übermannt wird.

Entscheidend ist: Nach unseren Informationen hat sich Müller nichts zuschulden kommen lassen. Die Internetbeziehung zwischen ihm und der Frau verlief nach altbekanntem Muster. Zwei Erwachsene steigern sich in einen elektronischen Erotikaumel. Freiwillig tauschen sie nicht gerade jugendfreie Bilder und Botschaften aus. Irgendwann hat der Mann genug, die Frau aber will weitermachen. Der Mann, da öffentlich bekannt, verlangt die bei Tageslicht kompromittierenden Bilder zurück. Die Frau bockt, kokettiert, setzt Druck auf, weigert sich, das Material zu löschen, streut subtile Drohungen, weint sich aus, droht mit Selbstmord und auch wieder nicht, spielt eiskalt ihre Macht aus, liebäugelt mit den Medien, dient sich mal da und biedert sich mal dort an mit dem Ziel, den Verflissenen doch irgendwie am Haken zu behalten. Aus Selbstschutz hüllt sie sich in Nebelschwaden vorgetäuschter Verwirrtheit. Natürlich weiss sie jederzeit ganz genau, dass sie elektronisch archivierten Giftmüll in den Händen hält, der unter Umständen geeignet ist, die Existenz des Geliebt-Gehassten zu beschädigen, wenn nicht zu zerstören. Es fehlt nur noch die Zeitung, die sich mit ihr ins Bett legt, um den Rufmord zu vollenden.

Klar, natürlich: Wie dumm, einsam oder verführbar muss ein Politiker sein, dass er sich einer nachtschönen Unbekannten so hüllenlos anvertraut? Man kann nur hoffen, dass Müller in der Besetzung seiner Mitarbeiterposten eine bessere Menschenkenntnis beweist als in der Auswahl seiner Brieffreundinnen. Ungeachtet dessen ist die Weltgeschichte voller Beispiele begabter, intelligenter, erfolgreicher Männer, die sich in ihrem Privatleben von einem Trümmerhaufen zum nächsten Beziehungsdebakel hangelten. Hier gilt das Prinzip von Augenmass und Toleranz. Der stabilste Mann kann, wenn es um Frauen geht, von Kräften überwältigt werden, die sich keiner Kontrolle fügen. Geri Müller wäre von seiner Gefühlsflava fast verschlungen worden, aber er hat sich eben keiner Vergehen schuldig gemacht, mit denen man seine Blossstellung rechtfertigen könnte.

Trotzdem ist es gut, wenn solche Geschichten herauskommen, obschon es dazu der Nennung des prominenten Namens nicht bedurft hätte. In der Schweiz ist zu oft von der «Würde des Amtes» und der «Würde der Institutionen» die Rede. Die hochtrabende Selbstbeweihräucherung des politischen Betriebs ist verlogen und unerträglich. Man muss die Politik nicht so hoch hängen, um ihr mit Respekt zu begegnen. Der Fall Müller zeigt, dass es hinter den Kulissen nicht gutmenschlich, sondern zum Glück nur menschlich zugeht. Wer ohne Fehl und Tadel ist, der werfe den ersten Stein.



Atemberaubend: Lauren Bacall. Seite 62



Sieg in Strassburg: deportierte Georgier. Seite 52



Was ist los? Aarburg. Seite 22



Neuer Saurier: Sánchez-Villagra. Seite 42

Kommentare & Analysen

- 5 **Editorial**
- 9 **Kommentar Feigling Didier Burkhalter**
- 9 **Im Auge Andrew Crofts, Bestsellerautor**
- 10 **Sprachenstreit «Ça suffit»**
- 11 **Personenkontrolle Ogi, Schmid-Federer, Markwalder**
- 11 **Nachruf James Schiro, Peter Scholl-Latour**
- 12 **Affären Protokoll eines menschlichen Dramas**
- 16 **Die Deutschen Nach Feierabend**
- 16 **Wirtschaft Sicherere Banken, einheitlicher Zins**
- 17 **Ausland Rassenkrieg in Suburbia**
- 18 **Mörgeli Das Ende der Fahnenstange**
- 18 **Bodenmann Die fremden Panzerknacker**
- 19 **Medien Digitale Blutspur**
- 19 **Gesellschaft Intimes Geschäft**
- 20 **Leserbriefe**
- 20 **Darf man das?**

Hintergrund

22 Die Grillparty-Bewegung

Aarburg wehrt sich mit allen Mitteln gegen noch mehr Asylbewerber. Was ist los im beschaulichen Städtchen?

- 26 **Bund Was das Asylwesen wirklich kostet**

28 «Man fährt die Schweiz gegen die Wand»

Der Unternehmer Alain Duménil steht im Fokus der Steuerfahnder von Finanzministerin Widmer-Schlumpf

- 31 **Wissenschaft Schweiz im Rückstand**

32 Die ertappte Elite

Asylinitiative, Landesrecht vor Völkerrecht: Alle feuern auf die SVP. Was steckt hinter der übertrieben scheinenden Erregung?

- 34 **Europa Aushebelung der Demokratie**

36 Das bittere Los der Stiefeltern

Männer und Frauen in Patchwork-Familien haben rechtlich und politisch nichts zu sagen – das muss sich ändern

- 38 **Strom Leuthards Atom-Plädoyer**

- 39 **Bilaterale Im Reich der Fantasie**

- 40 **Wetter Jörg Kachelmann über falsche Prognosen**

42 Zwanzig Jahre Knochenarbeit

Wie Marcelo Sánchez-Villagra, ein Wissenschaftler der Uni Zürich, eine neue Saurierart entdeckte

- 45 **Medizinisches Institut Schall und Rauch**

- 46 **Sternstunden der Schweiz Geschichte der Bank Leu**

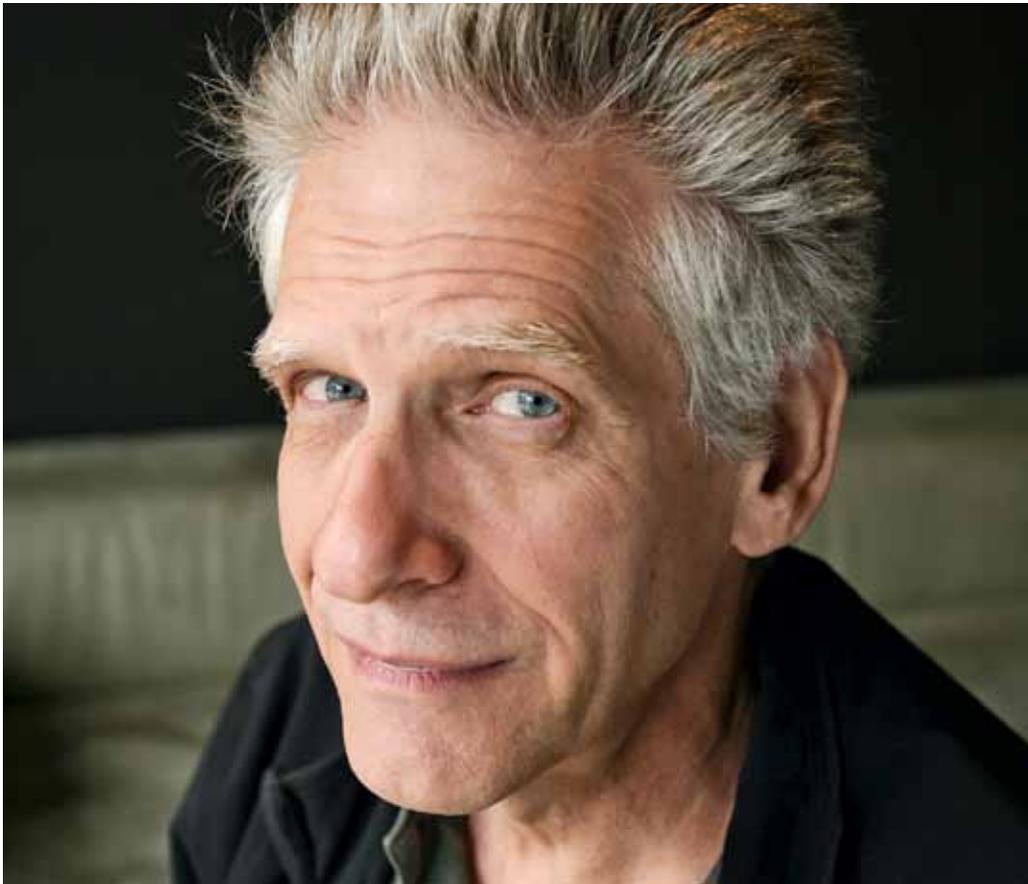
48 Der gute Diktator

Asiatische Alleinherrscher schneiden im Schnitt besser ab als jene im Nahen Osten

- 52 **Menschenrechte Georgien – Russland 5 : 0**

54 Orwells Lob der Nation

Die unorthodoxen Ansichten der britischen Schriftstellerlegende George Orwell



«Mit jedem grauen Haar noch mehr Charakter»: Regisseur Cronenberg. Seite 64

Interview

64 «Hollywood ist ein gefährlicher Planet»

David Cronenberg, der Meister des subtilen Horrors, über die Bürgerlichkeit von Filmemachern und die Filmmetropole Los Angeles

Stil & Kultur

58 Stil & Kultur Endstation Synthetik

60 Bestseller

60 Entlarvung des Ego-Marketings

Der grosse Autor Martin Walser hat aus seinen Tagebüchern, die in diesen Tagen erscheinen, eine Art private Literaturgeschichte gemacht

61 Jazz Murat Cevik's Ararat Quintet

62 Legenden Arthur Cohn über Lauren Bacall

68 Top 10

68 Kino «Maps to the Stars»

69 Radio-Kritik Libidinös joggen mit SRF 3

70 Namen Es lockt der Herbst

71 Hochzeit Süss wie Honig

71 Thiel Sozialdemopathie

72 Wein Marqués de Murrieta Reserva 2008

72 Zu Tisch Der talentierte Herr Parth

73 Auto BMW 550i Touring

74 MvH trifft Pepe Lienhard

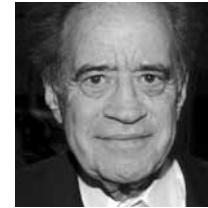
Autoren in dieser Ausgabe

Jörg Kachelmann



Der schillernde Wettermoderator und Meteorologie-unternehmer schreibt in dieser Ausgabe, weshalb auf die Prognosen des Schweizer Fernsehens kein Verlass ist. Seite 40

Arthur Cohn



Der erfolgreichste Schweizer Filmproduzent hat die besten Beziehungen zu Hollywood. In seiner Würdigung schildert er seine Begegnung mit dem kürzlich verstorbenen amerikanischen Filmstar Lauren Bacall. Seite 62

Blättern wie im gedruckten Heft.

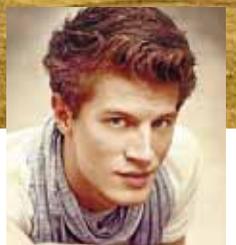
Mit der sanften Blättertechnik vermittelt das E-Paper noch mehr Lesevergnügen. Beachten Sie den Link auf unserer Website.



DIE WELTWOCH



Franziska Hölscher



Alexander Krichel



Kirill Troussov



André Schuen



Danjulo Ishizaka



Veronika Hagen

Klassik und Wellness im Südtirol

Stradivari Summit 2014

Der Mythos Stradivari fasziniert Klassikliebhaber bis heute. Erleben Sie das Gipfeltreffen der legendären Streichinstrumente – als Gast in einem der besten Wellness-Hotels Europas inmitten der Dolomiten!

Künstler von Weltrang erwarten Sie zu einem einzigartigen Musikfestival im exklusiven 5-Sterne-Wellness-Hotel «Alpina Dolomites» auf der Seiser Alm. Hier oben, auf Europas schönstem und grösstem Hochplateau, liegt Ihnen das sonnenverwöhnte Ferienparadies des Unesco-Naturparks «Weltnaturerbe Dolomiten» zu Füssen. Wellness, Wandern oder ein Ausflug nach Bozen oder Meran machen Ihren Aufenthalt zu einem Erlebnis.

Die Abende der Musikwoche sind dem genialen Antonio Giacomo Stradivari (1644–1737) gewidmet. Der berühmteste Instrumentenbauer aller Zeiten schuf in Cremona Streichinstrumente, deren Qualität bis heute unübertroffen ist. Die Konzerte mit den schönsten Werken der Klassik finden in der zu Fuss erreichbaren Franziskuskirche statt, deren einzigartige Akustik sie zu einem Kammermusiksaal der Weltklasse macht. Gleich drei seiner aussergewöhnlichen Meisterwerke sind am «Stradivari Summit 2014» zu hören: Die Stradivarius-Violine

«Brodsky» (1702), gespielt von Kirill Troussov; die Stradivarius-Viola «Paganini-Mendelssohn» (1731), gespielt von Veronika Hagen; und das Stradivarius-Violoncello «Feuermann» (1730), gespielt von Danjulo Ishizaka.

Weiter erleben Sie ein kostbares Violoncello des Geigenbauers Francesco Rugeri (Cremona, 1680), präsentiert von Benedict Kloeckner. Für weitere Highlights sorgen der international renommierte Bariton André Schuen sowie die exzellenten Pianisten Daniel Heide, Alexandra Troussova und Alexander Krichel (Gewinner «Echo Klassik 2013»).

Abgerundet wird das Erlebnis mit dem Nachbau der Stradivarius Violine «Maria Ex-Muir Mackenzie» (1694) des Pariser Instrumentenbauers Stephan von Baehr, der vor Ort Einblicke in die Baukunst einer Stradivarius gewährt. Das Instrument wird von Franziska Hölscher gespielt.

Platin-Club-Spezialangebot

«Stradivari Summit 2014»
4.–12. Oktober 2014, Seiser Alm, Dolomiten
Hotel «Alpina Dolomites Gardena Health Lodge & Spa****»

Spezialpreise und Arrangements
(pro Person und Zimmer bei Doppelbelegung;
Einzelbelegung auf Anfrage):

DZ «Dialer Superior» (ca. 50 m² mit Balkon)
• 8 Tage (4.–12. Oktober): € 2060.– (statt 2400.–)
• 4 Tage (4.–8./8.–12. Oktober): € 1050.– (statt 1220.–)

DZ «Saslong Exclusive» (ca. 50 m² mit Terrasse)
• 8 Tage (4.–12. Oktober): € 2210.– (statt 2550.–)
• 4 Tage (4.–8./8.–12. Oktober): € 1125.– (statt 1295.–)

«Molignon Suite» (ca. 75 m² mit Balkon)
• 8 Tage (4.–12. Oktober): € 2560.– (statt 2900.–)
• 4 Tage (4.–8./8.–12. Oktober): € 1300.– (statt 1470.–)

Leistungen
• 8 bzw. 4 Übern. inkl. HP mit 5- oder 6-Gang-Menü
• Nutzung Wellness- und Fitnessbereich
• Tiefgarage und gesamtes «Alpina-» Wohlfühlangebot
• Tägliches Einführungsgespräch gemäss Tagesprogramm

Buchung
Reservieren Sie Ihr Arrangement über Tel. +39 0471 345 308
oder per E-Mail: info@suedtirol-momente.com.
Bitte das Stichwort «Weltwoche» angeben.

Veranstalter
Südtirol Momente, Oberbozen/Ritten
www.suedtirol-momente.com

www.weltwoche.ch/platinclub



Feigling Didier Burkhalter

Von Urs Paul Engeler — Sämtliche Schweizer Nadelstiche gegen Russland haben ihren Ursprung beim ängstlichen Aussenminister. Dazu stehen will er aber nicht.



«Verständnis für die Entscheidung des Kollegen»: Bundesräte Didier Burkhalter (l.), Ueli Maurer.

SVP-Bundesrat Ueli Maurer, Chef des Verteidigungsdepartements VBS, hätte die russischen Kunstflieger der «Russian Knights»-Staffel mit ihren Su-27-Jets gerne an der Air 14 in die Luft steigen und in kühnen Formationen und Figuren über den Flugplatz Payerne düsen sehen. Die Ukraine-Krise sah er keineswegs als Hindernis für diesen freundschaftlich-sportlichen Auftritt. Das bestätigen mehrere VBS-Mitarbeiter, die sich denn auch bass erstaunt zeigten, als die russischen Piloten gut zwei Wochen vor der Show zum grossen 100-Jahr-Jubiläum der Schweizer Flugwaffe plötzlich ausgeladen wurden, und zwar durch das VBS, wie das offizielle Communiqué verkündete.

Tatsächlich aber hatte eine gezielte Intervention von Aussenminister und Bundespräsident Didier Burkhalter (FDP) den abrupten Sinneswandel bewirkt. Es gelang Burkhalter, der krampfhaft alles tut, um den Spitzen der EU zu gefallen, Maurer zu diesem antirussischen Affront zu überreden. In der Pressemitteilung wollte, schlechten Gewissens, das VBS die Verantwortung für diesen merkwürdigen, einseitigen und damit falschen Entscheid mit dem EDA teilen und formulierte: «In Absprache mit dem EDA hat das VBS entschieden.» Doch selbst diese Wendung liess das Aussenministe-

rium vor der Publikation aus dem Text streichen. So heisst es nur noch: «Das VBS hat entschieden.» Schliesslich, als Gipfel der Verdrehungen, flötete Burkhalter ins Mikrofon des welschen Radios, er habe «Verständnis für die Entscheidung des Kollegen».

Dass Ueli Maurer, einziger Vertreter der Grosspartei SVP im Bundesrat, derzeit derart deroutiert ist, dass er sich widerstandslos von einem Nebenmann mit einer anderen Agenda zu einer politischen Spitzkehr drängen lässt, ist die eine bedenkliche Entwicklung. Dass der EU-hörige Bundespräsident Didier Burkhalter ängstlich sich verleugnet und falschspielt, um seine aussenpolitische Scheinheiligkeit wahren und als «neutraler» Vermittler auftreten zu können, ist die andere politische Sorge.

Schlaumeierei führt zum Bruch

Wie stark Didier Burkhalter an der zweiten Provokation Moskaus, der Ausladung des Präsidenten der russischen Staatsduma, beteiligt war, ist umstritten. Die Spitzen der Parlamente hatten Ende September in Bern das 200-Jahr-Jubiläum der diplomatischen Beziehungen zwischen Russland und der Schweiz feiern wollen. Aus der gewundenen Mitteilung der Parlamentsdienste geht nicht hervor, wer

»» Fortsetzung auf Seite 10

Der grosse Verkannte



Andrew Crofts, Bestsellerautor.

Er sagt von sich, er sei «ein Voyeur, der den ganzen Tag schuftet», und betrachtet sich als Verwandten der literarischen Erzählfigur Nick Carraway im «Grossen Gatsby». Nur ist er nicht F. Scott Fitzgerald, sondern Andrew Crofts, ein 51-jähriger Brite, der so entspannt aussieht wie ein retirierter Tennistar und Millionenauflagen erreicht, allerdings anonym. Er sagt, er lerne bei der Arbeit die interessantesten Menschen kennen, und zählt auf: Erfinder, Entführer, Diktatoren, Wirtschaftsbosse, Reality-Stars, aber Namen nennt er nicht. Er hält ihnen heimlich das Schreib-Händchen. Crofts ist Ghostwriter, Auftragsschreiber, Phantomautor, Promi-Biograf; ein «Neger», wie solche Schattentexter einst hiessen. Aber sogar der Nobelpreisträger Gabriel García Márquez anerkannte die Nützlichkeit dieser Gespensterbranche. Möglicherweise verbarg sich ja schon hinter dem Meisterdichter Shakespeare ein Christopher Marlowe oder der Earl of Oxford. Alexandre Dumas beschäftigte ganze Schreibbüros, die seine Abenteuerromane im Akkord zu Papier brachten. Politiker benötigen eh starke Worte, schon der erste US-Präsident, George Washington, hielt sich einen Redenschreiber. Willy Brandt, ursprünglich Journalist, engagierte die Edelfeder Klaus Harpprecht, und Günter Grass lieferte ihm, aufs Copyright verzichtend, den Leitspruch «Mehr Demokratie wagen». Andrew Crofts hat gerüchteweise für Tony Blair die Memoiren geschrieben und hatte schon den Zuschlag von Ägyptens Mubarak in der Tasche. Er tauchte mit siebzehn in London auf, schlug sich eine halbe Karriere als begabter Freelance-Zeitungsschreiber durch und kam erst richtig zum Vorschein, als der Bestsellerautor Robert Harris gestand, Crofts habe ihm Teile des Thrillers «The Ghost» formuliert. Crofts fabuliert eisern jeden Tag am Computer und schafft so drei Bücher pro Jahr. Er schätzt, dass in Grossbritannien die Hälfte aller Sachbücher und zehn Prozent der Belletristik von fremden Dienstleistern verfasst werden. Jetzt erscheint das erste Buch unter seinem Namen: «Confessions of a Ghostwriter». Von Andrew Crofts. Das ist garantiert kein Pseudonym.

Peter Hartmann

diese Absage angeordnet hat. Gegenüber der *Weltwoche* erklärt der höchste Schweizer, Nationalratspräsident Ruedi Lustenberger (CVP), ganz tapfer: «Ich übernehme dafür die Verantwortung; die letzte Entscheidung habe ich getroffen.» Allerdings: Auf die Frage nach der Vorgeschichte dieser Brückierung und der Rolle des Aussendepartements in diesem Prozess wiederholt er nur: «Dazu sage ich gar nichts.»

Fakt ist, dass Didier Burkhalter in einer Sitzung der Aussenpolitischen Kommission (APK) die Parlamentarier ermuntert hat, die Spitzen der russischen Duma nicht offiziell zu empfangen. Er riet zu einer Schlaumeierei, wie sie peinlicherweise vor einem Jahr beim Besuch des Dalai Lama veranstaltet wurde. Um China nicht zu verärgern, wurde das geistliche Oberhaupt der Tibeter von Nationalratspräsidentin Maya Graf nicht offiziell im Namen der eidgenössischen Räte begrüsst; sie agierte gemäss Protokoll nur als Vizepräsidentin der kleinen «Parlamentarischen Gruppe Tibet». Der Bundesrat zeigte dem Dalai Lama demonstrativ die kalte Schulter. Zu solch unwürdigen Versteckspielchen mochte der Vorsitzende der Duma, Sergei Naryschkin, allerdings nicht in die Schweiz reisen. So kam es, wie vom EDA gewünscht, zum Bruch.

EU-Sanktionen auf kaltem Weg

Dass das Schweizer Parlament als höchste Instanz des Landes brav hinter den Vorgaben des ihm unterstellten Bundesrats trottet, ist die dritte beunruhigende politische Diagnose. Und dass das EDA nicht autonom handelt, sondern entlang den Vorgaben aus Brüssel und Washington, ist der vierte bittere Befund. Der Name Naryschkin figuriert auf der schwarzen Liste von Russen, die nicht mehr in die EU und in die USA einreisen dürfen. Diese Sanktionen übernimmt, obwohl nie beschlossen, auf kaltem Weg nun auch die Schweiz.

Das ist eines unabhängigen Staates unwürdig und verstösst zudem gegen die Neutralität, die zu leben Bern immer noch vorgibt. Wie parteilich der Schweizer Bundesrat mittlerweile operiert, lässt sich mit einem kurzen Test beweisen. Auf jede Massnahme der EU und der USA reagiert die Landesregierung – obwohl sie in keiner Weise an solche Beschlüsse gebunden ist – umgehend devot mit dem Versprechen, alles zu tun, damit diese Sanktionen nicht via Schweiz unterlaufen werden können. Auf keine Gegenmassnahme Russlands hat die Landesregierung je mit einer Zusage reagiert, alles zu tun, damit diese Boykotte nicht via Schweiz unterlaufen werden können.

Faktisch agiert Bundespräsident und Aussenminister Didier Burkhalter, innen feige getarnt, als Brüssels Marionettchen. Aussen hat man's längst registriert.

Sprachenstreit

«Ça suffit»

Von Markus Schär – Die Thurgauer sprechen sich gegen Frühfranzösisch aus. Die Freundeidgenossen gehen deshalb mit ihnen um wie die EU mit der Schweiz.



Thurgauer Regierungsrätin Monika Knill, SVP.

Jetzt gelte ich selbst unter den Scheuklappen-Schweizern als Hinterwäldler. Ich lernte an der Sekundarschule in Weinfeld und an der Kantonsschule in Frauenfeld (das ist die Hauptstadt des Kantons Thurgau, wie nur wenige Freundeidgenossen wissen) sechseinhalb Jahre Französisch. Mein Maturazeugnis zierte eine Sechse, weil ich alles Nötige über die Grammatik und die Literatur der Sprache von Racine, Molière und Marquis de Sade wusste; ich kann allerdings bis heute kein Telefonat auf Französisch führen, weil es nicht in mein alemannisches Maul passt. Mit dem *directeur romand* von Avenir Suisse, einem Diplomaten der Schweizerischen Eidgenossenschaft, oder dem Präsidenten der ETH Lausanne, einem Freiburger, pardon: *Fribourgeois*, sprach ich immer Englisch, damit wir uns verstanden.

Aber eben, seit letzter Woche sprechen mir die *compatriotes* nicht nur die Französischkenntnisse, sondern sogar jede Verständigungsbereitschaft ab. Unter mehreren Deutschschweizer Kantonen, in denen Vorstösse laufen, das Frühfranzösisch in der Primarschule wieder abzuschaffen und dafür den Unterricht in der Sekundarschule auszubauen, entschied zufällig im Thurgau das Parlament zuerst. Es überwies mit 71 gegen 49 Stimmen eine SVP-Motion – gegen Erziehungschefin Monika Knill (SVP). Die SVP stellt

im Thurgau zwar die mit Abstand grösste Fraktion, aber diese zählt nur 41 Mitglieder. Auf eine Mehrheit kam der Vorstoss im 130-köpfigen Rat, weil ihn Parlamentarier fast aller Parteien mittrugen: von FDP, CVP/GLP, EDU/EVP, sogar der SP und der geschlossenen Fraktion der Grünen. Viele Lehrkräfte sprechen sich dafür aus; eine Studie der Pädagogischen Hochschule Thurgau in Kreuzlingen (*au lac de Constance*, rechts oben auf der Landeskarte) zeigt, dass Frühfranzösisch nichts bringt.

«Die Abriegelung der Schweiz»

Ohne sich um störende Fakten zu scheren, zog Nationalrat Roger Nordmann (SP) über den Thurgau her. «Ich werde den Verdacht nicht los, dass die SVP mit dem Kampf gegen Frühfranzösisch noch viel mehr bezweckt: eine monokulturelle deutsche Schweiz», unkte der *Vaudois* im *Tages-Anzeiger*: «Dass es ihr auch darum geht, die Abriegelung der Schweiz voranzutreiben.» Er rief deshalb die Thurgauer Eltern dazu auf, Frühfranzösisch vor Bundesgericht zu erzwingen: «Bildung eines Grundrechts» (mit Aufnahme in die EMRK?).

Die Waadtländer Erziehungschefin Anne-Catherine Lyon (SP) hetzte gegen den Thurgau, der sich «isoliere». Der Aargauer Nationalrat Cédric Wermuth (SP) höhnte auf dem ihm eigenen Niveau, man solle einen Monat lang die Thurgauer Äpfel boykottieren, bis das Parlament kippe. Und Bundesrat Alain Berset (SP) drohte einmal mehr, der Bund könne in die Bildungshoheit der Kantone eingreifen – obwohl es in Bundesverfassung und Sprachengesetz dafür keine Grundlage gibt. Die Genossen fordern also – in verdankenswerter Unverfrorenheit –, die Freundeidgenossen sollten mit den Thurgauern umgehen wie die EU mit der Schweiz: beschimpfen und bedrohen, das Recht beugen und den Volkswillen brechen.

Ich arbeite jetzt im Medienzentrum in Bundesbern, einem der Bollwerke der eidgenössischen Verständigung nach dem Grundsatz: Jeder spricht seine Muttersprache, die anderen können ihm folgen. Mein Französisch nach nur sechseinhalb Schuljahren tut es dafür vollauf, bei den Welschen, vor allem bei den Parlamentariern im Bundeshaus, bin ich da nicht so sicher.

Ich spreche immer noch nicht lieber Französisch, aber es reicht, um meinen *compatriotes* zuzurufen: «Nehmt uns Thurgauer wie bisher einfach nicht zur Kenntnis und lasst uns in Ruhe – fichez-nous la paix, ça suffit.»

Personenkontrolle

Ogi, Blocher, Schmid-Federer, Markwalder, Furrer

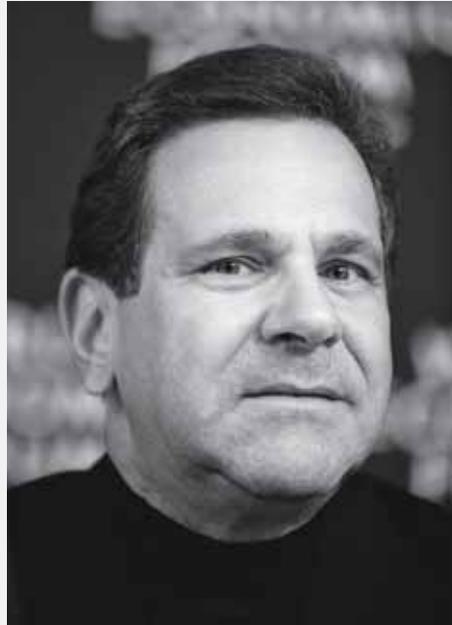
Adolf Ogi, gewesener SVP-Bundesrat, hat mit seinem von der *Sonntagszeitung* publizierten «Weckruf» gegen die SVP und seinen Parteikollegen **Christoph Blocher** («Wahnsinn», «Katastrophe») Wirbel ausgelöst. Für einen Moment beherrschte er die Schlagzeilen, sein Appell erging in dramatisch-ernstem Tonfall: «Wir müssen Blocher stoppen.» Massiv ist der *Blick* auf die Story angesprungen: «Ogi, hilf uns!», flehte das Blatt, tags darauf: «SVP-Angsthasen lassen Ogi im Stich». Dazu ein Bild mit Blocher als bösem Wolf und dem mutigen Döfl in Ritterrüstung mit Spiess. Die *Weltwoche* fragte Ogi an, ob er sich einem grossen Streitgespräch stellen würde. Blocher sagte sofort zu, Ogi krebste sofort zurück: «Ich stelle mich nicht zur Verfügung, und Sie wissen warum.» Ehrlich gesagt: Wir wissen es nicht. Eines aber scheint klar: Ogi schätzt Debatten dann, wenn er sie alleine führt. (rk)



«Hilf uns!»: Adolf Ogi, Alt Bundesrat.

Furrerhugi ist innert wenigen Jahren zu einer der wichtigsten PR-Firmen des Landes aufgestiegen. Die *Handelszeitung* durchleuchtet die mannigfaltigen Verstrickungen der Lobbyisten: Die Agentur verrichte für «einige Parlamentarier», darunter **Barbara Schmid-Federer** (CVP) oder **Christa Markwalder** (FDP), «die politische Kleinarbeit – unentgeltlich», schreibt das Blatt. Gratis-Sekretariatsdienste für Politiker? Auf Anfrage der *Weltwoche* widerspricht Markwalder: Furrerhugi verlese für sie die Post, scanne Einladungen ein, beantworte Standardbriefe. «Dafür bezahle ich pauschal 1000 Franken pro Monat.» Bei Agenturchef **Lorenz Furrer**, «Berns grösster Charmeur» (*Handelszeitung*), dagegen tönt es anders: Die Tätigkeit für Markwalder sei ein Freundschaftsdienst, der eine bis zwei Stunden Arbeit pro Monat bedeute, mehr nicht. «Da fliesst kein Geld.» Angesprochen auf den Widerspruch mit Freundin/Kundin Markwalder korrigiert sich Furrer: Die 1000 Franken seien «Spesen». Daraus folgt: Entweder Christa Markwalder lässt sich von einer Lobbyfirma Sekretariatsdienste bezahlen, will dies aber nicht zugeben. Oder aber Lorenz Furrer verrechnet die saftigsten Spesen im Land. (cal)

Nachrufe



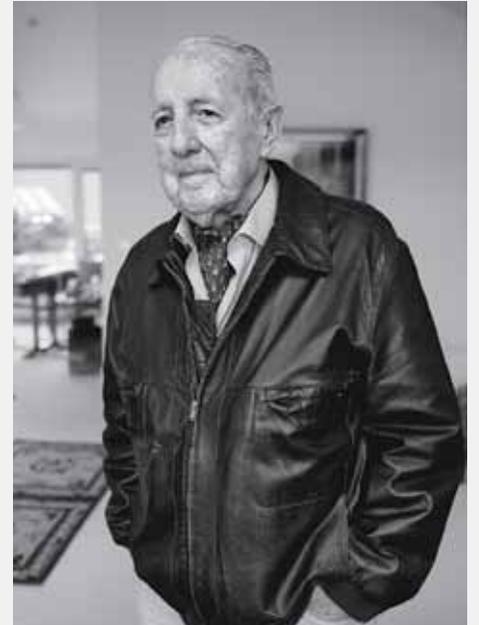
Aufgeschlossen und verbindlich: James Schiro.

James Schiro (1946–2014) — Seine Laufbahn hatte wenig spektakulär begonnen: Er studierte dank einem Stipendium an der St. John's University in New York. Seinen Master-Abschluss machte er am Dartmouth College, bevor er der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Price Waterhouse im Jahr 1967 beitrug. Dem Unternehmen blieb er mehr als dreissig Jahre lang treu. Zuletzt amtierte er als CEO der neu fusionierten Pricewaterhouse Coopers in New York.

James – oder Jim, wie wir alle ihn nannten – kam im Jahr 2002 in die Schweiz, zuerst als COO Finance und dann bis 2009 als CEO der Zurich-Versicherung. Weniger bekannt ist, dass er mehrere Jahre Mitglied des Stiftungsrates des Lucerne Festival und auch Vice Chairman des Boards unserer American Friends of Lucerne Festival war, an deren erfolgreichem Aufbau er massgeblich mitgewirkt hatte. Der Kulturaustausch zwischen seiner Heimat, den USA, und der Schweiz war ihm ein ganz grosses Anliegen. So hat die Zurich unter seiner Ägide regelmässig den Auftritt amerikanischer Orchester am Lucerne Festival gefördert.

Ich habe Jim als einen äusserst aufgeschlossen und sehr verbindlichen Menschen kennengelernt, der immer ganz klar zu seinen Engagements stand. Sehr beeindruckt hat mich seine Fähigkeit, in jeglicher Art von Komplexität sofort den Überblick zu gewinnen. Da konnte man immer viel von ihm lernen. Auch von seiner souveränen und ruhigen Art, die Dinge zu lenken und zu gestalten.

Michael Haefliger



Die Welt verstehen: Peter Scholl-Latour.

Peter Scholl-Latour (1924–2014) — Wie in anderen Berufen ist auch im Journalismus der Neid ein zuverlässiger Gradmesser für den Erfolg oder Misserfolg eines Kollegen. Auch unter diesem Blickwinkel war Peter Scholl-Latour sein ganzes Leben lang einer der erfolgreichsten Mitglieder seiner Zunft. Er wurde freilich nicht nur um die Auflagen seiner Bücher und um seine Beliebtheit bei Lesern und Zuschauern beneidet, sondern wohl vor allem um sein abenteuerliches Reporterleben, das ihn von Indochina in den Nahen Osten und nach Afrika führte. Scholl-Latour war ein Vollblutreporter, der mit fundiertem Wissen glänzte. Er war immer ganz vorne dabei, wo geschossen und gestorben, wo Politik und Revolutionen gemacht wurden. Und obendrein war er ein Lebenskünstler und Lebensgeniesser. Noch wenige Tage nach seinem 90. Geburtstag im März unternahm PSL, wie man ihn nannte, eine Reise in den Tschad. Strapazen scheute er nicht. Er wusste, dass man als Journalist zu den Menschen, über die man schrieb, hinfahren musste, dass man mit ihnen reden und ihnen vor allem zuhören musste. Denn wer die Welt erklären will, der muss sie zuerst verstehen. Scholl-Latour verstand die Welt, weil er die Menschen verstand. Deshalb konnte er sie besser erklären als die meisten anderen – eingängig, einsichtig und in einfachen Worten. Das trug ihm oft den Vorwurf ein, die Dinge zu vereinfachen. Gestört hat ihn dieser Vorwurf nie. Er wusste, dass alles scheinbar Einfache sehr schwierig ist. Was für ihn zählte, war ohnehin nicht das Urteil der Kollegen, sondern das der Leser – und die verehrten ihn. Sie werden ihn vermissen. Wolfgang Koydl

Protokoll eines menschlichen Dramas

Von Philipp Gut — Der landesweit bekannte Politiker Geri Müller (Grüne) steht wegen Sex-Selfies am Pranger. Es wurde gar der Vorwurf des Amtsmissbrauchs laut. In Wirklichkeit kratzen die halb empörten, halb belustigten Medienberichte an der Oberfläche. Abgründe tun sich auf.

Es ist hier die Rede von Bildern, die nun wirklich kein Mensch sehen möchte – und die trotzdem die Nation seit Tagen erregen. Die *Schweiz am Sonntag* machte die pikante Geschichte vergangenes Wochenende publik. Geri Müller, Nationalrat der Grünen und Stadtmann von Baden AG, posierte halbnackt, einmal sogar in seinem Amtszimmer, im privaten Chat mit einer 33-jährigen Internetfreundin und garnierte das Ganze mit schlüpfrigen Sprüchen.

Geht das die Öffentlichkeit etwas an? Die Zeitung, die den Fall brachte, argumentiert auf zwei Linien. Erstens sei durch die Aufnahmen im Stadthaus der Bezug zum Amt gegeben – womit der Schutz der Privatsphäre entfalle. Zweitens deutete sie an, Geri Müller könnte sein Amt und seine Macht missbraucht haben, indem er die Polizei einschaltete, um der Frau angeblich das Handy wegzunehmen. Denn darauf befinden sich die kompromittierenden Chats.

Die Belastbarkeit dieser Argumente ist begrenzt. Der Vorwurf des Amtsmissbrauchs ist mittlerweile in sich zusammengebrochen (wir kommen darauf zurück). Aber auch der andere Rechtfertigungsgrund wankt. Denn die Frage, ob der Schutz der Persönlichkeits- und der Intimsphäre in diesem Fall tatsächlich aufgehoben ist, bleibt juristisch offen.

Wo liegt überhaupt das Problem?

Man kann sich durchaus fragen: Besteht wirklich ein öffentliches Interesse am legalen, einvernehmlichen Sexdialog zwischen vernünftigen Erwachsenen? Wo liegt, jenseits des voyeuristischen Grundimpulses, überhaupt das Problem? Wird das heilige Stadthaus durch die unschicklichen und geschmacklosen Fotos entweiht? US-Präsident Bill Clinton liess sich im White House in Washington oral befriedigen und durfte bleiben. Das Weisse Haus steht noch. Gelten im Stadthaus Baden strengere Massstäbe?

Wie sonst lautete der Vorwurf? Arbeitsunfähigkeit wegen Verliebtheit? Will man verbieten, dass Politiker während ihrer Arbeitszeit private Nachrichten senden? Gehen die teils sehr expliziten Textstellen zu weit? Oder die Bilder? Oder die Kombination von beiden? Wo liegt die Grenze?

Gewiss: Geri Müller hat sich eine gröbere Dummheit geleistet. Sein Urteilsvermögen war zumindest phasenweise getrübt. Er hat sich an einer Pressekonferenz am Dienstag sel-

ber in diesem Sinn geäussert und für die «oberpeinliche» Entgleisung um Entschuldigung gebeten.

Aber wahr ist auch: Berufspolitiker Müller hat sich nach heutigem Kenntnisstand keines Verbrechens oder Vergehens schuldig gemacht. Er hat sich deplatziert benommen, aber nicht kriminell. Sein privates Doppelleben als Sex-Chatter hatte bisher keine messbare Auswirkung auf seine Amtsführung und seine politischen Mandate.

Gegenseitiges erotisches Hochschaukeln

Der *Weltwoche* liegen die ominösen Sex-Chats seit längerem vor, auch die vieldiskutierten Bilder. Was ist wirklich zwischen Geri Müller und seiner Internetbekanntschaft vorgefallen? Wer ist diese Frau? Warum lieferte sie Müller der Presse aus?

Der erste Kontakt zwischen den beiden ergab sich bereits vor rund drei Jahren. Politiker Müller erprobte damals für sich das Facebook und nahm die Freundschaftsanfrage der Frau an, die sich Nicole Andrea Zirea nennt (ein *nom de guerre* ihr richtiger Name ist der *Weltwoche* bekannt). Zirea hatte als Lokaljournalistin und Gerichtsreporterin gearbeitet, machte eine Ausbildung als Gymnasiallehrerin und malte nebenbei. Müller, der einst selber eine Künstleragentur betrieb, lobte ihre Bilder.

Dann ruhte der Kontakt – bis Anfang Februar dieses Jahres. Was sich jetzt entspannt, war eine überwiegend, aber nicht nur virtuelle Beziehung, die bald obsessive Züge annahm.

Will man verbieten, dass Politiker während ihrer Arbeitszeit private Nachrichten senden?

Ende Februar tauschten die Chatpartner, die auf verschiedenen Kanälen miteinander kommunizierten, erste erotische Bilder aus. Zirea sagte, sie arbeite an einem Kriminalroman. Die literarischen Pläne schmiegt sich dem sexuell aufgeheizten Klima an – Wirklichkeit und Fantasie überschritten sich. Die Beteiligten liessen sich zu diesem Zeitpunkt wohl nicht träumen, dass sie sich einmal in einem wirklichen Kriminalfall wiederfinden sollten. Verklagt vom Partner.

Der Chatverlauf – sei es auf Whatsapp, sei es per SMS – zeigt: Die erotische Dimension brachten beide in den Dialog ein. Man schaukelte sich gegenseitig hoch. Auch Bilder expli-

zit sexuellen Inhalts sandten sich beide wechselseitig zu. Wären sie lediglich in privaten Zusammenhängen entstanden, wären diese Bilder nie zum Problem geworden. Zum Verhängnis wurden Geri Müller Aufnahmen, die er am Sonntagnachmittag, den 23. Februar, in seinem Präsidentenbüro machte. Die Sonntagsausgabe der *Aargauer Zeitung* nahm sie zum Anlass, um über den Fall zu berichten. Mit den bekannten Folgen.

Wie aber konnte es so weit kommen? Wann geriet die im gegenseitigen Einverständnis und durchaus mit geteilter Freude geführte private Beziehung ausser Kontrolle?

Das Verhängnis für den unvorsichtigen Politiker begann im April 2014. Nachdem sie zuvor oft stundenlang und teils auch mitten in der Nacht kommuniziert hatten, machte sich beim vielbeschäftigten Nationalrat und Stadtmann eine gewisse Abkühlung bemerkbar. Der obsessive Vielschreiber von früher antwortete nicht mehr immer sofort. Und er sagte ihr das auch. Die «Krass-Pics», wie sie die expliziten Bilder nannte, verschwanden allmählich. Müller hatte längst erkannt, dass die Nackt-Selfies für ihn eine Gefahr darstellten.

Eskalation am Karfreitag

Auf den Rückwärtsgang von seiner Seite reagierte die Frau gekränkt, ja geschockt. Er könne sie doch nicht fallenlassen, klagte sie.

Mitte April 2014 kam es zu einer ersten Eskalation. Spätestens jetzt wurde deutlich, dass mit der Frau etwas nicht stimmte. In ihrem Briefkasten sei eine Kartonschachtel mit einem Daten-Stick abgegeben worden, schreibt sie. Es sei ein Brief beigelegt mit dem Titel «Was Sie über Geri Müller wissen müssen». Darin wird die Frau direkt und mit Namen angesprochen. Die Quintessenz des wirren Schreibens: Wenn sie, Nicole Andrea Zirea, Geri Müller anschwärze und belastendes Material über ihn sammle, erhalte sie 200 000 Franken Belohnung.

Später stellt sich heraus, dass der Brief eine Fälschung ist. Nicole Andrea Zirea hatte ihn selber verfasst. Was sie Müller gegenüber auch schnell selber zugab.

Die kuriosen Ereignisse häuften sich. Ein andermal kommt eine schriftliche Nachricht, angeblich aus dem Berner Oberland. Frau Zirea sei in guten Händen, heisst es auf ihrem eigenen Whatsapp-Account. Dieser sei von Fremden gehackt worden, so erklärt sie die sonderbare Botschaft. Schliesslich gab sie auch in diesem



Entgleisungen im virtuellen Raum: Politiker Müller an der Pressekonferenz vom 19. August in Zürich.

Fall zu, dass es sich um eine Manipulation handle, die sie selber vorgenommen habe.

Es ist offensichtlich: Die Frau hat ein psychisches Problem. Wahrscheinlich liegt ein Fall einer emotional instabilen Persönlichkeitsstörung (Borderline-Typ) vor. Diese ist durch «Impulsivität und Instabilität in zwischenmenschlichen Beziehungen, Stimmung und Selbstbild» gekennzeichnet, weiter durch ein «paradox wirkendes Verhalten in zwischenmenschlichen Beziehungen» sowie häufig auch durch «Depressionen» und «verschiedene Formen selbstverletzenden Verhaltens».

Helfersyndrom des Pflegers Müller

Sicher ist jedenfalls: Die genannten Symptome sollten sich in den folgenden Wochen verschärfen. Mehrfach fügt sich die in ihrer Zuneigung enttäuschte, psychisch labile Frau selber Schnittwunden am Arm zu. Aufnahmen davon sind Teil des Chatverlaufs. «Jetzt spüre ich mich wieder», schreibt sie am 10. Juni. Die Wunden zeigt sie vor. Auch diese Bilder will eigentlich niemand sehen.

In dieser merkwürdigen, anfänglich euphorisierten, nun immer tragischer werdenden Beziehung mutiert der Vertraute und Freund

zugleich zu einer Art Therapeut. Der ehemalige Psychiatriepfleger Müller ist dafür wie geschaffen. Gut möglich, dass bei ihm etwas mitspielt, das man sonst eher Frauen zuordnet: das sogenannte Helfersyndrom. Das würde teilweise erklären, warum der erfahrene Politi-

Mehrfach fügt sich die psychisch labile Frau selber Schnittwunden am Arm zu.

ker, der seine gefährliche Lage längst erkannt hat, die Beziehung zu dieser für ihn brandgefährlichen Frau nicht endgültig kappt. Der andere Grund liegt wohl darin, dass er hoffte, weiter auf sie einzuwirken, um die Veröffentlichung der ominösen Bilder zu verhindern.

Auf den ersten Blick ist es unverständlich: Die Enttäuschte übt nicht einfach kühl Rache, indem sie das Material still und heimlich der Presse ausliefert. Sie spricht mehrfach davon, ja bis Mitte letzter Woche bleibt sie mit Geri Müller ständig in Kontakt. Sie orientiert ihn sogar fortwährend brüchig über ihre Pläne und Aktivitäten, das belastende Material zu veröffentlichen. Selbst die Korrespondenz mit

verschiedenen Journalisten legt sie ihm offen. Es folgt ein monatelanges Hin und Her, das erst mit der Publikation in der *Schweiz am Sonntag* endet. Nicole Andrea Zirea sucht und findet über verschiedene Mittelsmänner und Anlaufstationen den Kontakt zu mehreren Verlagen, darunter die Weltwoche, Ringier, die AZ Medien, welche die *Schweiz am Sonntag* herausgibt.

Hausieren bei politischen Gegnern

Zuerst versuchte es Zirea bei den lokalpolitischen Gegnern Geri Müllers in Baden. Am Abend des 2. Mai kontaktiert sie einen bürgerlichen Kontrahenten per Telefon auf dessen Privatnummer. Wie der Mann unter Zusage der Anonymität versichert, habe die Frau anfänglich recht besonnen, ja hilfsbedürftig gewirkt. Die Sexgeschichte habe sie nicht direkt erwähnt, jedoch orakelnd von «schwer belastendem Material» gegen Müller gesprochen, das dessen ethische Integrität schwer beschädige. Als die Frau schliesslich behauptete, sie werde von Müller bedroht, entgegnete er, sie sei bei ihm an der falschen Adresse. Falls sie sich bedroht fühle, solle sie sich an den Staatsanwalt, die Polizei, die Opferhilfe wenden. >>>

Die Schweizer Wohn-Paradiese.

Hier lebt man am besten:
Das grosse Gemeinde-Rating 2014.
Erscheint am 28. August.



Nach diesem ersten Fehlschlag drehte Nicole Andrea Zirea die Geschichte mehreren anderen Personen an, auch einem Nationalratskollegen von Geri Müller aus einer Mittepartei. Hartnäckig und geschickt präsentierte sich die Frau bei Politikern und Journalisten als Opfer. Heimliche Tonaufzeichnungen, welche die Verwirrte planvoll anfertigte, sollten belegen, dass Müller sie unter Druck setzte. Darauf ist zu hören, wie ihr der bedrängte Politiker einmal mehr rät, das Handy mit den Sex-Chats aus dem Verkehr zu ziehen. Zudem brieft er sie, wie sie sich bei Anfragen von Journalisten verhalten solle. Die Existenz der Bilder sei zu verneinen. Alles andere werde der Anwalt regeln.

Warum löscht sie nicht einfach alles?

Kann man daraus schliessen, dass die Frau in dieser Geschichte das Opfer ist, wie es die Medien jetzt überwiegend darstellen? Die Fakten weisen eher auf das Gegenteil hin. Sie war es, die Müller unter Druck setzte, indem sie ihm damit drohte, an die Presse zu gehen. Sie hätte den Spuk und auch den angeblichen oder tatsächlichen Gegendruck von seiner Seite jederzeit beenden können durch Betätigung der Delete-Taste. Sie hatte alles in der Hand, ohne sie lief nichts.

Der Landjunge «mit zwei linken Händen» hat es weiter gebracht, als er sich jemals träumen liess.

Doch obwohl sie mehrfach ankündigte, sämtliche Spuren zu löschen, tat sie es nicht. Noch am Dienstagabend letzter Woche versprach sie: «Ich lösche den Verlauf.» Vier Tage später ging die Story bei der *Aargauer Zeitung* online. Nach Angaben der Frau war es allerdings nicht sie, die *Sonntag*-Chef Patrik Müller das Material aushändigte. Dieser habe überhaupt nur relativ wenig gesehen, überbracht von einem der Mittelsmänner, die seit Monaten auf einen Abnehmer hofften. Den Originalverlauf auf ihrem Handy habe Müller nie gesehen, behauptet die Frau weiter.

Ein Knackpunkt bleibt: Weshalb das monatelange Hin und Her? Warum das Wechselbad der Gefühle? Auf die wiederholten Drohungen, jetzt endlich doch an die Presse zu gehen, folgen Umkehr und Reue auf dem Fuss. Sie wolle ihn nicht vernichten, sondern «retten», schreibt Zirea mehrfach.

Rational ist dieses Verhalten schwer erklärbar. Vielleicht ist es aus dem Krankheitsbild der erwähnten Borderline-Störung zu erklären. Der paradox wirkende Beziehungszickzack gehört dazu. Sie wolle festgehalten werden, schreibt Nicole Andrea Zirea einmal. Genau dies erhoffte sie sich allem Anschein nach auch von Politiker Geri Müller. Das ständige Drohen mit einer Eskalation durch den Gang an die Öffentlichkeit könnte dieser para-



Das Weisse Haus steht noch: Lewinsky, Clinton.

doxen Logik entsprechen: Es wäre das Mittel, das ihn, der sich emotional abkühlte, weiter intensiv an sie band. Indem sie das Damoklesschwert der angedrohten Publikation über ihn hielt, blieb er in ihrer Macht, aber auch in ihrer Nähe. Die beiden Existenzen, die auseinanderzudriften drohten, blieben auf existenzielle Weise verknüpft.

Dazu passt, was Nicole Andrea Zirea am 31. Mai 2014 schreibt. Sie sei bereits in früheren Jahren – nicht erst wie letzte Woche in Baden – von Polizei und Ärzten im Wortsinn festgehalten worden. Dieses Gefühl sei wunderschön gewesen. Sie wolle festgehalten werden – oder sich «schneiden».

Verrückte Beziehung

Was in den Medien und in Chatforen jetzt beinahe schenkelklopfend ausgeweitet wird, offenbart sich als menschliches Drama mit ungeahnten Abgründen. Die fast unschweizerische Frivolität, die der Fall anfänglich ausstrahlen schien und welche die boulevardeske Presse so elektrisierte, kratzt an der Oberfläche. Was einst ein flotter und durchaus auch derber Sex-Chat im Internet gewesen war, wird zum Dokument einer verrückten Beziehung, im wahrsten Sinn des Worts.



KITTI HAWK

Der letzte Akt des Dramas beginnt am Mittwochabend, den 13. August, in der Manie des bewährten Schwankens von einem Extrem ins andere. Um 17 Uhr schreibt Nicole Andrea Zirea an Geri Müller, sie werde ihn anzeigen, wegen Amtsmissbrauchs, Nötigung, Drohung, Belästigung. Dann, nicht einmal drei Stunden später, der Widerruf. Sie habe ihn nicht angezeigt, schreibt sie um 19.48 Uhr. «Bitte, Geri, ruf mich an», fleht sie, um zwei Minuten später zu melden, sie werde sich «diese Nacht» umbringen. «Bitte ruf mich vorher nochmals an.»

Bei dieser einmaligen Suiziddrohung bleibt es nicht. Neun Mal zwischen 19.50 und 20.05 Uhr versendet Nicole Andrea Zirea dieselbe alarmierende Nachricht. Es ist dies ein Muster, das sich in der Korrespondenz wiederholt zeigt. Oft verschickt sie ihr offensichtlich wichtige Nachrichten mehrfach.

Unsinnig, heuchlerisch

Auch Geri Müller ist längst nicht mehr der coole Politiker, der alles im Griff zu haben scheint. Drei, vier unbedachte Augenblicke und Entgleisungen im virtuellen Raum des Internets haben ihn in eine Situation manövriert, die seine politische Existenz bedroht. Der Landjunge «mit zwei linken Händen», wie er selber einmal sagte, hat es weiter gebracht, als er sich jemals träumen liess, auch gegen harten politischen Widerstand. Steht jetzt diese ganze Laufbahn auf dem Spiel? Der Gedanke daran und die Peinlichkeit, vor der Nation entblösst dazustehen, liess auch ihn einmal seiner schwierigen Freundin gegenüber von Suizid reden.

Der Rest ist bekannt. Müller schaltete die Polizei ein, um das Suizidrisiko von Nicole Andrea Zirea abklären zu lassen. Wenn ihm das jetzt den Vorwurf des Amtsmissbrauchs einträgt, ist das nicht nur juristisch unsinnig, es ist heuchlerisch bis zynisch.

Der Nationalrat und Stadttammann von Baden bot nicht seine eigene kommunale Polizei auf, sondern er rief die Kantonspolizei Bern an. Diese meldete sich bei den Aargauer Kollegen und diese wiederum kontaktierten die Badener Stadtpolizei. Hätte Müller denn die neunfache Suiziddrohung ignorieren sollen? Nicht auszudenken, was geschehen wäre, hätte er die Warnungen in den Wind geschlagen, und die Frau hätte sich tatsächlich etwas angetan. Dieselben Kreise, die jetzt moralisierend den Stab über ihn brechen, hätten ihn als kaltherzige Machtmaschine verschrien. Und sie hätten recht gehabt.

Die Frage ist nicht entschärft, im Gegenteil: Ist das «Gerigate», über das die Nation sich halb empört, halb belustigt beugt, wirklich der Skandal, als der er eingeflogen worden ist? Nein. Geri Müller hat sich selber unendlich viel mehr geschadet als dem angeblichen Ansehen seines Amtes. ○

Nach Feierabend

Von Henryk M. Broder — Was den Fall Müller mit dem Fall Edathy verbindet.



Als deutschem Bürger steht es mir nicht an, die Schweiz zu kritisieren oder mich über Schweizer lustig zu machen. Es gibt genug Missstände und Wichtigtuere in meinem Beritt. Ich schätze das politische Modell der Schweiz, den anarchisch-konservativen Eigensinn der Schweizer, der sie gegen totalitäre Versuchungen immun macht. Natürlich gibt es Schweizer, die ich nicht leiden kann, Jean Ziegler zum Beispiel, den ich für einen Meisterheuchler halte. Und wann immer ich etwas von oder über Geri Müller lese, erwacht mein sechster Sinn aus dem Stand-by-Modus. Die Art, wie er sich inszeniert, das Pathos seiner Auftritte, die Mischung aus autoritär, grün und selbstbezogen, all das rechtfertigt einen Anfangsverdacht. Aber wofür? Jetzt weiss ich es.

Das gleiche unguete Gefühl hatte ich bei dem deutschen Politiker Sebastian Edathy, SPD, nacheinander Vorsitzender des Innenausschusses des Bundestages, Mitglied des Rechtsausschusses, Vorsitzender des Untersuchungsausschusses zur NSU-Affäre. Er wurde auch für höhere Ämter gehandelt, bis seine Karriere zu einem jähen Ende kam, nachdem auf seinem Computer Material «im Grenzbereich zur Kinderpornografie» gefunden worden war. Seitdem ist er abgetaucht.

Nun sind die Herstellung und der Versand von autopornografischen Selfies nicht annähernd das Gleiche wie der Konsum von Kinderpornografie. Müller hat sich eher lächerlich als strafbar gemacht, es sei denn, er habe tatsächlich die Empfängerin der pikanten Bilder genötigt und ihr die Polizei auf den Hals gehetzt. Das wäre dann auch noch Amtsmissbrauch. Was aber Edathy und Müller verbindet, ist der Glaube an die eigene Rechtschaffenheit. Sie sitzen zu Füßen der Göttin Selbstgerechtigkeit und spielen Mutter Teresa. Jeden Tag aufs Neue. Alles, was sie tun, dient einem höheren Zweck – der Verbesserung der Welt. Zwischendurch aber, in der Mittagspause oder nach Feierabend, lassen sie die Sau aus dem Stall. Bei Müller war es der Hosenstall. Wie blöd muss man sein, um sich dermassen zu entblößen?

Was für ein tröstlicher Gedanke, dass es nicht seine Freundschaft zur Hamas war, die Geri Müller zu Fall brachte, sondern sein Glaube an das Fernmeldegeheimnis.

Sicherere Banken, einheitlicher Zins

Von Kurt Schiltknecht — Welche Probleme sollen vom Staat und welche vom Markt gelöst werden? Eine Rückbesinnung auf einfache Lösungsansätze wäre angebracht.

Bürokraten und Politiker haben eines gemeinsam: Sie möchten immer grössere Teile der staatlichen und gesellschaftlichen Aktivitäten unter ihre Kontrolle bringen. Die Folgen, mehr Regulierungen, mehr Staatsausgaben und höhere Steuern, lähmen die Wirtschaft. Deshalb wäre es auch in der Schweiz an der Zeit, wieder einmal darüber nachzudenken, welche Probleme vom Staat und welche vom Markt gelöst werden sollen. In welche Richtung es gehen sollte, illustrieren die folgenden Beispiele:

Dass systemrelevante Banken ein latentes Risiko für eine Volkswirtschaft darstellen, wissen inzwischen alle. Doch dem Versuch der Politiker, das Bankensystem mit einem weitgehend nutzlosen und teuren Ausbau der Überwachungsgremien, mit zusätzlichen bürokratischen Auflagen und einer Überwälzung der Risiken auf die Einleger stabiler zu machen, wird kein Erfolg beschieden sein. Es wäre besser und effizienter, wenn von den Banken in erster Linie sehr hohe Eigenmittel gefordert würden. Davon sind wir trotz der inzwischen etwas höheren Anforderungen noch meilenweit entfernt.

Die Eigenmittel müssten ausserdem mit wachsender Bilanzsumme überdurchschnittlich steigen, das heisst, je grösser eine Bank wird, desto höher sollte die von ihr zu haltende Eigenmittelquote sein. Dies würde die Banken zwingen, die für sie optimale Grösse zu wählen. Bei progressiv steigenden Eigenkapitalanforderungen würden die systemrelevanten Banken auch deshalb sicherer, weil sie keine Anreize zu einem übermässigen Bilanzwachstum mehr haben. Ein so einfacher Ansatz würde auch verhindern, dass die Banken eine Grösse erreichen, die es ihnen so wie in der Vergangenheit ermöglichte, die Märkte zu manipulieren.

Mietzuschüsse an die Armen

Für die Gewährleistung einer einwandfreien Geschäftsführung wäre es hilfreich, wenn künftig nicht mehr die Banken, sondern die für die Vergehen verantwortlichen Manager gebüsst und bestraft würden. Solange die Aktionäre die Kosten der hohen Bussen tragen müssen und sich die Manager an ihren unrechtmässig erhaltenen Boni erfreuen können, wird sich am Verhalten der Bankmanager wenig ändern.

Auch im Sozialbereich müsste der Bürokratie und dem Wildwuchs der Ausgaben mit einfacheren Lösungen Einhalt geboten werden.

Vor allem sollte darauf verzichtet werden, jede Staatsaktivität noch mit sozialpolitischen Zielen zu verknüpfen. Welche Probleme sich ergeben können, wenn verschiedene Ziele gleichzeitig erreicht werden sollten, zeigt die Volksinitiative des Wirteverbands, die gleiche Mehrwertsteuersätze für das Essen fordert. Bei differenzierten Sätzen ist es fast unmöglich, zuverlässig abzuschätzen, wer davon profitiert und wer benachteiligt wird.

Dennoch lieben es die Politiker, differenzierte Sätze zur Befriedigung ihrer Wähler festzulegen. Sie behaupten, damit vor allem einkommensschwache Leute oder notleidende Wirtschaftszweige entlasten zu können. Eine solche Politik ist nicht optimal. Die mit differenzierten Sätzen angestrebten Umverteilungen könnten mit anderen Mitteln besser erreicht werden.

Eines der wenigen Länder, welches einen Einheitssatz für alle Güter anwendet, ist Neuseeland. Grund dafür ist die Erkenntnis, dass der Einnahmefall bei differenzierten Steuersätzen wesentlich grösser wäre als eine direkte Unterstützung der Einkommensschwachen. Bei einem Einheitssatz sind die Zusatzeinnahmen so gross, dass ein niedriger Satz sogar dann möglich wäre, wenn ein Teil der Mehreinnahmen zur Unterstützung der Armen eingesetzt würde.

Genauso ineffizient wie differenzierte Mehrwertsteuersätze ist der Versuch, die Armen durch staatlich subventionierten Wohnungsbau zu entlasten. Mit der Forderung nach subventionierten Wohnungen in allen Quartieren löst man das Problem der Wohnungsknappheit nicht. Dafür schafft man Ungerechtigkeiten zwischen den relativ wenigen, die eine solche Wohnung erhalten, und den vielen anderen, die weiterhin Marktmieten bezahlen müssen. Zudem ist es aufgrund der Erfahrungen unwahrscheinlich, dass von solchen Bauten vornehmlich die Ärmsten der Gesellschaft profitieren würden.

Viel besser als partielle Eingriffe in den Wohnungsmarkt wären Mietzuschüsse an die Armen. Das wäre einfach und effizient. Da die Politiker und Bürokraten an effizienten Lösungen aber nicht interessiert sind, sondern in erster Linie mehr Einfluss, mehr Stimmen und mehr Macht suchen, werden die einfachen Lösungen erst dann eine Chance haben, wenn der Staat die ineffizienten Lösungen nicht mehr finanzieren kann.



Rassenkrieg in Suburbia

Von Hansrudolf Kamer— Immer wenn ein weisser Polizist einen schwarzen Teenager erschiesst, kommt Rassismusverdacht auf in Amerika. Doch seit dem Bürgerkrieg sind 150 Jahre vergangen.



Mitte des vorletzten Jahrhunderts fochten schwarze Soldaten in den Reihen der Unionsarmeen im amerikanischen Bürgerkrieg. Gedenkfeiern erinnern zurzeit an ihren Einsatz, der viel

dazu beitrug, dass die Sklaverei endgültig abgeschafft wurde und die Vereinigten Staaten vereinigt blieben. Doch die Vergangenheit wirft ihre Schatten auf die Gegenwart.

Anfang August wurde in der Kleinstadt Ferguson der schwarze Teenager Michael Brown von einem weissen Polizisten erschossen. Der Jugendliche war unbewaffnet – keine Selbstverständlichkeit. Er wurde zwar verdächtigt, zusammen mit einem Freund kurz zuvor einen Raubüberfall begangen und Zigarren im Wert von \$ 48.99 entwendet zu haben. Davon wusste aber der Polizist zum Zeitpunkt der Konfrontation wohl nichts.

Der Hergang ist umstritten. Die Polizei behauptet, der Teenager habe versucht, die Dienstwaffe des Beamten zu entwenden. Der Freund dagegen erklärt, Brown sei auf der Flucht erschossen worden. Ein anderer Zeuge spricht von einem Handgemenge beim Polizeiauto. Eine erste Autopsie ergab, dass er von vorne, nicht von hinten erschossen wurde. Zwei weitere Untersuchungen wurden angeordnet. Das Misstrauen ist mit Händen zu greifen.

Es kam zu friedlichen Demonstrationen, dann zu Plünderungen und Vandalismus. Die Polizei setzte Gummigeschosse und Tränengas ein. Der demokratische Gouverneur Missouri, Jay Nixon, ersetzte die lokale Polizei durch die staatliche «Highway Patrol». Er verhängte nächtliche Ausgangssperren, die missachtet wurden. Schliesslich bot er die Nationalgarde auf. Mit der Ruhe in der Kleinstadt war es vorbei.

Vor 25 Jahren war die Bevölkerung Fergusons, eines Vororts von St. Louis, zu 74 Prozent weiss. Mit dem allgemeinen Auszug von Afroamerikanern aus den Zentren der Grossstädte kippte das Verhältnis: Heute ist die Bevölkerung – 21000 Einwohner – zu 68 Prozent schwarz. Und die Motive des schwarzen Umzugs waren dieselben wie die des vorgängigen Exodus der weissen Mittelklasse: bessere wirt-

schaftliche Aussichten und Schulen, höhere Sicherheit und weniger Steuern.

Die Stadtverwaltung machte diesen Wandel nicht mit. Sie ist grossmehrheitlich weiss geblieben. Ferguson hat eine hohe Armutsrate, doch nicht eine ungewöhnlich hohe; ein Fünftel gibt ein Einkommen an, das unter der offiziellen Armutsgrenze liegt. Es gibt eine ausgeprägte schwarze Mittelklasse, die sich nicht an den Ausschreitungen beteiligte, aber unter der Finanzkrise und Rezession stark gelitten hat.

Der Gouverneur verwies darauf, dass sich immer mehr angereiste Demonstranten an den Unruhen beteiligten. Es habe Schüsse auf Polizisten und Molotowcocktails gegeben. Ein Polizeiposten sei angegriffen worden. Gewalttätiger Demonstrationstourismus ist ein bekanntes Phänomen. Viele sind mit Bus und Auto von Chicago, Brooklyn und Detroit angereist, um mitzumischen, wo die Action ist.

Das ist die eine Seite. Die andere zeigt eine ungute Militarisierung und aggressive Taktiken der Ordnungshüter, die den Eindruck eines gewaltigen Overkills erwecken. Ein Mitglied der nicht ganz unbekanntenen 82. Luftlanddivision bemerkte sarkastisch, sie seien in einem richtigen Krieg weniger martialisch aufgetreten.

Die Medien, die nationalen wie die lokalen, beschäftigen sich mit dem Rassismusverdacht,

bevor der Ablauf des Geschehens klageworden ist. Die repressiven Drogengesetze und die ausserordentlich hohe Rate der Gefängnisinsassen mit überproportional schwarzem Anteil werden beschworen.

Das alles ist nicht neu, befeuert aber den Konflikt in Ferguson, der sonst als tragisches Intermezzo ad acta gelegt werden könnte. Es gibt immer wieder ähnliche Zwischenfälle, ohne dass die Nationalgarde ausrückt und die Empörung vom Atlantik bis zum Pazifik Fieberstärke erreicht. Doch wenn sich die geistlichen Hochwürden Al Sharpton und Jesse Jackson ins Rampenlicht drängen, ist es immer zu spät.

Notwendige, aber komplizierte Reformen

In der *New York Times* wurde immerhin bemerkt, dass besonders in Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten harte Polizeiarbeit zur allgemeinen Dämpfung der Kriminalität beigetragen haben könnte. Viele Reformen im US-Justizwesen sind zwar notwendig, aber vermutlich komplizierter, als sich ihre Vorkämpfer vorstellen. Zu ihnen zählt der republikanische Senator Rand Paul, ein scharfer Kritiker der Polizei in Ferguson. Er ist unerklärter Präsidentschaftskandidat 2016, bewirtschaftet Tea-Party-Sympathien und ist Champion des libertär-isolationistischen Flügels der Grand Old Party.

Trotz Ferguson: Seit dem blutigen Bürgerkrieg und den Märschen Martin Luther Kings in der Bürgerrechts-Ära sind in den Rassenbeziehungen grosse Fortschritte erzielt worden. Deutsche Kommentatoren, die gerne in amerikanischen Wunden wühlen und behaupten, nichts habe sich geändert, haben ihr Visier nicht richtig eingestellt.



Visier nicht richtig eingestellt: Demonstration in Ferguson, Missouri.

Das Ende der Fahnenstange

Von Christoph Mörgeli

Längst ist die Schweiz kein Land von Bauern und Hirten mehr. Geblieben ist der hiesigen Bevölkerung aber ein beträchtliches Mass an bodenständigem Realitätssinn. Und zwar in der Sicht gegen innen wie in der Sicht gegen aussen. So dürften zumindest die Bürgerinnen und Bürger mit einem gewissen Bezug zur Lebenswirklichkeit eine wichtige Tatsache mitbekommen haben: Seit mehreren Jahren beharren die EU-Verantwortlichen darauf, keine neuen bilateralen Verträge mit der Schweiz mehr abzuschliessen, ohne zuvor die «institutionellen Fragen» ein für alle Mal zu klären. Konkret fordert Brüssel die Übernahme von künftigem und früherem EU-Recht und die Interpretationsgewalt durch EU-Richter.

Die Europäische Union verlangt von der Schweiz also keine Rechtsentwicklung zwischen Gleichberechtigten, sondern die Unterordnung – und dies seit 2008, also nicht erst seit dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative. Die EU beansprucht die Hegemonie. Wie einst der deutsche Kaiser Wilhelm II. jene über die Kolonie Namibia («Deutsch-Südwest»). EU-Botschafter Richard Jones hätte vor dem 9. Februar gar nicht mit dem «Ende des bilateralen Wegs» drohen müssen. Dieser Weg wurde schon vor längerem durch Brüssel beendet.

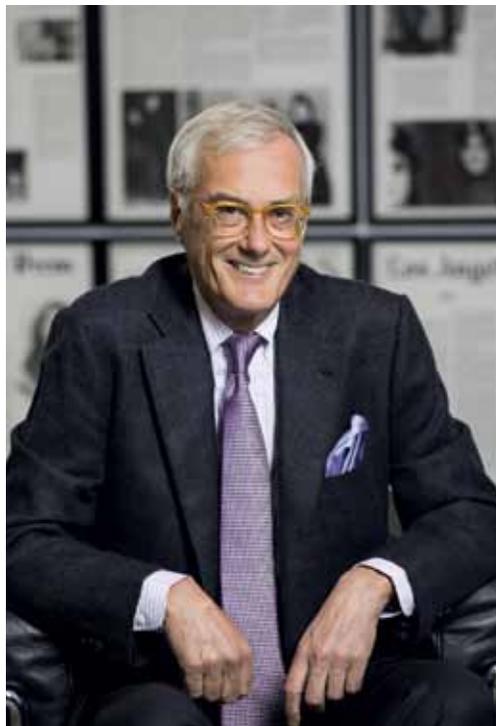
Viel wäre gewonnen, wenn dies gelegentlich auch Bundesräte, Ständeräte und Nationalräte erkennen würden. Die Politiker im Bundeshaus stehen früh auf. Aber sie erwachen spät. Es ist ganz einfach Ausfluss ihres undiszipliniert-autistischen Denkens, wenn sie noch immer von der «Erneuerung» und «Renovierung» des bilateralen Wegs schwatzen (Aussenminister Burkhalter). Oder den «bilateralen Königsweg» in der Bundesverfassung verankern wollen (Christophe Darbellay). Oder sich «klar und unmissverständlich für den bilateralen Weg positionieren» (Philipp Müller).

Diese und viele andere Volks- und Regierungsvertreter veranstalten fürs Publikum jeden Tag einen neuen Fahnenaufzug des Schweizerkreuzes. Doch für die blau-gelbe EU ist das Ende der bilateralen Fahnenstange erreicht. Entweder nehmen alle diese laut bekennenden Bilateralisten die EU nicht ernst. Oder sie tricksen und täuschen und nehmen damit die hiesigen Bürger nicht ernst. Speziell für diese europapolitischen Wolkenschieber bleibt die dritte Strophe unseres schönen Schweizerpsalms noch lange passend: «Ziehst im Nebelflor daher...»

Der Autor ist Historiker und SVP-Nationalrat.

Die fremden Panzerknacker

Von Peter Bodenmann — Haben Ringier und Tamedia den Verleger Alain Duménil ans Messer geliefert?



Einschlägige anonymisierte Entscheide: Verleger Ringier (l.), Supino.



Dank Snowden wissen es alle Deutschen: Die Amerikaner hören die Telefongespräche von Angela Merkel ab. Und lesen ihre SMS mit. Dank der *Süddeutschen* und dem *Spiegel* wissen wir, die Deutschen hören Hillary Clinton, John Kerry und alle relevanten türkischen Politiker ab.

1987 verliess der Unternehmer Alain Duménil Frankreich. Er liess sich offiziell in Crans-Montana nieder. Zeitweise gehörte er – wenn wir der Zeitschrift *Bilanz* glauben wollen – mit einem Vermögen von 200 bis 300 Millionen Franken zu den reichsten Schweizern. Merke: Reiche Ausländer sind reiche Schweizer, wenn sie in der Schweiz wohnen. Alain Duménil ist Mehrheitsaktionär der Wirtschaftszeitung *L'Agefi*, die alles, nur keine Steuererhöhungen fordert. Am 9. Oktober 2013 meldete Duménil öffentlich sein Interesse am Kauf der führenden Westschweizer Tageszeitung *Le Temps* an. Ende Oktober hätte er seine Offerte hinterlegen müssen. Vier Tage zuvor schlugen die Steuerbehörden aus Bern zu und knackten seine Tresore. Er soll 54 Millionen an Steuern hinterzogen haben. Bund, Kanton und Gemeinden seien so 20 Millionen an Einnahmen entgangen.

Für Duménil sind die Steuerbehörden auf dem Holzweg, da die Unfähigen den Unterschied zwischen Stimmrechten und Beteiligungen nicht kennen. Der Chefredaktor von *L'Agefi* vermutet, hinter den Berner Panzerknackern

stünden die Medienhäuser Ringier und Tamedia. Da diese – gestützt auf einschlägige anonymisierte Entscheide des Bundesverwaltungsgerichts – die Leser letzte Woche zusätzlich mit Details fütterten. Die Walliser Steuerverwaltung ihrerseits teilte mit, sie habe – aufgrund von Hinweisen Dritter – die Berner Panzerknacker auf Duménil angesetzt, weil die Berner rechtlich mehr Kompetenzen hätten. Warum sich der Verleger – wie fast tausend andere reiche Franzosen im Wallis – nicht längst sorgenfrei pauschal besteuern lässt, bleibt vorerst ein Rätsel.

Die Schweiz und Frankreich liegen sich in Sachen Steuern seit Jahr und Tag in den Haaren. Französische Geheimdienste gehören zu den besten der Welt. Im Gegensatz zu Ringier, Tamedia und den Walliser Steuerbehörden wissen die französischen Schlapphüte, was sich in Paris und Luxemburg auf welchen Konten für wen bewegt. Weitere Dossiers werden folgen, auch solche von Schein-Pauschalbesteuerten, die erstens erwerbstätig sind und die sich zweitens nie und nimmer sechs Monate pro Jahr in Gstaad oder anderswo in der Schweiz langweilen.

Die SVP hat nach den fremden Richtern ein neues Thema: Eveline Widmer-Schlumpf's von Paris aus gesteuerten fremden Panzerknacker.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Digitale Blutspur

Von Kurt W. Zimmermann — Es gibt keine Privatsphäre mehr. Ist das zu bedauern? Für die Medien sicher nicht.

Es ist eine Internetgeschichte wie aus dem Bilderbuch. Es geht um Facebook, um Selfies und um Amateur-Pornografie.

Facebook, Selfies und Amateur-Pornografie sind die drei aktuellen Megatrends im Internet. Bei Geri Müller, dem grünen Nationalrat und Stadtammann von Baden, kamen gleich alle drei Trends zusammen.

Auf Facebook lernte Politiker Müller eine 33-jährige Lehrerin kennen. Die beiden tauschten sich über ihre Handys aus. Schnell wurde der Ton schlüpfzig.

Dann trafen sich die beiden persönlich. Sie kamen sich nun nicht nur verbal, sondern auch sexuell näher. Der Ton war nicht mehr schlüpfzig, sondern wurde obszön.

Dann legte Müller die Latte höher. Er schickte der Lehrerin Dutzende von Selbstporträts, sogenannte Selfies. Auf manchen Bildern war seine Erektion zu sehen. In seinem Amtsbüro fotografierte er sich sogar bei den Freuden der Selbsterregung und schickte ihr das Material.

Auch sie sandte Selfies zurück. Die waren zwar nicht ganz so deftig wie Müllers Unterleib, aber jugendfrei waren sie auch nicht.

Dann eskalierte die Affäre zum Beziehungsdrama und wurde von der *Schweiz am Sonntag* enthüllt. Nun sagte Politiker und Pornograf Müller einen bemerkenswerten Satz. Er sagte: «Ich muss mir heute vorwerfen, darauf vertraut zu haben, dass Privates privat bleiben würde.»

Ich habe schon viele weltfremde Aussagen von Politikern gehört. Es war eine der weltfremdesten Aussagen, die ich seit Jahren gehört habe: «Privates bleibt privat.»

Geri Müller hat eine zentrale Veränderung dieser Welt und vor allem der Medienwelt nicht mitbekommen. Es gibt keine Intimsphäre mehr. Die Intimsphäre ist für heutige Journalisten ein juristisches Relikt aus alten Zeiten. Sie sind mit dem Internet aufgewachsen, einem gnadenlos öffentlichen Raum, in dem es nichts Privates mehr gibt.

Die Verletzung der Privatsphäre mag zwar weiterhin strafbar sein, aber eine Parkbusse ist schlimmer.

Noch bis weit in die neunziger Jahre hinein war das anders. Auf allen Redaktionen Zürichs wusste man zum Beispiel, dass TV-Moderator Kurt Aeschbacher homosexuell ist und mit einem Freund zusammenlebte. Niemand schrieb es, weil er das nicht wünschte.

Als zehn Jahre später Corine Mauch für das Zürcher Stadtpräsidium kandidierte, war solche Rücksichtnahme längstens kein Thema



Der Knopf, der aus Privatem Öffentliches macht.

mehr. Mauch sagte freiwillig, dass sie lesbisch sei. Sie wusste, die Journalisten hätten es ohnehin geschrieben.

Zwischen Aeschbacher und Mauch liegt jenes Jahrzehnt, das die Medien mehr veränderte als die drei Jahrhunderte zuvor. Vor dem Jahr 2000 waren Journalisten Informationssucher. Dann wurden sie zu Informationsempfängern.

Journalisten erfuhren plötzlich mehr, als sie wissen wollten. Sie erfuhren es ohne Aufwand. Eine Suchmaschine genügte. In der digitalen Welt explodierte zwar nicht die Menge der Information. Aber es explodierten die Möglichkeiten des Zugangs zur Information. Was zuvor Expertenwissen war, wurde verfügbares Wissen. Was privat war, wurde öffentlich.

Privates wurde darum öffentlich, weil die neue Technik so verlockend ist. Man konnte in Sekundenschnelle seine Informationen der Welt vermitteln. «Send» heisst der Knopf, der aus Privatem Öffentliches macht. Die digitale intime Blutspur im Netz ist unauslöschbar.

Vor zehn Jahren wäre Geri Müller an den Postschalter gegangen. In einem adressierten Couvert hätte er Nahaufnahmen seiner erigierten Männlichkeit mitgeführt, adressiert an eine Lehrerin. «A- oder B-Post?», hätte das Postfräulein gefragt.

Geri Müller hätte vermutlich gesagt: «Ich muss mir das nochmals überlegen.»

Intimes Geschäft

Von Beatrice Schlag — Geld unter Freunden.

Wer plötzlich seine Rechnungen nicht mehr bezahlen kann, braucht einen Kredit. Dafür zahlt er, wenn er ein festes Monatseinkommen nachweisen kann, bei den meis-



ten Schweizer Banken zwischen 6 und 15 Prozent Schuldzinsen. Die rechnerisch viel günstigere Lösung als der Bankkredit ist, einen Freund oder eine Freundin anzupumpen, die Gespartes haben, das sie einem zur Hälfte des Bankzinses ausleihen können. Dabei spart der Kreditnehmer viel Geld, und der Geldverleiher bekommt deutlich mehr Zinsen, als ihm sein Sparkonto bringt. Theoretisch eine klassische Win-win-Situation. Warum findet sie trotz um sich greifender Sharing-Bereitschaft bei Autos oder Wohnungen so selten statt? Die meisten Leute haben kein Problem, mit Geld bis zu einem oder zwei Hundertern auszuhelfen. Wenn die Rückzahlung ausbleibt, mahnen die Angepumpten manchmal widerwillig an. Oder sie genießen sich und streichen sich das Geld ans Bein, weil ihnen die Freundschaft wichtig ist und der Verlust zu verkraften.

In beiden Fällen bleibt beim Angepumpten ein ungutes Gefühl zurück. Und beim anderen meist auch, wenn er es nicht vergessen hat. Was viel darüber sagt, wie viel Intimität wir mit Geld verbinden und wie sprachlos sie macht. Leihst man einem Freund hingegen mehrere tausend Franken, die er einem nicht zurückzahlt, ohne das anzusprechen, schlägt das unguete Gefühl meist in derbe Wut um. Der Geldverleiher fühlt sich um sein Vertrauen betrogen, wenn der säumige Schuldner so tut, als sei nichts. Warum muss er dem Freund, dem er aus der Klemme half, nun auf die Füsse treten und die Schulden anmahnen, statt dass der andere auf ihn zukommt und erklärt, was los ist? Der Schuldner wiederum sagt nichts, weil er das Geld nicht hat oder noch nicht zurückzahlen kann und sich schämt, das zuzugeben.

Ich weiss von Dutzenden von Freundschaften, die daran zerbrachen. Was an den Geschichten der Geldverleiher am meisten erstaunt, sind die Heftigkeit der negativen Gefühle und die Unversöhnlichkeit, mit der sie ihre Geschichten erzählten. Dabei sagte fast jeder den gleichen Satz: «Mir geht es gar nicht so ums Geld.» Worum dann genau?

«Deshalb muss die Schweiz in diesem Konflikt unbedingt neutral bleiben.» *Marco Brenni*



«Das kann nicht gutgehen»: Präsidenten Poroschenko, Putin.

Der Westen will das Gegenteil

Nr. 33 – Berichterstattung zum Konflikt in der Ukraine

Diese Krise ist eine besondere und nicht mit den weltweit anderen zu vergleichen. Sie betrifft geostrategische, fast schon innere Angelegenheiten Russlands. Erstens ist nicht zu vergessen, dass Russland aus zwei historischen Hauptgebieten zusammengefügt wurde: der Rus von Kiew (Ukraine) und der Rus von Nowgorod (Moskau). Zweitens hat auch der Westen diesen Konflikt ausgelöst. Putin will unbedingt die Ukraine – wenn nicht zurückgewinnen, so doch in seinem geostrategischen Raum behalten. Der Westen versucht genau das Gegenteil, das heisst, die Grenzen Russlands immer weiter zurückzuschieben, um sie unter die Kontrolle der EU-Nato zu bringen, nicht zuletzt aus rein wirtschaftlich-strategischen Gründen. Das kann nicht gutgehen!

Der Westen scheint schon den verheerenden Kalten Krieg vergessen zu haben, während Russland wieder als Grossmacht prunken will. Die westlichen Sanktionen werden überhaupt nichts anderes bringen als einen möglichen zweiten Kalten Krieg, der uns auch Milliarden kosten würde. Nicht zuletzt muss Russland überhaupt keine Sanktionen fürchten, da es sich kürzlich schon einen neuen kommerziellen Grossraum mit China erschaffen hat. Noch schlimmer: Russland und China werden weiter zusammenrücken. Deshalb muss die

Schweiz in diesem Konflikt unbedingt neutral bleiben! Womöglich können wir nur versuchen, als Mediator zu wirken.

Marco Brenni, Lugano

In der Herzgegend

Nr. 33 – «Revoluzzer in Filzpantoffeln»; Alex Baur über Lukas Niederberger

Wer sich wie Pater Lukas Niederberger mit unserer Landeshymne befasst, sollte ein korrektes Schweizer Symbol, wie zum Beispiel das auf dem diesjährigen 1.-August-Abzeichen abgebildete quadratische, in der Herzgegend anheften und nicht wie Niederberger in einer Fantasieform auf den Pantoffeln tragen.

René M. Levkowitz, Forch

Mindestens eine zweite Landessprache

Nr. 33 – «Speak Englisch»; Kommentar von Wolfgang Koydl

Wenn Deutschschweizer und Romands auf Englisch kommunizieren, ist das ein Armutszeugnis! Jeder in Europa kann Englisch oder meint es wenigstens. Das ist so weit in Ordnung. Wenn die Schweiz politisch und kulturell eigenständig und einzigartig bleiben will, müssen alle ihre Bürgerinnen und Bürger mindestens eine zweite Landessprache beherrschen. In Irland wird sogar das praktisch nur dort und von einer Minderheit praktizierte Gaelic zur zweiten Landessprache erklärt. Französisch hingegen wird mit dem Aufstieg

Afrikas in wenigen Jahrzehnten von eineinhalb Milliarden Menschen gesprochen werden. *Roland Popert, Ossingen*

Die Entscheidung für Frühfranzösisch ist zu wichtig, als dass man sie den Primarlehrern oder einem einzelnen Kantonsparlament überlassen könnte. Nutzen wir die Vorteile der Sprachenvielfalt unseres Landes, sonst wird auch in Bundesbern vermehrt auf Englisch diskutiert. Jeder SBB-Zugführer muss eine zweite Landessprache beherrschen. Verlangen wir dies auch von unseren Politikern, bevor wir sie wählen.

Martin A. Liechti, Maur

Im neuentbrannten Schweizer Sprachenstreit geht es vielen Leuten mit Recht gar nicht um die Frage, ob Französisch oder Englisch den Anfang machen soll, denn bis Ende Oberstufe muss der verlangte Stoff so oder so erarbeitet sein. Wer jemals an der Primarmittelstufe unterrichtet hat, weiss, dass ein durchschnittlich begabtes Kind nicht in der Lage ist, ab der 5. Klasse bereits drei Sprachen (und ausländische Kinder oft noch eine vierte) zu verkräften. Der kürzlich erfolgte Thurgauer Entscheid, die zweite Fremdsprache wieder auf die Oberstufe zu verlegen, ist deshalb absolut richtig. Hoffentlich ziehen nun andere Kantone nach. Ein Heer von Schulkindern und garantiert auch eine grosse Mehrheit der Lehrpersonen wird jenen Ratsmitgliedern dankbar sein, welche zuerst an die Kinder und dann erst an fragwürdige politische Rücksichtnahmen denken. *Hans-Peter Köhli, Zürich*

Laut aufheulen

Nr. 33 – «Sardinenbüchsen»; Kolumne von Peter Bodenmann

Jahrzehntelang hat die Schweizer Armee ihre Soldaten in offenen Fahrzeugen herumgefahren, in Wagen vom «Vierli-Vier» bis zum «Inf.-Anhängler» ohne Verdeck. Wer selber bei Regen, Frost und Schnee auf diese Art durch die Schweiz gekarrt wurde, in dem kriechen nur schon beim Gedanken daran Erkältung, Muskelschmerzen und Rheuma wieder hoch. Bodenmann vergisst geflissentlich, dass unser Klima nicht mit jenem des Nahen Ostens zu vergleichen ist. Würde die Schweizer Armee ihre Soldaten ungeschützt auf offene Pick-ups verfrachten, Bodenmanns Armeeschaffergenossen würden laut aufheulen.

Robert Jecklin, Igis

Jeder, der jemals in unserer Armee auf der Ladefläche eines Saurer-LKW verschoben wurde, weiss, wie mühsam man da wieder runterkommt. Allein deswegen erscheint mir das seitliche Aussteigen aus einem Geländewagen als taktisch vorteilhafter.

Lukas Steinmann, Winterthur

Der Autor hat vollkommen recht: Mercedes-Offroader sind teuer, im richtigen Krieg gefährlich wegen zeitraubenden Aus- und Einsteigens, man kann da weder MG, Kleinkaliberkanonen noch Raketen schnell montieren, Ersatzteile sind teuer. Diese Freizeitvehikel schützen die verweichlichte Besatzung gut gegen Sonne, Kälte, Regen und Hagel ... Tatsächlich ist jeder Pick-up kriegstauglicher.

Petr Kazil, Oberdiessbach

Mit allen Mitteln verschwiegen

Nr. 33 – «Vollbremsung im Kiesbett»; Wirtschaftskolumne von Silvio Borner

Der Autor hat bezüglich Vorsichtsprinzip wohl recht. Nur: Die «objektiven Abklärungen» zu neuen Produkten oder Technologien sind leider selten objektiv, da entweder grosse finanzielle oder aber politisch-ideologische Interessen im Spiel sind. Häufig auch wird wegen dieser Interessen das Vorsichtsprinzip ausgeschaltet und werden während der «Abklärungsphase» und in der Praxis festgestellte Gesundheits- und Umweltschäden so lange als möglich und mit allen Mitteln verschwiegen oder abgestritten. Ein klassischer Fall ist Asbest, dessen Gesundheitsrisiken beispielsweise bereits Ende des 19. Jahrhunderts bekannt waren. Ein Verbot wurde aber erst hundert Jahre später umgesetzt. Aktuelle Beispiele sind die Pestizide in der Landwirtschaft und die Mobilfunktechnologie.

Paul Nijman, Gerolfingen

Phönix aus der Asche

Nr. 32 – «Frommer Atatürk»; Wolfgang Koydl über Recep Tayyip Erdogan

Ich bin mit Ihren Überlegungen zu einem grossen Teil einverstanden. Allerdings bin ich der Meinung, dass man zwei Politiker (Atatürk und Erdogan) aus verschiedenen Epochen nicht so einfach vergleichen und bewerten kann. Die Zeitperiode von Atatürk unterscheidet sich deutlich von dem neueren Zeitraum ab dem Jahr 2000. Man soll sich daran erinnern, dass das Osmanische Reich an der Seite von Deutschland und Österreich am Ende des Weltkrieges sehr schwer geschlagen war. Atatürk hat die Türkei, im Freiheitskrieg 1919–1922, erfolgreich aus dieser sehr schweren Niederlage geführt und aus der Asche des Osmanischen Reiches eine starke Republik und eine selbstbewusste Nation gegründet, wie ein Phönix aus der Asche.

Dank starken Fundamenten dieser Republik, die Atatürk und seine nächsten Mitarbeiter gelegt haben, hat die Türkei die letzten neunzig Jahre ohne Krieg, in Frieden überstanden. Die Türkei hat heute einen respektierten Platz in der Völkergemeinschaft und leistet einen wichtigen Beitrag zum Frieden

und zur Stabilität in einer geostrategisch sehr wichtigen Region. Atatürk hat die Türkei aus mittelalterlichen Institutionen und Gewohnheiten in ein modernes Zeitalter geführt und dabei die europäische Zivilisation als Beispiel betrachtet. Er hat aber dabei die türkische Kultur, einschliesslich religiöser Werte, nicht verdrängt, sondern verstärkt.

Sein Tempo mag für einige etwas zu rasch gewesen sein, er war aber sicher nicht stur. Leider wird dies von manchen Leuten nicht verstanden, und er wird ungerechterweise als ein hartnäckiger Hirte bezeichnet. Er verhielt sich vielmehr pragmatisch, um die Trägheit der alten Denkweisen zu überwinden und den Rückstand des türkischen Volkes gegenüber Europa in kürzester Zeit aufzuholen. Wenn man die Türkei heute mit anderen Ländern in ihrer Umgebung vergleicht, kann man sehen, dass Atatürk mit seiner Reformpolitik sehr richtig gehandelt hat.

Dr. Kahraman Tunaboylu,
Präsident der Türkischen Gemeinschaft Schweiz

Leserbriefe

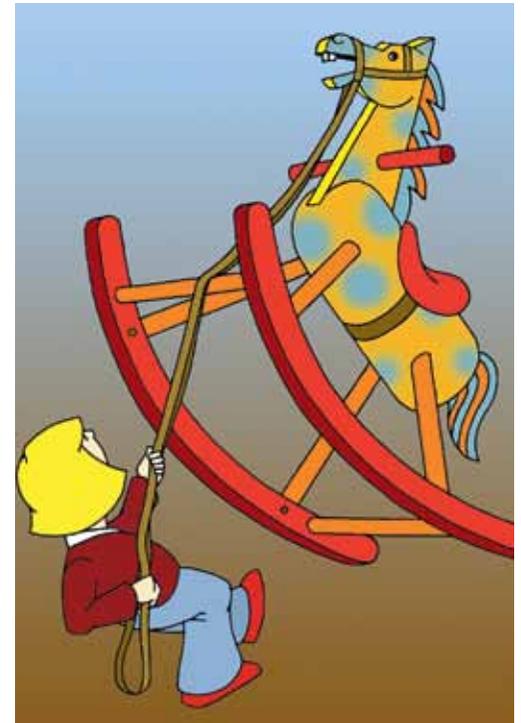
Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der *Weltwoche* erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert.

Postadresse: Redaktion *Weltwoche*,
Förrlibuckstrasse 70, Postfach,
8021 Zürich.

E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf man seine Freundin, eine begeisterte Reiterin, anlässlich ihres Geburtstages in eine Pferdemetzgerei zum Essen ausführen?

Stefan Wirth

Ist das eine mittelmässige Scherzfrage, geschätzter Herr Wirth? Oder wollen Sie Ihre Freundin loswerden? Dann ist das sicher ein effizienter und ausgesprochen uncharmanter Weg dorthin. David Schnapp


CRESTA
PALACE

Herbstzauber

Grosser SPA-, Pool- und Therapie-Bereich sowie
Kinderclub. Wandern, Golfen, Biken, Tennis uvm.
Zimmer/Frühstück ab CHF 125.– pro Person

Ab 2 Nächten: freie Fahrt auf ÖV + Bergbahnen
Sommersaison bis 12. Oktober 2014

★★★★

CRESTA PALACE · CH-7505 Celerina/St. Moritz
T +41 (0)81 836 56 56 · www.crestapalace.ch
Elisabeth und Hanspeter Herren


das Bergjuwel

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Die Grillparty-Bewegung

Facebook-Aufrufe, Petitionen, Protestaktionen mit Wurst: Aarburg wehrt sich mit allen Mitteln gegen noch mehr Asylbewerber. Bundespolitiker verunglimpfen die Aargauer Gemeinde als Rassisten-Hochburg. Was ist los im beschaulichen Städtchen? Von Alex Reichmuth und Christian Senti (Bilder)

Einige Kilometer vor Olten verhält sich die Aare sonderbar. In einer Ausbuchtung fliesst das Wasser rückwärts, über mehrere hundert Meter, bevor es wieder in den Hauptstrom talabwärts gerät. Oft kreisen in diesem Strudel mitgetragene Äste und Baumstämme schier endlos. In einen grossen Strudel scheint auch Aarburg geraten zu sein – das Städtchen, dessen Zentrum exakt an der rückwärts-gewandten Bucht liegt. Seitdem hier Bewohner regelmässig vorbeikommen, um Würste grillend gegen Asylbewerber zu protestieren, hat Aarburg nationale Berühmtheit erlangt. Die Aufmerksamkeit war vielen Anwohnern anfänglich durchaus willkommen. Doch inzwischen ist der mediale Sog gross geworden, und Journalisten sind im Städtchen nicht mehr gerne gesehen. Selbst der Gemeinderat, der den Anwohnerprotest mitträgt, gibt nur noch widerwillig Auskunft.

Denn die Schlagzeilen, mit denen sich Aarburg konfrontiert sieht, sind alles andere als freundlich. Ein eigentlicher Shitstorm ist über das beschauliche Städtchen hereingebrochen. In den Augen nicht weniger Kommentatoren sind die Anwohnerproteste «unterste Schublade». «Was, wenn nicht das, ist fremdenfeindlich?», prangerte die einflussreiche Zürcher SP-Nationalrätin Jacqueline Fehr das Grillen gegen Asylbewerber in ihrer 1.-Mai-Rede an. Es gehe in Aarburg «gegen die Schwachen, gegen die Armen, gegen die Wehrlosen», ergänzte sie. Vor einigen Tagen kam von höchster politischer Seite eine Schelte. Bundesrätin Simonetta Sommaruga, in der Schweiz für das Asylwesen zuständig, bezeichnete es als «beschämend, Grillpartys gegen Kriegsflüchtlinge» zu veranstalten. «Ich habe null Verständnis», empörte sich die SP-Regentin. Ist Aarburg ein Nest von Fremdenfeinden, eine Hochburg von Rassisten gar? Zeigt sich hier die Schweiz von ihrer hässlichen Seite?

«Sehen so Rassisten aus?»

Aarburg hätte das Zeug zum touristischen Anziehungspunkt, wie bei einem Besuch klar wird. Die imposante Festung auf dem Felsporn, der bis zur Aare hinabreicht, verleiht dem Ort etwas Majestätisches. Doch der Dorfkern wirkt verschlafen. Seit eine Umfahrung das Zentrum vor einigen Jahren von dem donnernden Durchgangsverkehr befreit hat, ist hier Ruhe eingekehrt. Nur wenige Menschen sind auf dem Dorfplatz – auffällig viele von ihnen mit offensichtlich fremdländischem



Machertyp: Felix Grendelmeier.

Teint. Man bekommt den Eindruck eines typischen Provinzstädtchens – von der markanten historischen Kulisse einmal abgesehen.

Die *Weltwoche* spricht Passanten auf die Proteste der Bevölkerung an. Eine Gruppe junger Burschen ist in ihrer Haltung hin und her gerissen. «Wir haben in der Schweiz doch kein Problem mit Asylanten», meint einer. Andererseits sei es schon ratsam, die Gründe der Menschen kritischer zu überprüfen, die an-

Aarburg gibt über ein Drittel seiner Steuereinnahmen für Soziales aus.

geblich als Flüchtlinge hierherkommen. Die Grilltreffen seien «dummes Zeug», ereifert sich ein älterer Herr. Die Asylbewerber seien «armi Sieche», denen man helfen müsse. Wie der Kanton Aargau die Flüchtlinge verteile, sei allerdings nicht in Ordnung, schränkt er ein.

Der Reporter trifft sich mit Felix Grendelmeier. Als Initiant der Grillfeste ist er für viele das Feindbild schlechthin. Die Jungen Grünen setzten sein Konterfei ins Internet und stellten die rhetorische Frage: «Sehen so Rassisten aus?»

Grendelmeier wohnt mit seiner Familie im Südteil der Gemeinde – in unmittelbarer Nähe

des neuen Asylzentrums, in dem der Kanton 90 Flüchtlinge unterbringen will. Er ist Unternehmer und produziert Lupenbrillen für Chirurgen und Zahnärzte. Diese vertreibt er weltweit. 100 000 Meilen fliege er jährlich für seine Firma, merkt er an. Im Familienunternehmen arbeiten vier Personen. Wie ein Hinterwäldler, der am Stammtisch gegen alles Fremde wettet, wirkt Grendelmeier nicht. Vielmehr erscheint er als rastloser Machertyp, mit durchaus intaktem Selbstbewusstsein.

Der 40-jährige Vater zweier Buben legt sofort los. Die Grillfeste seien nicht gegen die Asylbewerber selber gerichtet, müsse er klarstellen, sondern gegen den Kanton und die ungerechte Verteilung von Flüchtlingen auf die Gemeinden. Aarburg sei bereits hochbelastet und habe bisher schon weit mehr Asylanten aufgenommen als vorgesehen. «Keine andere Gemeinde im Aargau macht so viel für Asylsuchende und Ausländer wie Aarburg», so Grendelmeier. Wenn man jetzt nochmals 90 Flüchtlinge aufnehmen müsse, komme das Städtchen in ernsthafte Schwierigkeiten. «Denn nach einem positiven Asylentscheid bleiben diese Menschen in der Regel hier. Überaus viele liegen der Gemeinde dann als Sozialfälle auf der Tasche.» Es gehe darum, dass Aarburg «nicht pleitegeht».

Von Aarburgs gut 7000 Einwohnern sind 42 Prozent Ausländer. In den letzten Jahren sind 200 Menschen aus Eritrea zugewandert, ursprünglich als Asylbewerber. Von den 110 Eritreern, die inzwischen nicht mehr vom Kanton finanziert werden, sind heute 100 von der Sozialhilfe abhängig und auf die Gemeinde angewiesen. Aarburg gibt so über ein Drittel seiner Steuereinnahmen für Soziales aus. Der Steuerfuss ist einer der höchsten im Aargau.

«Das lassen wir uns nicht bieten»

Bislang beherbergte Aarburg 37 Asylbewerber – mehr als doppelt so viele, wie gemäss der kantonalen Quote vorgesehen wären. Im Frühling wurde bekannt, dass die Aargauer Regierungsrätin Susanne Hochuli (Grüne) einen frischrenovierten Mehrfamilienblock angemietet hat, um zusätzlich 90 Asylsuchende unterzubringen. Insgesamt wären dann 10 Prozent aller Asylanten im Kanton in Aarburg zu Hause. «Das lassen wir uns nicht bieten», sagte sich Felix Grendelmeier. Er habe überlegt, wie man sich wehren könne. «Wir Anwohner müssen zusammenkommen, war mir klar.» Über Facebook lud er kurzfristig zu



Ernsthafte Probleme: Panoramablicke auf Aarburg.



Aarburger Gemeindefürsprecher Hans-Ulrich Schär.

einem Protesttreffen ein. Auf einem Privatgrundstück beim geplanten Asylzentrum, das zur Verfügung gestellt wurde, stellte er mit Hilfe der Gemeinde Festbänke, mobile Toiletten und einen Grill auf. Wollte er damit suggerieren, Asylanten zu grillieren – wie es der Aarburger Protestbewegung unterstellt wurde? «Unsinn», sagt Grendelmeier, «wir wollten den Teilnehmern ermöglichen, sich nach Feierabend verpflegen zu können.» Jeder habe seine Wurst selber mitgebracht.

Beim ersten Protesttreffen kamen nicht dreissig oder vierzig Menschen. Es waren 650 – Junge und Alte, Familien und Alleinstehende, auch viele Ausländer. Und vor allem war der Gemeinderat fast vollzählig anwesend. In der Folge fanden die Grillfeste immer dienstags statt. «Bei den späteren Treffen machten jeweils etwa fünfzig Personen mit», so Grendelmeier.

Der Reporter sieht sich im Norden Aargaus um, der als eine Art Getto der Gemeinde gilt. Der Ortsteil liegt in einer Klus und ist dicht bebaut. Ein gesichtsloser Siedlungsbrei hat sich breitgemacht. Auffällig sind die ältlich wirkenden Wohnblöcke. Entlang der Durchgangsstrasse reiht sich Garage an Garage. Hier sind die bereits bestehenden Asylunterkünfte zu finden: ein kleines Steinhaus zwischen Strasse und Bahnlinie. Und ein ärmlich wirkendes Holzgebäude am Ufer der Aare. Das neugeplante Asylzentrum steht jedoch im Südteil, inmitten eines Wohnquartiers.

Aargau ist Boom-Gemeinde. Viele Paare mit unterschiedlichen Arbeitsorten lassen sich hier nieder, in der Mitte zwischen Bern, Basel und Zürich. Der Ort wird so allmählich zur Schlafstadt. Das passt vielen Einheimischen nicht, die sich ein reges Dorfleben wünschen.



Breit abgestützt: Aarburger Grillparty vor der geplanten, neuen Asylunterkunft.

Nach dem Start des Protestgrillens fanden sich auf Facebook bald Bemerkungen, die – gelinde gesagt – problematisch waren. «Seitdem sie sie retten, ist es viel schlimmer geworden», las man etwa, mit Blick auf aufgegriffene Bootsflüchtlinge vor der italienischen Küste. «Verlönd aargurg ...!!! ALI ZÄME ...!!!», war ein weiterer Eintrag. Zudem sprang die rechtsextreme Partei national orientierter Schweizer (Pnos) auf und verteilte in Aargau Flugblätter gegen die «Völkerwanderung». «Mit der Pnos haben wir nichts zu tun», antwortet Felix Grendelmeier, darauf angesprochen. Die Organisatoren der Grillpartys hätten nie Kontakte mit Rechtsextremen gehabt und seien nicht für deren Handeln verantwortlich.

Selbst die SP unterschrieb Protestbrief

Der Protest in Aargau ist breit abgestützt. Die Ortsparteien haben im Frühling einen Brief an

die Aargauer Sozialministerin geschrieben. Unterzeichnet haben ihn nicht nur die Präsidenten von SVP, FDP und SVP, sondern auch der Chef der kommunalen SP. «Frau Hochuli», hiess es im Brief, «was geschieht mit den Asylanten, wenn diese einen positiven Entscheid erhalten? Sie gehen nahtlos in die Sozialhilfe über [...]» Man vermisse die Solidarität Hochulis gegenüber den Bürgern.

Dass auch die kommunale SP unterschrieben hat, gab parteiintern Ärger. Die SP Aargau unterstützte «eine Kampagne, die Nährboden für rassistisches Gedankengut bildet», wetterte Sascha Antenen, Präsident der Jungsozialisten Aargau. Dem Vernehmen nach soll die SP Schweiz die Genossen in Aargau zurückgepfiffen haben. Jedenfalls zieht die Ortssektion nach der Schelte ihrer Parteikollegin Sommaruga den Schwanz ein. Wegen angeblich «schlechten Erfahrungen mit der Presse» will Christian Suter, Präsident der SP Aargau, keine Fragen beantworten. «Und ich will auch nicht mehr zitiert werden in dieser Angelegenheit», lässt er die Weltwoche wissen.

In Aargau haben fast 1400 Personen eine Petition unterschrieben, die gegen den Kanton gerichtet war. Entscheidend für ihren Ärger war offenbar ein Treffen der zuständigen Regierungsrätin und des Gemeinderates vor zwei Jahren. Damals soll Susanne Hochuli mündlich zugesichert haben, dass der Kanton in Aargau keine weiteren Asylbewerber mehr ansiedle. Zumindest bezeugen dies Gemeindevorteiler, die damals dabei waren. Im letzten Frühling aber unterschrieb Hochulis Departement besagten Mietvertrag für ein neues Asylzentrum – heimlich, ohne die Gemeinde zu informieren. Ob das ein cleverer Schachzug gewesen sei, wurde Hochuli später vom Blick





Regierungsrätin Susanne Hochuli.

gefragt. «Clever oder nicht – er war nötig», meinte sie. «Ich muss Leute unterbringen.» Hätte sie vorab informiert, argumentierte die Regierungsrätin, hätte der Kanton den Mietvertrag wohl nicht unterschreiben können.

Kein Gespräch mit Hochuli möglich

Susanne Hochuli ist nicht bereit zu einem Gespräch mit der *Weltwoche*. Sie habe der Gemeinde an jener Sitzung nur versprochen, es würden «vom Kanton aktiv keine Flüchtlinge in Aargurg platziert», lässt sie über ihren Sprecher Balz Bruder ausrichten. Bruder schiebt

Der Freikauf für Gemeinden, die keine Asylanten wollen, ist eben doch ein Fakt.

später nach: «Flüchtlinge sind Flüchtlinge; Asylsuchende waren explizit nicht gemeint.»

Eine geschickte Wortklauberei der Regierungsrätin? Gemeindeammann Hans-Ulrich Schär (parteilos), der im Asylstreit schon mit markigen Worten aufgefallen ist, will Hochulis Vorgehen nicht kommentieren. Er sei erst seit Anfang Jahr im Amt und sei bei der ominösen Sitzung nicht dabei gewesen, so Schär. Zurückhaltend geworden ist der Gemeindepräsident vor allem wegen der überwiegend negativen Berichterstattung. Die protestierenden Anwohner seien in eine «Medienfalle» geraten, sagt er, weil «der Boulevard reisserisch und unkorrekt» berichtet habe. Ranghohe Politiker hätten die Verurteilung Aargurgs leider unreflektiert übernommen.

Scharf kritisiert Schär die Verteilung von Asylbewerbern im Aargau. In diesem Kanton könnten Gemeinden, die keine Asylbewerber

aufnehmen wollen, sich de facto freikaufen – mit zehn Franken pro Tag und Asylanten. Über hundert Gemeinden, vorwiegend gut-situierte, machen derzeit davon Gebrauch. Der Kanton nimmt so pro Jahr schätzungsweise eine Million Franken an Ersatzabgaben ein. Als «zynisch und menschenfeindlich» bezeichnet Gemeindeammann Schär dieses Vorgehen – vor allem, weil der Kanton das Geld einsacke und nicht an die Gemeinden verteile, die die Aufnahmepflicht erfüllen.

Hochulis Sprecher Bruder entgegnet, die Ersatzabgabe sei für Gemeinden geschaffen worden, «die schlicht nicht über die Infrastrukturen verfügen, um Asylsuchende unterzubringen». Es stimme nicht, dass jede Gemeinde selber entscheide, ob sie Asylsuchende aufnimmt. Allerdings: «Die Durchsetzung der Pflicht gestaltet sich [...] nicht einfach, zumal die Asylsuchenden in Gemeinden, die nicht aufnehmen wollen, nicht in Nacht-und-Nebel-Aktionen platziert werden können», so Balz Bruder weiter. Also ist der Freikauf für Gemeinden, die keine Asylanten wollen, eben doch ein Fakt.

Nachdem Hochulis Nacht-und-Nebel-Aktion in Aargurg öffentlich geworden war, versuchte der Gemeinderat den Zuzug von 90 Asylbewerbern juristisch zu verhindern. Für die Nutzung des Hauses als Asylzentrum fehle eine Umnutzungsbewilligung, argumentierte er. Zudem genüge das Gebäude punkto Brandschutz nicht. Das Verwaltungsgericht wies die Beschwerde ab – zumindest vorläufig. Im Juli zogen die ersten Flüchtlinge im neuen Zentrum ein. Vom Tisch ist der Rechtsstreit zwischen der Gemeinde und dem Kanton damit nicht. Er könnte noch Jahre dauern.

Felix Grendelmeier ist es wichtig, nicht als Verhinderer zu gelten. Er hat Regierungsrätin Hochuli Ideen zukommen lassen, wie die Asylbewerber gerechter verteilt werden könnten. Alle Gemeinden müssten obligatorisch ein Areal mit Strom- und Wasseranschluss zur Verfügung stellen, schlug er unter anderem vor. Dort könnten nach Bedarf mobile Wohneinheiten für Asylanten aufgestellt werden. Dass sich Gemeinden freikaufen, solle nicht möglich sein. Ein Echo auf seine Vorschläge habe er nie erhalten, sagt Grendelmeier.

Der Unternehmer will jedenfalls die Grillfeste fortsetzen – und zusammen mit anderen Anwohnern sogar «on tour» gehen. «Wir werden eventuell vor dem Gesundheits- und Sozialdepartement in Aarau aufkreuzen», kündigt er an. Selbst ein Protest vor dem Bundeshaus sei denkbar, «um auf die abschätzigen Bemerkungen von Sommaruga zu reagieren». Deren «null Verständnis»-Statement ist bei Grendelmeier besonders schlecht angekommen. «Mit grossen Worten verlangt die Justizministerin zwar eine gerechte Verteilung der Asylbewerber in Europa», kritisiert er. «Wenn wir in Aargurg im Kanton aber das Gleiche fordern, diffamiert sie uns.» ○



IHR NEUER CHEF?



www.stellen-anzeiger.ch

Was das Asylwesen wirklich kostet

Kaum je gab der Bund so viel Geld für den Flüchtlingsbereich aus, dabei kümmert er sich nur um halb so viele Asylsuchende wie zu Krisenzeiten. Setzt die Schweiz die Milliarden für den Schutz von bedrohten Menschen eigentlich wirkungsvoll ein? *Von Markus Schär*

Die Schlagzeile der *Weltwoche* führte zu einem Aufschrei: «Eine Million Franken pro Flüchtling» wende die Schweiz auf, rechnete ein Artikel im Oktober 2002 vor. Für die knapp 100 000 «Personen im Asylbereich» gab das damalige Bundesamt für Flüchtlinge jährlich rund eine Milliarde Franken aus. Dazu kam der Aufwand für Gesundheitswesen, Polizei und Justiz, er liess sich auf eine weitere Milliarde hochrechnen. Zwei Milliarden, geteilt durch die zweitausend Personen, denen der aufwendige Apparat Asyl in der Schweiz gewährte, ergab aber: eine Million pro «echten» Flüchtling mit Asylgründen, wie sie die Genfer Konvention und – strikt daran festhaltend – das Schweizer Gesetz anerkennen.

«Statt sachlicher Diskussionskultur herrscht weitherum emotionaler Aufruhr», hielt der Artikel fest. Das galt gerade nach der Publikation; statt einer ruhigen Debatte gab es wütenden Protest. Er würgte die Frage ab, die der Artikel aufwarf: Die Schweiz muss selbstverständlich an Leib und Leben bedrohten Menschen Schutz bieten – setzt sie das viele Geld dafür aber effektiv ein, also mit einem möglichst grossen Nutzen für die «echten» Flüchtlinge?

Auch die Schlagzeile der *Sonntagszeitung* löste einen Aufruhr aus: «Mit einer radikalen Initiative soll das Recht auf Asyl weitestgehend abgeschafft werden», titelte das Blatt am 27. Juli. SVP-Fraktionschef Adrian Amstutz kündigte eine Initiative seiner Partei an, die nur noch Menschen Asyl gewähren wolle, die auf dem Luftweg in die Schweiz kommen: Auf dem Landweg müssten sie sichere Länder durchqueren, die zum Dublin-System gehören – gemäss diesem Abkommen kann die Schweiz Asylbewerber in das Land zurückschicken, in dem sie das erste Gesuch stellten.

«Dieschlimmste Situation für die Schweiz»

Den Chor der Empörten führte Bundesrätin Simonetta Sommaruga persönlich an: «Beschämend! Menschenverachtend! Schaumschlägerei!», schimpfte sie für die *Blick*-Schlagzeile. Das Dublin-System sei unter Druck, räumte die Asylministerin immerhin ein. In den nächsten Tagen entscheidet der Menschenrechtsgerichtshof in Strassburg über die Beschwerde eines Asylbewerbers, der sich gegen die Abschiebung aus der Schweiz nach Italien wehrt, weil dort menschenunwürdige Zustände herrschten: Eine Gutheissung, geben auch Experten des Bundes zu, würde für das Dublin-System den Bankrott bedeuten.



Dublin-System unter Druck: Justizministerin Sommaruga 2012 in Libyen.

Aber die Bundesrätin erreichte ihr Ziel; der Protest gegen die «immer radikalere» SVP erstickte die Debatte um die Fragen, die Adrian Amstutz mit seiner Provokation aufwarf: Lassen sich die Dublin-Regeln durchsetzen? Und wenn nicht: Wäre «die schlimmste Situation für die Schweiz», wie die Asylministerin behauptet, wirklich «eine Schweiz ohne Dublin»? Liessen sich die Lasten der Migration nicht besser unter den europäischen Ländern verteilen? Und vor allem: Könnte man mit den Milliarden, für Hilfe vor Ort eingesetzt, nicht viel mehr erreichen?

Darum hier nochmals der Versuch einer nüchternen Analyse. Anhand der Zahlen der Eidgenössischen Finanzverwaltung und des Bundesamtes für Migration gibt eine Kostenrechnung Antworten auf die Frage: Wie wirkungsvoll sorgt der Bund für den Schutz von bedrohten Menschen?

Als die *Weltwoche* vor zwölf Jahren die Rechnung machte, kämpfte Justizministerin Ruth Metzler noch mit den Folgen der Kriege im zerfallenden Jugoslawien. Die Zahl der Asylgesuche schnellte 1990 und 1991 auf 36 000 beziehungsweise 42 000 hoch; 1998 und 1999, als das Kosovo um seine Unabhängigkeit kämpfte, gar auf 43 000 und 48 000. Ende 1999 zählte die Statistik so den Höchstwert von 104 739 Personen im Asylprozess.

Dieser Bestand liess sich bis 2007, also bis zum unfreiwilligen Ende der Amtszeit von Bundesrat Christoph Blocher, auf 41 000 abbauen. Dem SVP-Justizminister half, dass einerseits ein grosser Teil der Menschen aus Ex-Jugoslawien zurückkehrte und dass andererseits kaum neue Konflikte aufflammten. Deshalb ging europaweit die Zahl der Asylgesuche zurück, in der Schweiz bis 2007 auf 11 000.

Aber sie sprang 2008, im ersten Amtsjahr von Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf, bei kaum veränderter Weltlage gleich um 53 Prozent hoch. Am häufigsten kamen Eritreer (+72%) und Somalier (+334%), die Asylstatistik stellte dazu nur fest: «Hauptgrund für diesen Anstieg ist eine Verlagerung der von Migranten aus der Region Afrika-Subsahara benutzten Migrationsrouten.» Weder den italienischen Behörden noch der EU-Grenzschutzagentur Frontex gelinge es, den Zustrom via die Insel Lampedusa zu verhindern: «Ein Teil dieser Migranten bleibt in Italien. Viele wandern weiter – teilweise auch in die Schweiz.»

Der Zustrom von Eritreern und Somaliern hielt an, am häufigsten kamen aber 2009 Nigerianer (+81%), obwohl ihr Land sicher ist und sie deshalb keine Chance auf Asyl haben. «Da die Schweiz von der Wirtschaftskrise weniger stark betroffen ist als andere wichtige Zielländer (insb. Italien und Spanien), ist es zu binnen-

europäischen Weiterwanderungen gekommen», erklärte das Bundesamt. Das heisst: Im ersten Jahr, in dem das Dublin-Abkommen galt, kamen am meisten Asylbewerber aus einem Land, aus dem gemäss Konvention keine Flüchtlinge kommen können – sie hatten sich zuvor illegal in sicheren europäischen Ländern aufgehalten, wo die Dublin-Regeln gelten. Die Asylstatistik jubelte: «Erfolgreiche Bilanz des Dublin-Abkommens».

Beim Amtsantritt von Bundesrätin Simonetta Sommaruga Ende 2010 brach der Arabische Frühling an. Er führte vor allem zu einem Zustrom von Tunesiern, die aussichtslose Gesuche stellten. Am meisten Asylbewerber kamen in den letzten Jahren aber weiterhin aus Eritrea und Nigeria – die Eritreer konnten ihre Familien nachziehen. Gemäss Asylgesetzrevision, die das Volk im Juni 2013 klar guthies, anerkennt die Schweiz Dienstverweigerung nicht mehr als Fluchtgrund. Bundesrätin Sommaruga betonte aber schon im Abstimmungskampf, die desertierenden Eritreer würden nicht zurückgeschickt, da ihnen unmenschliche Strafen drohten; deshalb hält der Zustrom an. Beat Meiner, der Generalsekretär der Flüchtlingshilfe, feixte deshalb letzte Woche im *St. Galler Tagblatt*, er habe immer gesagt, «dass diese Gesetzesverschärfung reine Symbolpolitik ist».

1,3 Milliarden budgetiert

Die zuständigen Bundesräte konnten zwar kaum beeinflussen, wie sich Kriege und Krisen in aller Welt entwickelten, aber sehr wohl, ob Flihende in die Schweiz kamen: einerseits mit der Politik, so etwa im Umgang mit der Asylrekurskommission, die 2005 bei Eritreern die Desertion als Asylgrund dekretiert hatte, andererseits mit der Organisation, wenn grosszügige Unterstützungsleistungen oder schleppe Verfahren Anreize boten, auch in aussichtslosen Fällen in der Schweiz ein Gesuch zu stellen. Die Analyse der Zahlen führt denn auch zu klaren Befunden.

Erstens: 2002 gaben Bundesamt für Flüchtlinge und Bundesamt für Zuwanderung, Integration und Auswanderung (39 Mio.) zusammen knapp eine Milliarde Franken aus. Bundesrat Blocher drückte den Aufwand des neuen Bundesamtes für Migration bis 2007 auf 754 Millionen, gut die Hälfte der Höchstwerte um die Jahrtausendwende. Danach stiegen die Ausgaben wieder an – obwohl die Zahl der Personen im Asylprozess gleich blieb. 2012, bei einem Bestand von 44 863 Personen, wendete das Bundesamt 1,1 Milliarden auf, so viel wie zehn Jahre zuvor für 66 226 Personen. Für das laufende Jahr stehen 1,3 Milliarden im Budget. Von 2004 bis 2013 wuchsen die Kosten des Bundesamtes pro Person im Asylprozess von 17 695 Franken auf 26 446 Franken an, der Personalaufwand pro verwalteten Asylbewerber schnellte allein in den drei Jahren Amtszeit von Asylministerin Widmer-Schlumpf um 43 Prozent hoch.

Zweitens: Schon unter Asylminister Blocher stieg die Anerkennungsquote an. Um die Jahrtausendwende, mit Zehntausenden von Kriegsflüchtlingen aus Ex-Jugoslawien, hatte nur jedes zwanzigste Gesuch zum Erfolg geführt. Ab 2005 war es jedes zehnte, ab 2007 gar jedes fünfte, auch weil in teils jahrelang verschleppten Verfahren Entscheide fielen. Nach dem Höchststand von 2008 (23 Prozent) sank die Anerkennungsquote wieder – entgegen der Logik: Dank den Dublin-Regeln musste die Schweiz auf aussichtslose Gesuche gar nicht mehr ein-

Es gibt einen immer grösseren Apparat, der kein Interesse an einem effizienten Asylwesen hat.

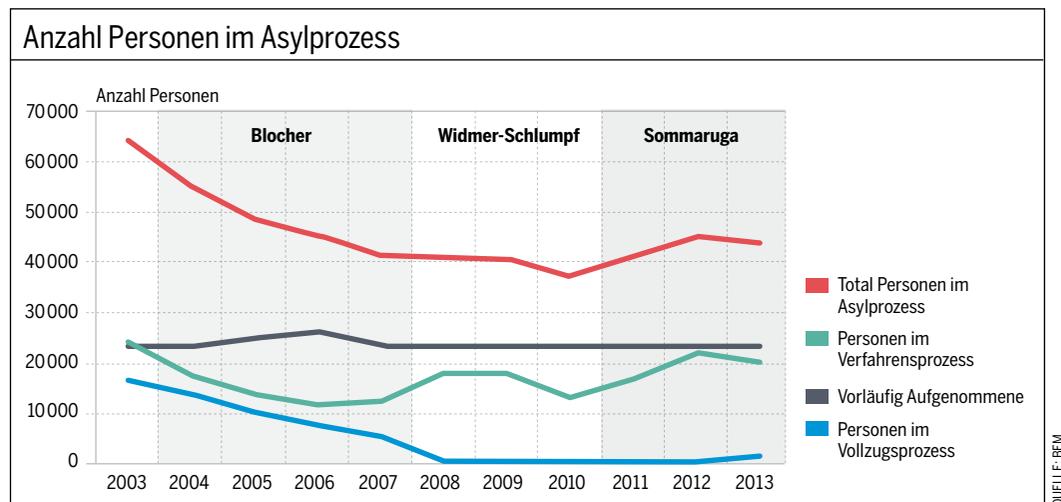
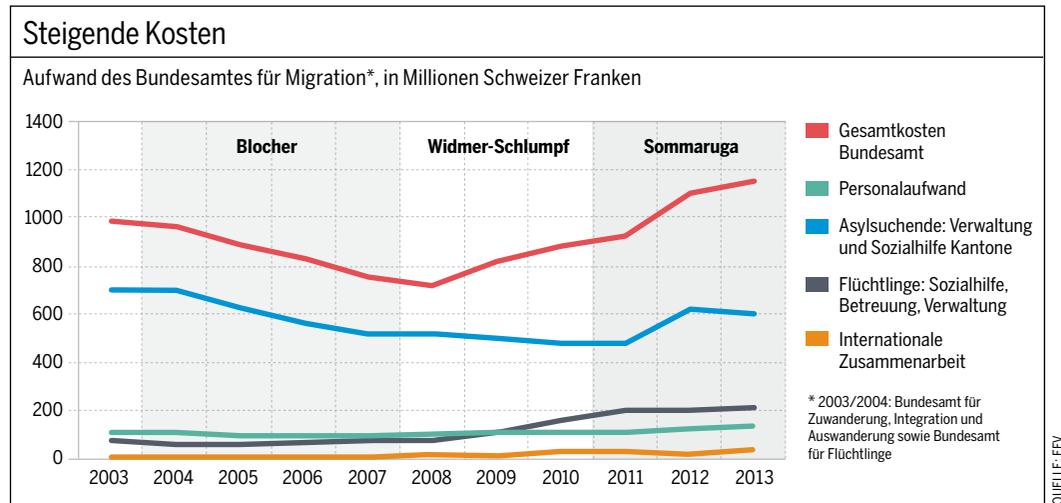
treten, die Zahl der Nichteintretensentscheide sprang auf das Drei- bis Vierfache hoch; deshalb hätte die Anerkennungsquote unter den ernstzunehmenden Gesuchen steigen müssen. Erst im laufenden Jahr erreicht die Quote mit bisher 24 Prozent einen neuen Rekord.

Drittens: Die Zahl der Asylgewährungen erreichte ihren Höchstwert 2011 mit 3711, jene der vorläufigen Aufnahmen kulminierte schon 2010 mit 3888 – dabei kamen zu dieser Zeit kaum Asylbewerber mit Fluchtgründen gemäss Genfer Konvention in die Schweiz. Im-

merhin verbesserte sich dank der grosszügigen Praxis die Kennzahl der *Weltwoche*, die 2002 Kosten von einer Million je Flüchtling errechnet hatte. Die Aufwendungen allein des Bundesamtes pro Asylgewährung sanken von 2004 bis 2013 von 633 748 auf 363 751 Franken. Dazu kämen in einer Vollkostenrechnung jene von Bundesverwaltungsgericht, Gesundheitswesen, Polizei und Justiz.

Fazit: Der Wechsel zum Dublin-System ab 2009 ist in den Zahlen nicht zu erkennen. Ausgerechnet in den Jahren, als wenige Menschen mit anerkannten Fluchtgründen ins Land kamen, wuchsen einerseits die Kosten des Asylwesens und andererseits die Zahlen der Asylgewährungen und der vorläufigen Aufnahmen. Das bedeutet: Es gibt einen immer grösseren Apparat, der kein Interesse an einem effizienten Asylwesen hat – im Gegenteil. Die Schweiz zeigt sich so als Land, in dem die grösste Chance besteht, Asyl oder zumindest Aufenthalt mit grosszügigen Unterstützungsleistungen zu bekommen. Und immer noch gilt, was die *Weltwoche* vor zwölf Jahren feststellte: Die grössten Chancen, in der Schweiz zu bleiben, hat – fast unabhängig von den Fluchtgründen –, wer der Schweiz die grössten Probleme macht.

Die Daten zur Grafik sowie weitere Analysen finden sich auf www.weltwoche.ch.



«Man fährt die Schweiz gegen die Wand»

Der französisch-schweizerische Unternehmer Alain Duménil hat die liberale Wirtschaftszeitung *L'Agefi* gerettet. Nun steht er im Fokus der Steuerfahnder von Eveline Widmer-Schlumpf. Der Multimillionär macht sich Sorgen. Der Staat werde von Marxisten unterwandert. Von Florian Schwab und Niels Ackermann (Bild)

Die Privatwohnung von Alain Duménil im Erdgeschoss eines herrschaftlichen Hauses an bester Genfer Seelage gleicht einer Festung. Die schweren Vorhänge lassen nur wenig Tageslicht herein. Der noble Salon, bestückt mit Kunstwerken und antiken Möbeln, ist in zurückhaltendes, warmes Lampenlicht getaucht. Vor dem Haus parkiert ein militärisch anmutender schwarzer Geländewagen. Der Besitzer wähnt sich offenbar in einer Art Belagerungszustand.

Mit Recht: Seit letztem November untersuchen Finanzbeamte aus der Eidgenössischen Steuerverwaltung einen Verdacht auf Steuerhinterziehung in Millionenhöhe. An dieser und anderen Adressen des aus Frankreich stammenden Unternehmers haben sie Unterlagen beschlagnahmt.

Seit einer Woche ist Duménil deswegen in den Schlagzeilen. Ihm gehören 51 Prozent der Wirtschaftszeitung *L'Agefi*. Just die beiden Konkurrenzverlage, denen er, ebenfalls im vergangenen November, die Zeitung *Le Temps* abkaufen wollte, schiessen jetzt scharf.

Es ist Sonntag, 19 Uhr. «Wenn es darum geht, seine Ehre zu verteidigen, gibt es keine Wochentage», begrüsst uns Duménil. Seine tadellos elegante Erscheinung erinnert an einen französischen Landadeligen. Er äussert sich in grossen, getragenen Gedankengängen und spricht mit einer Eleganz, wie sie nur die französische Sprache zu bieten hat. Rasch wird klar: Der Mann ist sich seiner Sache sicher. Und er ist bereit zu kämpfen.

Herr Duménil, die Hausdurchsuchungen bei Ihnen erwecken den Eindruck eines Rollkommandos. Was haben Sie erlebt?

Ich war nicht da, als die Agenten morgens um sechs vor der Tür standen. Der Begriff «Rollkommando» trifft es: Wie meine Frau ihnen die Türe öffnet, verschaffen sie sich Zugang zum Schreibtisch, nehmen Computer mit allen Unterlagen mit. Die Beamten treten bedrohlich auf: «Wissen Sie denn nicht, welch schlimme Dinge Ihr Ehemann getan hat?» Kein Wort der Unschuldsvermutung. Man fühlt sich in die DDR versetzt: Der Staat hat immer recht.

Wie ging es weiter?

Sofort werden alle Konten blockiert. Die Bank gibt keinen Rappen mehr heraus. Einen Tag später zieht die Steuerverwaltung die Immobilien als Sicherheit ein. Ich habe dann verlangt, dass man mir monatlich

einen gewissen Betrag auszahlt, damit ich meinen Lebensunterhalt und meine Anwälte bezahlen kann. Auch das wurde abgelehnt, und man hat mir beschieden, die Schweiz habe ein sehr gutes Sozialsystem. Man hat mich sozusagen an die Suppenküche verwiesen!

Worüber regen Sie sich am meisten auf?

Es gibt in der Schweiz eine Organisation, die Abteilung für Strafsachen und Untersuchungen (ASU), und sie steht über dem Recht. Es genügt, dass ein 29-jähriger Funktionär den Verdacht der Steuerhinterziehung hat, und schon wird Ihr Vermögen eingefroren. Ohne den Segen eines Richters.

Aber es braucht eine Unterschrift der Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf.

Ja, und danach hat die ASU völlige Narrenfreiheit. Wäre ich Finanzminister und meine Leute würden mir ein Dossier vorlegen, das zeigen soll, dass Herr Duménil mehr als zwanzig Millionen an Steuern hinterzogen hat, würde ich auch unterschreiben.

«Die Unschuldsvermutung wird flugs in eine Schuldvermutung umgekehrt.»

Was kritisieren Sie dann?

Die ASU-Beamten haben unbegrenzte Macht und sind wie alle Beamten für ihr Tun nicht verantwortlich. Also drehen sie durch. Die Unschuldsvermutung wird flugs in eine Schuldvermutung umgekehrt. Mit der Folge, dass Sie sich von einem Tag auf den anderen Gedanken machen müssen, wovon Sie sich jetzt ernähren. Einen Anwalt können Sie sich erst einmal ebenfalls nicht leisten, was der Menschenrechtskonvention widerspricht. Als Financier arbeite ich mit meinem Geld. Darauf habe ich jetzt keinen Zugriff mehr. Mir wird die Lebensgrundlage entzogen. Gott sei Dank habe ich Familie und Freunde, die mir helfen und mir Geld leihen. Aber es ist eine Art Bettlerdasein.

Mit Ihren Beschwerden vor dem Bundesstrafgericht sind Sie weitgehend abgeblitzt.

Das Bundesstrafgericht hat nicht gesagt: «Duménil ist schuldig.» Es hat lediglich gesagt, dass die ASU weiter untersuchen darf. Das kann man verstehen, da ein Strafrichter ja nicht unbedingt mit allen Finessen der Besteuerung von Börsengeschäften vertraut ist. Trotzdem sieht das Bundesstrafgericht Zweifel an meiner Schuld – sonst hätte es

nicht die strikte Anonymisierung meines Namens angeordnet.

Sind Sie denn unschuldig?

Ich habe keine Steuern hinterzogen. Am Ende wird die Zahl null stehen.

Wenn es um Steuerhinterziehung geht, sind auch andere Länder nicht zimperlich.

Die ASU ist eine knallharte Untersuchungsbehörde nach US-Vorbild. Das war vom Gesetzgeber auch so gewollt, ging es doch anfangs um Untersuchungen bei grossen internationalen Konzernen, wo bei einer kleinen Unregelmässigkeit schnell Hunderte Millionen zusammenkommen. Mittlerweile darf sie schon Fälle untersuchen, wo es um 200 000 Franken in zehn Jahren geht. Das macht 20 000 Franken im Jahr. So steht bald jeder Schweizer im Fokus – der völlige Abschied vom Willen des Parlaments.

Worauf wollen Sie hinaus?

Wenn man sich die USA schon als Vorbild nimmt, wovon ich abrate, dann richtig: In den USA kann man sich wenigstens von Anfang an wehren und zurückschlagen. Wenn Sie dem US-Steueramt hundert Dollar schulden, dann kann der Staatsanwalt Sie festnehmen lassen. Aber schon am nächsten Tag beurteilt ein Richter die Beweise.

Und hierzulande?

In der Schweiz nimmt sich die ASU jetzt fünf Jahre Zeit für ihre Verfügung. Wird diese angefochten, kann es weitere fünf Jahre dauern. Hier geht es darum, eine Person zu attackieren und sie dann mürbezumachen.

Der Tages-Anzeiger schreibt, dass die Behörden an Ihrem Walliser Wohnsitz einen Tipp bekommen und die ASU alarmiert haben.

Ich bin sicher, dass es keinen Denunzianten gibt. Wir hatten bei dem Verfahren vor dem Bundesstrafgericht Einblick in das Dossier. Dort findet sich nicht der geringste Hinweis auf einen Informanten. Kein Brief, keine Notiz. Meine Version der Geschichte ist, dass das Finanzdepartement beweisen will, dass es mit dem Wallis keine Probleme hat.

Wer hat dafür gesorgt, dass Ihr Name an die Öffentlichkeit gekommen ist?

Das Bundesstrafgericht hat seine Urteile anonymisiert, um mich zu schützen. Dass das Ringier-Blatt *L'Hebdo* und das Tamedia-Blatt *Tages-Anzeiger* sich darüber hinwegsetzen, hat vielleicht mit meinem Engagement bei *L'Agefi* zu tun. Tamedia und Ringier sind das grosse Medien-Duopol in der Roman-die. Sie hielten bislang je rund 46 Prozent an



«Man hat mich sozusagen an die Suppenküche verwiesen»: Financier Duménil.

Le Temps. Gemeinsam mit meinem Geschäftspartner bei *L'Agefi* habe ich im letzten Herbst ein Kaufangebot für *Le Temps* platziert. Damit wäre das Tamedia-Ringier-Duopol aufgebrochen worden. Stattdessen übernimmt Ringier die Zeitung komplett, ohne dass dadurch ihre strukturellen Probleme gelöst werden. Zudem untersucht die Wettbewerbskommission diese Übernahme. Da platzt die Steueruntersuchung beim *L'Agefi*-Verleger herein. Es ist auffällig, dass meine Eigentümerschaft an *L'Agefi* fast schon penetrant ins Zentrum der Berichterstattung gerückt wird. Die einzige Frage, der *Le Temps* in seiner Berichterstattung nachgeht: «Kann sich Duménil *L'Agefi* jetzt noch leisten?». Ein bisschen viele Zufälle.

Und: Behalten Sie *L'Agefi*?

Ja, selbst wenn ich dafür andere Beteiligungen verkaufen muss.

Sprechen wir über Ihre Geschäfte. Der Grossteil Ihrer unternehmerischen Tätigkeiten ist in Frankreich.

Nach dem Studium an der Ecole des hautes études commerciales (HEC) habe ich die Zwei-Mann-Vermögensverwaltung meines Vaters zur siebtgrössten Geschäftsbank des Landes ausgebaut. Ich war also eine bekannte Person in französischen Finanzkreisen – eine gute Ausgangslage.

Warum haben Sie sich anderen Geschäften zugewendet?

Obwohl ich aus meiner Zeit als Trader mit allen Wassern gewaschen war, merkte ich Mitte der achtziger Jahre, dass ich die Geschäfte nicht mehr unter Kontrolle hatte. Es gelang, vor mir als Eigentümer die Position von einer Milliarde zu verstecken. Das war das grosse Verhängnis in der späteren Finanzkrise. Als die Banken angingen, Casinos zu gleichen, habe ich mich verabschiedet und bin seither als Investor tätig: Immobilien in Frankreich und Genf, dann einige Firmen für Luxusgüter, dazu Komponenten für Flugzeugmotoren.

Weshalb sind Sie bei *L'Agefi* eingestiegen?

Ich hatte Lust auf Journalismus. Eine Zeitung übernimmt man, wenn man von ihrem Potenzial überzeugt ist. *L'Agefi* ist ein Qualitätsjournal, dessen Werten ich mich verbunden fühle, eine liberale Zeitung. Die Freiheit ist für mich der höchste Wert.

Wie ist das Klima gegenüber Unternehmern in Frankreich unter François Hollande?

Derzeit besteht Spielraum für notwendige Reformen. Die Leute merken, dass die Arbeitslosigkeit ein ernstes Problem ist, das nur gemeinsam mit den Unternehmern gelöst werden kann. Wäre eine rechte Regierung an der Macht, so würden alle sagen: «Das sind Wahlgeschenke.»

Bisher sieht man kaum Fortschritte.

Es ist schwierig: Es gibt diesen historisch tiefverwurzelten Hass auf die Reichen. Als ich studierte, waren alle Professoren Marxisten. Diese sind dann zunehmend in die öffentliche Verwaltung gelangt. Die extreme Linke macht heute die Revolution innerhalb der Behörden.

Wie sind die Zukunftsaussichten?

Ich bin genauso stolz, Franzose zu sein, wie ich stolz bin, Schweizer zu sein. Doch seit 1900 war Frankreich nie mehr ein Leaderland. Die Lokomotiven sind Länder wie die USA, China und Deutschland. Frankreich folgt als Zugswaggon, wenn auch im vorderen Bereich. Wenn die Welt aus der ökonomischen Krise kommt und Europa aus der Krise kommt, dann gibt es auch für Frankreich eine Chance, sofern es die Reformen anpackt.



Finanzministerin Widmer-Schlumpf.

Warum sind Sie vor dreissig Jahren in die Schweiz gekommen?

In Frankreich empfand ich einen sozialen Hass, sozusagen einen dauernden Klassenkampf, und Revolutionsherd. Ich wollte Stabilität und Ruhe in mein Leben bringen. Wenn ich aber meine Erlebnisse mit der ASU ansehe, dann frage ich mich, wie übrigens viele Franzosen: «Bleibe ich in der Schweiz?»

Wie sehen Sie die Zukunft des Finanzplatzes Schweiz?

Am Anfang meiner Tätigkeit war ich im Devisenhandel in Paris tätig. Ich musste mir das Zahlensystem der französischsprachigen Schweiz einprägen. Achtzig Dollar waren *huitante dollars* und nicht *quatre-vingts dollars*, weil der Referenzplatz Zürich war. Heute schert sich niemand mehr um Zürich. Das Finanzdepartement bekundet zwar, es wolle Pensionsfonds und Hedge-Funds anziehen. Gleichzeitig sagt es: «Hier habe ich die Axt, mit der wir euch den Schädel einschlagen werden.»

Wie meinen Sie das?

Kürzlich hat Finanzministerin Widmer-Schlumpf vorgeschlagen, Steuerhinterzie-

hung solle ab 600 000 Franken eine Straftat werden. Der Chef eines multinationalen Unternehmens, das 600 000 Franken an Steuern zu wenig bezahlt hat, wäre neben dem Mörder und dem Kinderschänder auf der Anklagebank gelandet. Der Bundesrat hat glücklicherweise dagegen entschieden, aber man sieht: Eine verrückte Atmosphäre hat sich hier entwickelt.

Die Schweiz reagiert auf ausländischen Druck.

Die Menschen sind durchaus bereit, sich an mehr Kontrolle und höhere Steuern zu gewöhnen, aber sie wollen wissen, woran sie sind. Die Art und Weise, wie die Schweiz ihren Finanzplatz umpflügt, entspricht nicht einem entwickelten Land. Sicher, der Druck war stark. Aber nur weil man ein Steuerparadies war, heisst nicht, dass man jetzt zur Steuerhölle werden sollte. Zwischen den beiden gäbe es ja noch ein Fegefeuer. Die Schweiz durchweht ein revolutionärer Geist. Weil das Finanzdepartement offenbar der Ansicht ist, dass es zu viele Banken gibt, musste die Privatbank Wegelin schliessen. Sie ist seit 1886 ehrlich ihren Geschäften nachgegangen. Weder die Französische Revolution noch zwei Weltkriege konnten ihr etwas anhaben. Aber die neue Finanzplatzdoktrin hat das Traditionshaus nicht überlebt. Warum müssen diese Leute ihr Geschäft einstellen? Auf welcher Rechtsgrundlage? Mit der Politik der letzten Jahre fährt man die Schweiz gegen die Wand. Ist das Vertrauen einmal weg, dann dauert es Jahrzehnte, es wieder aufzubauen. Während wir mit dem Schengen-Abkommen auch jene ins Land lassen, die das Geld der Schweizer wollen, vertreiben wir jene, die welches mitbringen.

Sie haben nie die Öffentlichkeit gesucht und sich auch gesellschaftlich eher zurückgehalten. Warum?

Die Antwort haben Sie heute: Wenn ich einmal den Kopf hinausstrecke, wie bei *L'Agefi* und *Le Temps*, bekomme ich eins auf den Deckel, weil ich ein Journal habe, das der aktuellen Tendenz nicht entspricht. Wäre ich schön im Hintergrund geblieben, wäre das wohl nicht passiert.

Als Financier, Sie haben es erwähnt, arbeiten Sie mit Geld. Was bedeutet Geld für Sie?

Geld zu haben, bedeutet für mich Freiheit. Da die ASU mein Geld gesperrt hat, gewinne ich derzeit eine Ahnung, wie es ist, wenn man seiner Freiheit beraubt wird. Doch selbst in der aktuellen Situation habe ich noch deutlich mehr Möglichkeiten als andere. Als ein kleiner Angestellter beispielsweise, der alle Launen seines Chefs über sich ergehen lassen muss. Wer Geld hat, sollte es investieren. Wer all sein Geld auf der Bank behält, bringt der Gesellschaft nichts. Die zentrale Frage ist nicht, ob man Geld hat oder nicht, sondern, was man damit anfängt. ○

Schweiz im Rückstand

Erstmals erhielt dieses Jahr eine Frau die Fields-Medaille, den «Nobelpreis der Mathematik». Eine erfreuliche Nachricht. Hierzulande spielen Frauen in mathematischen Fächern allerdings noch immer eine marginale Rolle. Weshalb? Von Catherine Bandle



Seit 1936 verleiht die Internationale Mathematische Union alle vier Jahre die Fields-Medaille für herausragende Ergebnisse in der Mathematik. Der Name geht auf den damaligen Präsidenten, John Charles Fields, zurück, der die Idee zu diesem Preis hatte und der Stiftung sein ganzes Vermögen vermachte. Bis heute erhielten 55 Mathematiker diesen prestigeträchtigen Preis, letzte Woche wurde mit Maryam Mirzakhani erstmals eine Frau ausgezeichnet.

Die 37-jährige stammt aus dem Iran und holte schon als Schülerin zwei Goldmedaillen bei internationalen Mathematik-Olympiaden. Sie studierte in Teheran, promovierte an der Universität Harvard und ist seit 2008 Professorin an der Stanford-Universität. Sie forscht über abstrakte Geometrie und über Grundlagen der Wahrscheinlichkeitsrechnung.

Nach dieser erfreulichen Nachricht stellt sich die Frage: Warum hat es fast achtzig Jahre gedauert, bis eine Frau diese begehrte Auszeichnung erhielt? Warum scheint es für Mathematikerinnen besonders schwer zu sein, in die Champions League aufzusteigen? Physik-Nobelpreisträgerinnen sind auch selten, aber es gibt sie, Marie Curie bekam den Preis 1903. Und auch in der Mathematik haben einige Pionierinnen Wegmarken gesetzt: Das bedeutendste Ergebnis der Russin Sofja Kowalewskaja (1850–1891) steht heute in den klassischen Lehrbüchern über Differenzialgleichungen, und die deutsche Jüdin Emmy Noether (1882–1935) gilt bis heute als Schöpferin der modernen Algebra. Doch sie bleiben Ausnahmen, die als Einzelkämpferinnen gesellschaftliche Barrieren durchbrochen haben.

Italienerinnen machen's vor

Die mathematische Denkweise ist unabhängig von Land und Kultur. Auf den verschiedenen Kontinenten sehen die Lehrbücher sehr ähnlich aus, und die Verständigung unter Kollegen aus den verschiedensten Ländern ist in der Regel kein Problem. Doch der Anteil Mathematikerinnen an den Universitäten ist je nach Land ganz unterschiedlich. In den romanischen Ländern, vor allem in Italien, ist er wesentlich grösser als in den germanischen und angelsächsischen. Dies trifft auch für andere exakte Wissenschaften zu.

Dank Förderungsprogrammen konnte die Anzahl Mathematikstudentinnen in den

Grundkursen auch in anderen Ländern wesentlich erhöht werden. In den USA machen sie heute bereits fünfzig Prozent aus. Auch fast die Hälfte der Promotionen geht an Frauen (vorwiegend Asiatinnen). In den oberen Etagen und an einflussreichen Stellen, die über Wissenschaftspolitik bestimmen und Gelder verteilen, ist die Vertretung von Frauen aber weiterhin gering. In der Schweiz klafft die Frauenlücke besonders weit auf, obschon der Bedarf an sogenannten Mint-Kompetenzen, zu denen auch die Mathematik gehört, sehr



Wichtiger Schritt: Maryam Mirzakhani.

gross ist und die Mathematik in Alltag und Beruf immer mehr an Bedeutung gewinnt.

Im Bericht des Bundesamtes für Statistik zum Frauenanteil in Mint-Fächern wird der geringe Frauenanteil unter anderem mit geschlechtsspezifischen Stereotypen begründet – wie die Ansicht, dass die Jungen technisch begabter seien als die Mädchen und dass weibliche Vorbilder fehlten. Mehr noch fällt meiner Ansicht nach die Einseitigkeit unseres Erziehungssystems ins Gewicht, die dem Desinteresse der Mädchen Vorschub leistet. So sind die Gymnasien grösstenteils äusserst sprachlastig. Oft hat die Mathematik nur die Rolle eines

Selektionsfaches. Dass sie ein wesentlicher Teil unserer Kultur ist und wesentlich zu unserer Zivilisation beigetragen hat, wird oft vergessen. Zudem ist die Anzahl Mathematikerinnen noch zu klein, um damit eine Vorbildfunktion für die Studienwahl der Mädchen entfalten zu können.

Verschiedene Untersuchungen zur mathematischen Leistungsfähigkeit deuten darauf hin, dass – wenn geschlechtsspezifische Unterschiede vorhanden sind – sie kulturell bedingt ist. In Ländern, in denen der Mythos der männlichen Wissenschaft abgebaut worden ist oder nie vorhanden war, sind die Leistungen von Mädchen und Knaben kaum zu unterscheiden.

Tiefe Löhne, mehr Frauen

Die Beziehung der Frauen zu den exakten Wissenschaften ist durch die Rollenverteilung geprägt, die von der Tradition und der Kultur abhängt. Die Italienerinnen können auf eine lange Tradition von Professorinnen zurückblicken, die bis ins Mittelalter zurückgeht. Die Frauen hatten dort immer Zugang zu den Universitäten. Dies ist nicht der Fall in den germanischen und angelsächsischen Ländern, in denen das protestantische Arbeitsethos und das Ideal von der Frau am Herd ein Hindernis waren für diejenigen, die sich der Wissenschaft widmen wollten. Die Tatsache, dass die Wissenschaften in den romanischen Ländern stärker feminisiert sind, hat ihren Grund zum Teil aber auch in den tiefen Professorenlöhnen. Wie in anderen Berufen ist auch hier das Phänomen zu beobachten: je kleiner die Löhne, desto grösser der Frauenanteil. Dies ist vor allem in den Schwellenländern auffallend.

Die Anzahl Mathematikprofessorinnen ist in den letzten Jahren stark angewachsen, und einige spielen an der Spitze mit. Sie sind aber noch immer sehr isoliert. Da die Gesellschaft Mathematiker und Mathematikerinnen braucht, ist es dringend notwendig, Stereotypen und Vorurteile über die «männliche» Mathematik abzubauen. Die Verleihung der Fields-Medaille an eine Frau ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung.

Catherine Bandle ist emeritierte Professorin für Mathematik der Universität Basel. Von 1996 bis 2002 war sie Präsidentin des Schweizerischen Verbandes der Akademikerinnen.

Die ertappte Elite

Neue Asylinitiative, Landesrecht vor Völkerrecht: Alle feuern wieder auf die SVP und ihren mehrfach totgesagten Frontmann Christoph Blocher. Was steckt hinter der übertrieben scheinenden Erregung?

Von Roger Köppel

Rechtzeitig zum Start der Herbstsaison liefern sich die politischen Lager den vertrauten Stellungskrieg: Auf der einen Seite die SVP, auf der anderen Seite alle andern. Neu ist nur der wieder verschärft gallige Ton der SVP-Kritiker. Sie bezichtigen die Volkspartei schlimmer Vergehen: Radikalismus, Abschaffung der Menschenrechte, Zerstörung der humanitären Asyltradition. Übers Wochenende schaltete sich eskalierend alt Bundesrat Dölf Ogi ein. Er ruft zum Aufstand gegen Christoph Blocher auf. Hinter dessen Treiben diagnostiziert er «Wahnsinn».

Was ist los? Eine Vermutung: Die vereinigten SVP-Gegner aller Parteien haben die Volksabstimmung vom 9. Februar über die Masseneinwanderung nach wie vor nicht verdaut. Der Schock wirkt nach, die Wunde sitzt tief. Das Volk hat sich geweigert, den Empfehlungen des Establishments zu folgen, und lief stattdessen Blocher hinterher. Der vielfach Totgesagte feierte ein erneutes Comeback. Sehr zum Verdruss seiner zahlreichen Kritiker und Gegner, die es nicht verwinden können, dass es ihn noch gibt.

Kreuzzug gegen die Zivilisation

Aktuell nervt die Volkspartei ihre Gegner durch weitere Initiativen, hinter denen die Kritiker einen Anschlag auf die Schweiz erblicken. Besonders umstritten sind die geplante Asylinitiative der SVP, dann aber auch ein Volksbegehren für den Vorrang von Landesrecht vor Völkerrecht. Es hat keinen Sinn, alle ablehnenden Leitartikel, Kommentare und Stellungnahmen der letzten Tage und Wochen zu zitieren. Alle sind sich einig: Die SVP befindet sich auf einem Kreuzzug gegen die Zivilisation.

Wer die Vorstösse einzeln untersucht, staunt über das Ausmass der Erregung. Asylrecht: Die SVP fordert, dass künftig nur noch Asylsuchende in der Schweiz Asyl bekommen sollen, wenn sie nicht über ein sicheres Drittland eingereist sind. Reihenweise meldeten sich daraufhin Besorgte zu Wort, die den Untergang der humanitären Schweiz befürchten. Ihnen kann beruhigend mitgeteilt werden: «Keine Angst.» Die SVP-Initiative ist harmlos. Sie will nur, dass sich die Schweiz in Zukunft buchstabengetreu an das Dubliner Asylabkommen hält. Dieser Vertrag schreibt fest, dass Asylsuchende nur dann in der Schweiz Asyl bekommen sollen, wenn sie nicht über ein sicheres Drittland in die Schweiz einreisen. Die SVP fordert nicht die Kündigung der Menschlichkeit. Sie verlangt, dass sich die Schweiz an einen bilateralen Vertrag hält, den sie freiwillig unterschrieben hat.

Man soll die Qualität einer Idee nie aufgrund der Gesellschaft beurteilen, in die sie einen bringt. Einfacher ausgedrückt: Man sollte bei allen Ideen zuerst auf die Idee und nicht auf ihren Absender schauen. Die Unfähigkeit, diesem Postulat gerecht zu werden, kennzeichnet auch die landesweite Debatte über den zweiten gewichtigen Vorstoss der SVP: Landesrecht vor Völkerrecht. Weil hier der amtierende Ex-Bundesrat, Ex-Nationalrat und Ex-Kantonalpräsident der SVP, Christoph Blocher, federführend die Finger im Spiel hat, fällt es vielen Leuten schwer, die Sache einigermaßen objektiv zu betrachten. Die Diskussion rotiert im Hysteriebereich der Irrationalität.

Dabei hat Blocher recht. In der Schweiz ist ein Vormarsch der Richter gegen die direkte Demokratie im Gang. Politische Auseinandersetzungen werden zusehends in den Gerichtshöfen ausgetragen. Ungeliebte politische Vorstösse drohen juristisch versenkt zu werden. Normalerweise ist das Recht in der Politik die letzte Zuflucht der Schwachen gegen die Mächtigen. In der Schweiz ist es mittlerweile umgekehrt: Die Mächtigen bedienen sich des Rechts, um sich gegen die Bürger einen Vorteil zu verschaffen. Eigentlich verrückt: Der Staat wehrt sich juristisch gegen das Volk. Mehr noch: Der Staat will die direkte Demokratie nicht einschränken, um die bürgerlichen Freiheitsrechte zu sichern. Im Gegenteil: Er möchte die demokrati-

Man sollte bei allen Ideen zuerst auf die Idee und nicht auf ihren Absender schauen.

schen Freiheitsrechte einschränken aus Angst vor unliebsamen Volksentscheiden. Ziel ist der Sieg der Staatsräson über die Demokratie.

Das ist keine an den Haaren herbeigezogene Verschwörungstheorie, sondern eine sich anbahnende Realität in der Schweiz. Der Bundesrat weigert sich konkret, Volksinitiativen umzusetzen, die er bekämpft, aber bewilligt hat und die vom Volk angenommen wurden. Jüngstes Beispiel sind die Ausschaffungsinitiative und die von den sich geprellt fühlenden Initianten nachgereichte Durchsetzungsinitiative. Letztere wäre von der Rechtskommission des Ständerates um ein Haar für widerrechtlich erklärt worden.

Ähnliches kündigt sich jetzt bei der Masseneinwanderungsinitiative an. Wieder soll im Nachhinein ein ungewollter Volksentscheid

rechtlich beerdigt werden. Bundesrat Didier Burkhalter plant dazu die integrale Unterwerfung der Schweiz unter europäisches Recht und europäische Richter in einem sogenannten «Rahmenvertrag», der die Schweiz zwingen würde, in allen bilateralen Beziehungen zu Europa automatisch fremdes Recht zu übernehmen. Der Souverän hätte nichts mehr zu sagen.

Nicht Blocher sägt an der Demokratie

Nicht Blochers SVP sägt an den Säulen der Demokratie. Es sind die angeblichen Gralshüter des Staates in Bundesrat, Parlament und Justiz, welche die Demokratie untergraben. Ein offizielles Gutachten der Landesregierung durch den renommierten Staatsrechtler Daniel Thürer aus dem Jahr 2011 behauptet den Vorrang einer «europäischen Wertegemeinschaft» vor der schweizerischen Rechtsprechung. Thürer liefert dem Bundesrat einen präzisen Leitfaden, wie er im Namen übergeordneten Rechts die Referendumsdemokratie ausschalten kann.

In die gleiche Richtung wühlt das Lausanner Bundesgericht. Der Sündenfall ereignete sich im Oktober 2012. Damals entschieden die Richter, dass internationales Recht («droit international») künftig über der Bundesverfassung stehen müsse. Das Urteil stellt eine gravierende Verfassungsänderung dar: Nicht mehr Volk und Stände sollen oberster Verfassungsgeber sein, sondern internationale Verträge, internationale Gerichte und internationale Gremien, wie klein sie auch immer sein mögen. Dieser Staatsumbau von oben steht in ausdrücklichem Widerspruch zur revidierten Bundesverfassung von 1999. Bei deren Verabschiedung war von einem Vorrang des Völkerrechts vor Landesrecht keine Rede. Unbestritten war lediglich, dass sich die Schweiz ans «zwingende Völkerrecht» halte, also ans Folterverbot und an den Verzicht auf Völkermord und ethnische Säuberungen.

Nichts anderes hat Blocher im Sinn. Er plant keinen Staatsstreich, sondern eine Rückkehr zum Zustand vor dem fatalen Bundesgerichtsentscheid vom Oktober 2012. Die Bundesverfassung soll wieder höchstes Recht darstellen. Nur das «zwingende Völkerrecht» soll über der Verfassung stehen. Da dieses Recht aber nirgends exakt festgeschrieben ist, will Blocher geklärt haben, was denn unter «zwingendem Völkerrecht» genau zu verstehen ist. Seine Kritiker schreien «Skandal», aber Blochers Forderung ist vernünftig, denn übergeordnetes Recht, das nirgends klar aufgeschrieben und definiert ist,



Kampf gegen den Richterstaat: Hodlers «Holzfäller».

kann jederzeit politisch missbraucht und nach Belieben ausgelegt werden. Der Aufschrei gegen die geforderte Klärung dessen, was zwingendes Völkerrecht genau ist, entlarvt sich als vorausseilende Klage der Mächtigen über den drohenden Verlust eines praktischen Machtinstrumentes gegen das Volk.

Die Sache mit den Menschenrechten

Es stimmt, Blochers Vorschlag könnte in der Konsequenz Konflikte erzeugen mit der Rechtspraxis des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Strassburg (EMRK). Die Schweiz hat vor vierzig Jahren die entsprechende Menschenrechtskonvention EMRK unterschrieben. Dagegen ist nichts einzuwenden. Inzwischen allerdings haben die Strassburger Richter auf der EMRK eine auswuchernde Rechtsprechung aufgebaut. Der Bezug auf sogenannte Menschenrechte dient zur Rechtfertigung von Staatseingriffen jeder Art, zum Beispiel wenn Strassburg einem in der Schweiz verurteilten ausländischen Schwerestrafkriminalen aus familiären Gründen ein Bleiberecht zusichert, während Schweizer Gerichte eine Ausweisung verfügen. Angebliche Menschenrechte werden für politische Zwecke missbraucht. Richter legen nicht Gesetze aus, sondern schwingen sich zu

Gesetzgebern auf, was einen Rückfall hinter die Gewaltenteilung bedeutet. Es ist an der Zeit, solche Fehlentwicklungen zu diskutieren und zu korrigieren.

«Die SVP ist bereit, die Menschenrechte zu opfern», titelte aggressiv polemisch der Zürcher *Tages-Anzeiger*. Die Unterstellung ist so fies wie unzutreffend. Die Schweiz fällt nicht in die Barbarei zurück, wenn sie den berechtigten Vorschlägen Blochers folgen sollte. Im Gegenteil. Blocher will die Bundesverfassung stärken und Missverständnisse beseitigen. Er postuliert ausdrücklich den Vorrang des zwingenden Völkerrechts, aber er macht nicht mit bei der naiven Anbetung des Völkerrechts.

Mit gutem Grund. Das Unerträgliche an der Verherrlichung des Völkerrechts besteht darin, dass sie auf eine Verachtung der Bundesverfassung hinausläuft. Es wird so getan, als sei die Schweiz ohne Völkerrecht ein Schurkenstaat. Tatsache ist: In unserer angeblich so menschenrechtsverachtenden Bundesverfassung sind alle Freiheitsrechte, die wir gemeinhin als Menschenrechte bezeichnen, seit über 150 Jahren prominent verankert: Menschenwürde, Rechtsgleichheit, Schutz vor Willkür und Wahrung von Treu und Glauben, Recht auf Leben und persönliche Freiheit, Schutz der

Kinder und Jugendlichen, Recht auf Hilfe in Notlagen, Schutz der Privatsphäre, Recht auf Ehe und Familie, Glaubens- und Gewissensfreiheit, Meinungs- und Informationsfreiheit, Medienfreiheit, Sprachenfreiheit, Anspruch auf Grundschulunterricht, Wissenschaftsfreiheit, Kunstfreiheit, Versammlungsfreiheit, Vereinigungsfreiheit, Niederlassungsfreiheit, Schutz vor Ausweisung, Auslieferung und Ausschaffung, Eigentumsgarantie, Wirtschaftsfreiheit, Koalitionsfreiheit, Verfahrensgarantien, Rechtsweggarantien.

Die Bundesverfassung steht nicht auf Kriegsfuss mit den Menschenrechten. Sie liefert im Gegenteil die Grundlagen für die Geltung der Menschenrechte.

Wächteramt des Volkes

Die polemische Gegenüberstellung von Menschenrechten und direkter Demokratie ist in der Schweiz nicht neu. Nach dem Zweiten Weltkrieg verteidigte der Bundesrat, sekundiert von vielen Staatsrechtslehrern und den meisten Parteien, sein aus dem Krieg stammendes Vollmachtenregime gegen Referendum und Volksinitiative. Schon damals hätten die Freiheitsrechte des Volkes – die eigentlichen Menschenrechte – im Namen übergeordneter Werte aus etatistischen Motiven dauerhaft beschnitten werden sollen. Es kam zu einer Volksabstimmung, bei der sich der Souverän seine bewährten direktdemokratischen Freiheitsrechte zurückeroberte – gegen den ausdrücklichen Willen von Bundesrat und Teilen des Establishments. Damals stand die SVP (BGB) noch auf der Seite der Etatisten.

Der Zürcher Universitätsrektor und grosse Staatsrechtler Zaccaria Giacometti verarbeitete diesen Vorgang in einer brillanten Rektoratsrede 1954 unter dem Titel: «Die Demokratie als Hüterin der Menschenrechte». Seine Worte stehen im wohlthuenden Kontrast zum Getöse jener angeblichen Menschenrechtsverteidiger, die heute wieder die direkte Demokratie kastrieren wollen.

Für Giacometti war klar, dass ein Volk mit einer langen demokratischen Tradition und der entsprechenden staatsbürgerlichen Reife eine viel wirksamere Sicherung grundlegender Freiheitsrechte bietet als Richter, Exekutivpolitiker oder internationale Gremien: «In der Schweiz amtet das Volk in umfassender Art unmittelbar als Hüter der Menschenrechte [...] Ja, die Schweiz bildet einen einzig dastehenden Fall von Demokratie, wo das Volk als Gesetzgeber selbst Hüter der Menschenrechte ist, und sie erbringt in schönster Weise den lebendigen Beweis der Existenzmöglichkeit eines echten, eines freiheitlichen demokratischen Staates.»

Das hohe Wächteramt der Freiheits- und Menschenrechte ist beim Schweizer Volk besser aufgehoben als bei der Elite, die wieder mal das Volk entmachten möchte. Der grosse Aufschrei zeigt, wie sehr man sich ertappt fühlt. ○



«Demokratisch nicht mehr akzeptabel»: Richter am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.

Menschenrechte auf Abwegen

Der Europäische Menschenrechtshof in Strassburg gibt den Rechten, die er eigentlich schützen soll, einen schlechten Namen. Nebenbei hebt er die Demokratie aus.

Von Wolfgang Koydl

Wenn man von Philipp Müller spricht, denkt man vermutlich nicht an Sokrates. Dennoch ist es dem Präsidenten der Freisinnigen Partei gelungen, sich in eine Reihe mit dem griechischen Philosophen zu stellen – als mürrischer Gegner der Demokratie. Für den athenischen Denker lag der Hauptdefekt dieser Staatsform darin, dass sie dem Bürger und nicht dem Experten die Macht in die Hände legt. Für den Aargauer Gipsermeister liegt die Gefahr der Demokratie darin, dass Mehrheiten entscheiden – ein für einen demokratischen Politiker eher ungewöhnlicher Ansatz.

Müller forderte eine «Instanz, die unabhängig von Mehrheitsentscheidungen und politischen Launen dafür sorgt, dass die Rechte jedes Individuums nicht angetastet» würden. Er kennt diese Instanz auch schon: den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg. Ausgerechnet jenes Gericht also, dessen Urteile nach den Worten des britischen Justizministers Chris Grayling «einen Punkt erreicht haben, wo

sie demokratisch nicht mehr akzeptabel sind». Tatsächlich schaffen es die 47 Richterinnen und Richter oft, den Menschenrechten einen schlechten Namen zu geben. Manche Entscheidungen spotten nicht nur gesundem Menschenverstand und allgemeinem Rechtsverständnis – so etwa, wenn die Richter darüber beraten, ob eine Katze, zu der ein von Abschiebung bedrohter Krimineller ein enges Verhältnis entwickelt haben will, ein schutzwürdiges Familienmitglied im Sinne von Artikel acht darstellt.

Korrektiv gegen dumme Bürger

Derartigen Abstrusitäten mag man noch mit Galgenhumor begegnen. Doch der Spass hört auf, wenn die Richter die Demokratie gefährden, indem sie über die Köpfe der nationalen Gesetzgeber hinweg neues Recht schaffen. Von einer «Jurisdiktur» spricht man denn auch in Grossbritannien; der Schweizer alt Bundesrichter Martin Schubarth nennt es fragwürdiges

«Richterrecht». Die von Sokrates erwünschten Experten, das von Müller ersehnte Korrektiv gegen mutmasslich dumme Bürger – mit den Juristen in Strassburg haben sie Gestalt angenommen.

Die Frage ist erlaubt, ob es überhaupt einer eigenen Europäischen Menschenrechtskonvention bedurfte. Schliesslich hatten die Vereinten Nationen bereits zwei Jahre zuvor eine allgemeine Erklärung der Menschenrechte verabschiedet, die alle wesentlichen Punkte enthielt. Aber auf den zweiten Blick wird klar, dass die Europäer andere Akzente setzen wollten: Denn mit dem Menschenrechtsgericht schufen sie eine juristische Instanz, die penibel über die Einhaltung der Konvention wacht und die Buchstaben ihrer Regeln laufend an die Zeitläufte anpasst.

Die Konsequenzen dieser Entscheidung sind weitreichend. Waren die Menschenrechte vorher ein moralischer Kompass, eine Richtschnur für zivilisiertes Zusammenleben, so mutierten sie in

der europäischen Version zu einem komplexen und nur mehr für Fachjuristen durchschaubaren Gesetzeswerk. Anders gesagt: Die Menschenrechtsartikel der Uno waren so etwas wie die Zehn Gebote – ein kompakter Kodex menschlichen Verhaltens. Das Strassburger Gericht hat ihn zu einem voluminösen Strafgesetzbuch aufgebläht – annotiert, kommentiert, interpretiert.

Da ist es kein Wunder, dass das Gericht überfordert ist. Rund 1600 Eingaben, Beschwerden und Briefe erreichen den Gerichtshof jeden Tag – und sage und schreibe 95 Prozent dieser Klageflut werden tatsächlich von einem Richter oder einem der mehr als 400 juristischen Mitarbeiter gesichtet und bewertet, bevor die meisten von ihnen ad acta gelegt werden. Britanniens Premierminister David Cameron beschwor nicht zu Unrecht die Gefahr herauf, dass das Gericht zu einem «glorifizierten Amtsgericht» verkümmere, dass vor lauter banaler Fällen die grosse Linie ausser Acht lässt.

Im Grunde genommen ist das Rechtswerk, auf das sich das Gericht stützt, zwar überschaubar: siebzehn knapp gefasste Artikel, dazu ein paar Zusatzprotokolle. Doch die Richter interpretieren diese Artikel mitunter recht grosszügig und fantasievoll, passen sie veränderten Gegebenheiten an. Damit massen sie sich an, was ihnen nicht zusteht: Sie schreiben neues Recht. Dies aber ist die Aufgabe der Parlamente oder, im Fall der Schweiz, des Bürgers. Richter aus

Aserbaidschan oder Russland brauchen sie dazu nicht.

In der Tat: In einer funktionierenden Demokratie sind die Grundrechte der Bürger kaum in Gefahr, über ihre Einhaltung wachen der Souverän und die von ihm gewählten Repräsentanten. Anders verhält es sich in einer Diktatur, doch die pfeift ohnehin auf Ermahnungen eines internationalen Gerichts. Und was Nationen mit eher unzureichend ausgeprägtem

Dass Regierungen an den Volkswillen gebunden sein sollten, davon ist keine Rede.

Rechtsverständnis betrifft, so fragt man sich gerade als Schweizer oder als Brite, warum man mit ihnen in einen Topf geworfen wird. Bezeichnenderweise sind es gerade diese beiden Länder, die sich am häufigsten und härtesten an den Sprüchen der europäischen Richter stossen. In Deutschland ist das anders. Da ist es durchaus üblich, dass das Bundesverfassungsgericht politische Entscheidungen fällt und Gesetzesänderungen auf den Weg bringt.

Ein Grossteil der Richter in Strassburg sind ausgewiesene Völkerrechtsexperten oder Akademiker, die nie als Anwälte, Richter oder Staatsanwälte in den grauen Gerichtsalltag hinabgestiegen sind. Daher zeugen ihre Urteile

oft von einer erschreckenden Weltfremdheit. Hinzu kommt, dass viele ihrer umstrittensten Sprüche sich im heiklen Feld der Asylthematik bewegen. Wenn also das Gericht britische Behörden zwingt, einen rechtskräftig verurteilten Doppelmörder aus Bangladesch ins Land zu lassen, weil seine Familie hier lebt, dann mag es zwar dem Buchstaben der Konvention Genüge tun; um das Rechtsverständnis der Bürger und um die politischen und sozialen Folgen einer solchen Entscheidung aber scheren sich die Richter nicht.

Vermutlich wurden die Weichen schon bei der Verabschiedung der Konvention 1950 falsch gestellt. Ihre Urheber standen unter dem Eindruck der Nazi-Gräueltaten. Sie wussten, dass die Nazis auch mit Hilfe demokratischer Mittel an die Macht gelangt waren. Daher misstrauten sie dem Volk und legten ihm vorsorglich Ketten an. Das beste Beispiel ist der Passus über freie Wahlen: Die Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen erkennt im «Willen des Volkes die Grundlage für die Autorität der Regierung». Den Europäern war das unheimlich. Sie gestanden nur Wahlen «in angemessenen Zeitabständen» zu. Dass die daraus hervorgehenden Regierungen an den Volkswillen gebunden sein sollten – davon ist keine Rede. Demokratie scheint ihnen zu wichtig, um sie den Bürgern zu überlassen. Besser, wenn Juristen dem Volk auf die Finger schauen. ○



DAS NEUE KREATIVMAGAZIN FÜR KINDER VON 3 BIS 8 JAHREN

- ✓ Pädagogisch wertvoll, von Experten entwickelt
- ✓ Gemeinsamer Spielspass, von Kindern getestet
- ✓ Zeitintensive Suche nach Ideen und Materialien entfällt

Jahresabonnement für CHF 29.- (CHF 10.- sparen*)
Jetzt abonnieren! www.kiludo.ch

*Einführungspreis ist gültig bis am 30.11.2014 / 5 Ausgaben, danach CHF 39.-



GRATIS PROBLEMAGAZIN BESTELLEN!

www.kiludo.ch/probemagazin



Das bittere Los der Stiefeltern

Mit aller Liebe ziehen sie Kinder auf, die nicht von ihnen stammen. Doch zu sagen haben sie nichts. Weder das Recht, noch die Politik oder die Gesellschaft anerkennen die Rolle von Männern und Frauen in Patchwork-Familien. Ein Missstand, der schleunigst behoben werden sollte. *Von Zoë Jenny*

In unzähligen Märchen, von «Aschenputtel» und «Dornröschen» bis «Schneewittchen», ist die Stiefmutter eine von Eifersucht zerfressene, boshafte Frau, die alles tut, um das störende Stiefkind loszuwerden – wenn nötig durch Mord. Kaum ein Begriff in der Geschichte der Familie ist derart negativ besetzt. Auch heute noch haben Stiefeltern wenig zu lachen. Familienrechtlich sind Stiefeltern die grossen Loser.

Zahlt zum Beispiel der leibliche Vater keinen Unterhalt, ist der verheiratete Stiefvater dazu verpflichtet, für das Kind aufzukommen. Zu sagen hat er trotzdem nichts, ein Sorgerecht bekommt er nie. Selbst dann nicht, wenn er nachweislich sämtliche Pflichten, die das Sorgerecht beinhaltet – es sollte eigentlich «Sorgepflicht» heissen – übernimmt. Vor dem Gesetz spielt das keinerlei Rolle. Blut ist dicker als Wasser, auch wenn der leibliche Vater absent ist, auf einem anderen Kontinent lebt und nur alle paar Monate sein Kind sieht. Die Pflichten können allzu leicht umgangen werden.

So sorgt sich beispielsweise mein Lebenspartner um meine Tochter, seitdem sie achtzehn Monate alt ist. Er wechselte Windeln, als sie noch ein Baby war, begleitete ihre ersten Schritte, kommt mit zur Kindergartenfeier, fährt bei einer plötzlichen Grippe mitten in der Nacht zur Notfallapotheke, bezahlt Urlaube, kaufte ihr erstes Fahrrad, erklärt ihr die Sterne am Himmel, bringt ihr Tennisspielen und Schwimmen bei, kocht regelmässig – als Halbitaliener ist er darin versiert – ihre geliebten Spaghetti bolognese.

Irren im Wald

Wenn wir sie vom Kindergarten abholen, rennt sie ihm lachend entgegen, ruft «Papi» und wirft sich ihm an den Hals. Die Liebe, die ihm entgegenkommt, gleiche alles aus, sagt er. Aber auch: «Ich habe in der Schweiz die Arschkarte gezogen.» Er hat recht. Denn gesetzlich betrachtet hat er nichts zu melden. Von Behörden hat man ihm gar mitgeteilt, er solle sich nicht einmischen. Sich kümmern, sorgen, zahlen – alles egal. Hauptsache, Mund halten.

Es gibt Männer, die mit den Kindern ihrer Partnerin sehr viel anfangen können. Die die Kinder nicht als Bälger eines anderen sehen, als Last und Klotz am Bein, was die Zweisamkeit stört, sondern als ernstzunehmende Aufgabe, die sie mit Liebe und Hingabe erfüllen. Männer, die miterziehen und eine wichtige Leistung erbringen – eine Leistung, die aber gesellschaftlich weder anerkannt noch respektiert

wird. Das Gleiche gilt für eine wahrscheinlich noch grössere Anzahl von Frauen, die die Mutterrolle für die Kinder des Partners voll und ganz übernehmen. Was müssen sie wohl empfinden, wenn sie den Kindern das allseits beliebte Märchen «Hänsel und Gretel» vorlesen mit der zutiefst bösen Stiefmutter?

Tatsächlich irren im Wald nicht nur die Kinder, sondern vor allem auch die Erwachsenen herum, die mit dem Konzept der Patchworkfamilie vielleicht mehr Schwierigkeiten haben, als sie zugeben. Was so farbig und fröhlich

Hierzulande werden Stiefeltern totgeschwiegen, belächelt, im besten Fall bemitleidet.

nach Flickenteppich klingt, ist durchaus konfliktbeladen. Die Bindung zum eigenen Kind ist in der Regel enger als zur Wahlverwandtschaft – diese Tatsache ist für Stiefeltern nicht immer leicht anzunehmen, vor allem dann, wenn sie alles geben und ihre Rolle ernst nehmen. Zumindest aus Sicht der Mutter ist der Lebenspartner in gewisser Weise immer die Nummer zwei. Das zu verstehen, benötigt nicht nur Charakter, sondern eine innere Reife, die man nicht so selbstverständlich verlangen kann.



Manfredo Lazzetta, Zoë Jenny, Tochter Naomi.

Stiefeltern, die freiwillig sämtliche Elternpflichten und die damit verbundenen Verantwortungen und Schwierigkeiten übernehmen, haben deshalb höchste Achtung und Respekt verdient. Doch gewürdigt wird das gesellschaftlich nicht – schon gar nicht auf gesetzlicher Ebene. Andere Länder haben auf diese dramatische Veränderung in der Familienentwicklung längst reagiert. So gibt es zum Beispiel in Deutschland und Österreich das sogenannte «kleine Sorgerecht». Wer nachweisen kann, dass er sich kontinuierlich und über Jahre hinweg um ein Kind gekümmert und Verantwortung übernommen hat, hat das Recht, mitzuzusprechen. Nicht so in der Schweiz. Hierzulande sind Stiefeltern rechtlose Eltern. Schattenfiguren der Gesellschaft, totgeschwiegen, belächelt, im besten Fall bemitleidet.

Die Frage nach dem Erzeuger

Entscheidend ist dabei auch, in welchem Alter das Kind ist, wenn neue Partner in sein Leben treten. Da gilt: je früher, desto besser. Entwicklungspsychologisch nimmt sich ein Kind, was es braucht. Ist ein Elternteil absent oder mehrheitlich abwesend, wird der neue Partner schnell zum Ersatzeltern, und das Kleinkind entwickelt in kurzer Zeit eine tiefe Bindung, die in der Qualität der Bindung zum anderen anwesenden, leiblichen Elternteil in nichts nachsteht. Einem Kleinkind ist es zunächst völlig egal, wer es gezeugt hat, es will und braucht Verlässlichkeit und Zuneigung, und zwar jeden Tag von den gleichen Personen. Von Adoptivkindern weiss man, dass sich die Frage nach den Erzeugern – wenn überhaupt – erst in der Pubertät oder im Erwachsenenalter stellt.

Ganz anders verhält es sich, wenn neue Partner in das Leben treten, wenn die Kinder schon grösser sind und einen engen Bezug zu beiden Elternteilen haben.

Der britische Kinderpsychiater John Bowlby, ein Vorreiter und eine Koryphäe der Entwicklungspsychologie, der mit seinen Forschungen wesentlich die Grundlagen der heutigen Pädagogik prägte, studierte wie kein anderer das Bindungsverhalten von Kindern. Er stellte unter anderem fest, dass die Bindung mit dem sechsten Lebensjahr so fest und abgeschlossen ist, dass eine Drittperson kaum mehr als Elternteil akzeptiert werden kann. Dann wird die Fremdperson erst mal als Störung oder gar Bedrohung empfunden.



Kaum ein Begriff in der Geschichte der Familie ist derart negativ besetzt: Dornröschen mit Stiefmutter.

So ging es auch mir, als mein Vater wieder heiratete. Ich lebte bei ihm und teilte ihn gerne mit meinem Bruder, aber ganz und gar nicht gern mit der Stiefmutter. Mit sieben Jahren wollte ich meinen Vater – wie die meisten Mädchen – ganz für mich allein haben. Eine andere, fremde Person hatte da für mich einfach keinen Platz, und Eifersüchteleien waren programmiert. Wesentlich problemloser war es, als mein Vater seine dritte und letzte Frau heiratete. Da war ich schon über dreissig Jahre alt. Als Mutter sah ich die Stiefmutter natürlich nicht, aber sie wurde eine gute Freundin. Ihr frühzeitiger Tod war ein trauriger Verlust.

Meine Mutter heiratete ihren zweiten Mann, als ich noch ein Kind war. Inzwischen ist er der Stief-Opi meiner Tochter. Ich habe viele positive Erinnerungen an meinen Stiefvater, doch ganz konfliktfrei war auch diese Beziehung nicht, vor allem, als ich in die Pubertät kam und unsere Meinungen öfter mal auseinandergingen.

Besonders gut erinnere ich mich an einen Urlaub in seinem Haus in Italien, wo wir einen Streit angingen. Er wurde sehr wütend, als ich ihn anschrie, er habe mir gar nichts zu sagen, denn: «Du bist nicht mein Vater!» Heute weiss ich, dass dies vielleicht das Schlimmste ist, was man Stiefeltern sagen kann – das gilt natürlich vor allem dann, wenn man auch zusammen-

lebt, was bei uns nicht der Fall war. Es ist wahrscheinlich die grosse Urangst aller Stiefeltern, irgendwann vom pubertierenden Nachwuchs, den man selber mit allen damit verbundenen Entbehrungen grossgezogen hat, ins Gesicht geschleudert zu bekommen, dass man weder eine Autorität noch eine Kompetenz ist. Das liegt sicherlich auch daran, dass es offiziell tatsächlich auch genau so ist.

Mit sieben Jahren wollte ich meinen Vater – wie die meisten Mädchen – ganz für mich allein haben.

In Deutschland und Österreich gibt es ein eigenes Familienministerium sowie das Amt für Jugend und Familie. In konfliktreichen Scheidungssituationen beraten dort entsprechend ausgebildete Psychologen Eltern und Jugendliche und versuchen, zwischen den Parteien zu vermitteln, damit man gar nicht erst vor Gericht landet. In Zeiten, in denen die Scheidungsrate bei fünfzig Prozent liegt und die Patchworkfamilie der klassischen Familie zahlenmässig kaum mehr nachsteht, eigentlich eine Selbstverständlichkeit, um nicht zu sagen, eine kluge und kostensparende Vorsorge.

In der Schweiz gibt es nichts dergleichen. Das entsprechende Amt, die berühmte Vormundschaftsbehörde, die sich inzwischen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde nennt und die es geschafft hat, schon nach kürzester Zeit mindestens so berüchtigt zu sein wie ihre Vorgängerin, wird in der grossen Mehrheit von Juristen und Laienbeamten besetzt, die von Pädagogik, Psychologie und Kindeswohl so viel Verständnis und Ahnung haben wie Tiefseeforscher von Quantenmechanik.

Familienpolitisch liegt die Schweiz mindestens dreissig Jahre zurück. Man muss sich auch fragen, warum es in diesem Land weit mehr Laienrichter als entsprechend ausgebildete Familienrichter gibt. Da klafft ein Abgrund, in den allzu oft Familien hineinfallen wie in ein schwarzes Loch.

Es wäre ein Schritt in die richtige Richtung beziehungsweise in die Gegenwart, die längst veränderten Verhältnisse zu erkennen, ernst zu nehmen und politisch entsprechend umzusetzen. Stiefeltern haben häufig zu Unrecht einen sehr schweren Stand. Es sollte endlich auch in der Schweiz gesetzlich anerkannt werden: Eltern sind die, die sich kümmern.

Zoë Jenny ist Schriftstellerin. 2013 erschien von ihr das Buch «Spätestens morgen».



«Kernenergie ist ein starkes Element des umweltfreundlichen Schweizer Strom-Mix»: Leuthard, 2001

Leuthards Atom-Plädoyer

Im Vorfeld der wuchtig abgelehnten Atomausstiegsinitiative pries Nationalrätin Doris Leuthard (CVP) die ökologischen Vorteile der Kernenergie. Ihre Argumente sind heute so aktuell wie damals.*

Die Diskussionen um die Energievorlagen haben gezeigt, dass wir in der Politik verhaftet sind am Begriff der erneuerbaren Energien. Die Brundtland-Kommission definiert eine nachhaltige Entwicklung wie folgt: «Diese befriedigt die Bedürfnisse der heutigen Generation, ohne den zukünftigen Generationen die Möglichkeit zu nehmen, ihre Bedürfnisse zu befriedigen.» Aufgrund dieser Definition betrachtet, ist die Kernenergie nachhaltig!

Der Ausstieg aus der Kernenergie verschlingt grosse Mengen Geld, nach der Studie Pfaffenberger/Borner zwischen 40 bis 62 Milliarden Franken. Er brächte zudem grosse Belastungen der Umwelt. Gas-Dampf-Kraftwerke und Wärmekraftkopplung führen zu mehr Emissionen von Treibhausgasen.

Doch momentan wird die Kernenergie vielerorts von der Politik als politisch nicht korrekt betrachtet – obwohl man ihre Vorteile für die Umwelt wie auch für die Versorgungssicherheit klar sieht. So hat beispielsweise Craig Barrett, CEO von Intel, aufgrund der unzuverlässigen Stromversorgung in Kalifornien gesagt: «Kernenergie ist die einzige Lösung, aber sie ist politisch nicht korrekt.»

Das Image der Kernenergie wurde nach Tschernobyl in der Öffentlichkeit zerstört. Die Imagezerstörung in den vergangenen Jahren war so gross, dass die Wichtigkeit der Kern-

energie für die Schweiz nicht wahrgenommen respektive von der Politik nicht kommuniziert wurde. Die Bedeutung für die Wirtschaft, die Forschung, die Zahl der damit zusammenhängenden Arbeitsplätze und die Versorgungssicherheit gerieten völlig in den Hintergrund.

Aber die Realität präsentiert sich anders. Im Projekt «Ganzheitliche Betrachtung von Energiesystemen» der ETH, das verschiedene Stromerzeugungssysteme unter die Lupe nimmt, kommt die Kernenergie gut oder sogar sehr gut weg. Ohne Kernenergie wäre die Situation heute noch viel schwieriger, als sie schon ist. Ich zitiere den Club of Rome: «Heute jedoch räumen wir widerwillig ein, dass die Verbrennung von Kohle und Öl aufgrund des dabei entstehenden Kohlendioxids für die Gesellschaft wahrscheinlich noch gefährlicher ist als die Atomkraft. Darum gibt es triftige Gründe dafür, die nukleare Option offenzuhalten und schnelle Brüter zu entwickeln.»

Die Nuclear Energy Agency (NEA) der OECD hat in einer Studie die radiologischen Auswirkungen der Wiederaufarbeitung einerseits und der direkten Endlagerung von verbrauchtem Kernbrennstoff andererseits auf die Bevölkerung und die Angestellten der Kernanlagen untersucht. Das Resultat: Beide Entsorgungsoptionen verursachen Strahlendosen, die auch langfristig weit unter den Grenzwerten liegen

und im Vergleich zur Strahlenbelastung durch natürliche Radioaktivität unbedeutend sind. Gemäss der Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen (HSK) gibt es keine technischen Gründe, die Schweizer KKW nicht über fünfzig (Beznau/Mühleberg) respektive über sechzig (Gösgen/Leibstadt) Jahre zu betreiben.

«Geordneter Rückzug von Leuenberger»

1998 verkündete Bundesrat Moritz Leuenberger den «geordneten Rückzug» aus der Kernenergie, nachdem er im Gesamtbundesrat mit seinem Antrag auf Laufzeitbeschränkung auf vierzig Jahre eine deutliche Niederlage erlebt hatte. Mit diesem ausdrücklichen Nein des Bundesrates zur Befristung der Betriebsdauer verfügt die Schweizer Kernenergie eine politisch abgestützte Perspektive wie kaum ein anderes Land. Interessant ist auch, dass der Verzicht einer Befristung von den Medien nicht als etwas Besonderes aufgegriffen wurde. Noch vor wenigen Jahren hätte es für einen solchen pronuklearen Stellungsbezug eine grosse Medienschelte gegeben.

Der Gesamtbundesrat anerkennt damit die Wichtigkeit, die Kernkraftwerke ohne Eingriffe aus der Politik laufen zu lassen. Einziges Kriterium für den Staat ist die Sicherheit der Anlagen, die Sicherheit der Bevölkerung und unserer Umwelt. Diese Politik ist zu unterstützen, sie orientiert sich am Grundsatz, dass der Staat sich weiterer planwirtschaftlicher und in den Wettbewerb eingreifender Massnahmen enthalten sollte.

In der Schweiz wird die Kernenergie momentan – was von den Politikern noch nicht bemerkt worden ist – von breiten Kreisen der Bevölkerung als *political correct* betrachtet. Jährlich besuchen über 60 000 Personen mit zumeist sehr grossem Interesse unsere Kernkraftwerke. Kernenergie ist auch kein Thema, das die Menschen besonders beunruhigt oder beschäftigt. Im *Blick* zum Beispiel, der die Volksmeinung widerspiegelt, ist sie normalerweise nicht oder nur sehr marginal präsent. Man reagiert nüchtern und sachlich. Das Verhältnis 40 Prozent Kernenergie und 60 Prozent Wasserkraft bei der Stromproduktion ist ein ökologisches Privileg der Schweiz. Es ist auch für die Schweizer Volkswirtschaft positiv, denn es verleiht ihr eine gewisse Eigenständigkeit. Die Kernenergie ist ein starkes Element des umweltfreundlichen Schweizer Strommix. Wir sollten die verschiedenen Energien nicht gegeneinander ausspielen, sondern bewusst das Miteinander pflegen und abwägen.

* Bei diesem Text handelt es sich um eine leicht gekürzte Rede, welche die damalige Nationalrätin und heutige Bundesrätin Doris Leuthard (CVP) am 3. Mai 2001 im Vorfeld der Abstimmung über die Initiative «Strom ohne Atom – Für eine Energiewende und die schrittweise Stilllegung der Atomkraftwerke» hielt. Die Vorlage wurde am 18. Mai 2003 (66,3 Prozent Nein-Stimmen) wuchtig abgelehnt, soll nun aber unter der Führung derselben Doris Leuthard trotzdem umgesetzt werden.

Im Reich der Fantasie

Das Ende der Bilateralen I würde nach Berechnungen einer deutschen Beratungsfirma 300 Milliarden Franken kosten. Economiesuisse und NZZ verbreiten dankbar die neue Zahl. Ein näherer Blick zeigt: Ihre Berechnungsgrundlagen sind schwach. *Von Florian Schwab*

Die Debatte um die Bedeutung des Vertragspakets Bilaterale I für die Schweiz ist in vollem Gange. Die sieben dazugehörenden Verträge sind über eine sogenannte Guillotineklausel miteinander verbunden. Darunter befindet sich auch das Abkommen zur Personenfreizügigkeit, das die Schweiz nach dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative neu verhandeln oder kündigen muss. So liegt es im Bereich des Möglichen, dass die EU unter Berufung auf die Guillotineklausel gerade das ganze Vertragswerk mit dem Bade ausschüttet.

Darüber, was dies für die Schweiz und ihre Volkswirtschaft bedeuten würde, herrscht weitgehend Uneinigkeit. Eine neue Zahl präsentieren jetzt Economiesuisse und die *Neue Zürcher Zeitung* in einem Online-Beitrag: Die Schweizer Wirtschaft könnte «bis 2035 insgesamt 300 Milliarden Franken an Bruttoinlandprodukt einbüßen», schreibt der Wirtschaftsdachverband in einem «Faktenblatt». «Einbüßen von 300 Milliarden?», titelt darauf die NZZ und stellt fest: «Laut einer neuen Modellrechnung könnte die Unsicherheit der Beziehung zur EU innert zweier Jahrzehnte 300 Mrd. Fr. Wertschöpfung kosten.»

Woher stammt die auf den ersten Blick eindrückliche Zahl? Economiesuisse und NZZ verweisen auf Untersuchungen der «Basler Beratungsfirma Prognos». Merkwürdig nur: Wenn man bei Prognos in Basel anruft, weiss man dort nicht von der Existenz einer solchen Untersuchung. Das Versprechen der Telefonistin, sich kündigt zu machen und zurückzurufen, bleibt bis Redaktionsschluss uneingelöst.

Prognos ist eine europaweit tätige Beratungsfirma ist mit Büros beispielsweise in Brüssel oder Berlin. Sie wurde vor fünfzig Jahren von Basler Universitätsangehörigen gegründet, gehört heute aber mehrheitlich dem deutschen Holtzbrinck-Verlag.

Immer wenn es darum geht, der Politik wissenschaftliche Munition zu liefern, sind die Prognos-Rechner zu Diensten: Für die staatliche deutsche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) hat Prognos berechnet, dass deren Aktivitäten in der Förderung von energieeffizientem Bauen und Sanieren mit 0,25 Prozent positiv zum Bruttoinlandprodukt (BIP) beitragen und damit «einen relevanten Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung leisten können». In einer anderen Untersuchung im Auftrag der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft kommt Prognos zum Schluss, dass das deutsche BIP «in den nächsten vierzig

Jahren um 300 Milliarden Euro wachsen» würde, wenn man die erneuerbaren Energien nur konsequent genug ausbaute.

Für die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung will Prognos gar herausgefunden haben, dass der Mindestlohn in Deutschland dem Staat «Mehreinnahmen von mehr als sieben Milliarden Euro» bescheren wird.

Für die Schweiz zu verkraften

Wie kommt man nun auf das Preisschild von 300 Milliarden Franken für ein Ende der Bilateralen? Prognos geht gemäss Economiesuisse und NZZ davon aus, dass wegen der Unsicherheit über die bilateralen Verträge in der Schweiz künftig weniger investiert wird, jährlich nur noch 0,95 Prozent des Bruttoinlandprodukts anstatt 1,2 Prozent wie nach Inkrafttreten der Bilateralen. Einen ähnlichen Rückgang der Investitionen habe man nach dem Nein zum EWR-Beitritt im Jahr 1992 beobachtet.

Die der Berechnung zugrundeliegenden Annahmen sind, vorsichtig ausgedrückt, recht unsicher. Genauso gut möglich ist, dass die Investoren die Schweiz für ihre Nichtmitgliedschaft in der EU belohnen – insbesondere wenn die wirtschaftliche Krise in der Europäischen Union weiter anhält und die Schweiz als sicherer Hafen geschätzt bleibt. Histori-

sche Analogien zu 1992 sind schon in der Geschichtswissenschaft ein heikles Unterfangen – noch weniger eignen sie sich dazu, mathematisch exakte Wirtschaftsprognosen für die nächsten Jahrzehnte abzuleiten.

Auch der Economiesuisse scheint auf den zweiten Blick bei der Zahlenakrobatik nicht wohl zu sein. Auf Anfrage verweist sie auf die Schlussbemerkung ihres Faktenblatts, gemäss dem die gesamtwirtschaftlichen Effekte «deutlich unter den Resultaten der Simulationsrechnung der Prognos AG liegen dürften».

Selbst wenn man die Prognos-Methode akzeptiert, so bleibt ihre Untersuchung als Waffe gegen eine konsequente Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative recht stumpf. Wie auch die NZZ abseits von der etwas reisserischen Schlagzeile feststellt, sind 300 Milliarden über einen Zeitraum von zwanzig Jahren nicht besonders imposant: «In Jahreswerten sieht das Bild weniger drastisch aus.»

Dreihundert Milliarden Franken sind etwas weniger als die Hälfte des schweizerischen BIP. Zum Vergleich: Ein Angestellter, der momentan pro Jahr 80 000 Franken verdient, müsste über die nächsten zwanzig Jahre auf insgesamt 30 000 Franken zusätzliches Einkommen verzichten – pro Jahr sind dies 1500 Franken. Für die politische Unabhängigkeit der Schweiz wäre dies kein absurd hoher Preis. ○



Plötzlich unwohl: Economiesuisse-Präsident Heinz Karrer.

Glamourös daneben

Warum werden die Wettervorhersagen des Schweizer Fernsehens immer schlechter? Weil sich die halbamtlichen Wetterfrösche des Leutschenbachs lieber faul in der *Schweizer Illustrierten* tummeln, anstatt sich leidenschaftlich mit der Sache zu befassen. Von Jörg Kachelmann

Ich gebe zu, es ist immer noch ein kleiner Stachel in meinem Fleisch. Ich habe gerne «Meteo» gemacht, damals, ab 1992. Und es ist schon in der Antike passiert, dass man Nattern am eigenen Busen züchtete, was auch mir klar wurde, als wenige Jahre später das Schweizer Fernsehen meinen beiden Co-Moderatoren schrieb, dass sie nur weitermoderieren dürften, wenn sie bei meiner Firma (damals Meteomedia) kündigten und sich beim Schweizer Fernsehen (SF) anstellen liessen. Gleichzeitig bot SF Meteomedia nur noch 180 000 Franken pro Jahr für den *full service* an anstelle des Doppelten wie zuvor, weniger als die Lohnsumme meiner Co-Moderatoren – der diskrete Charme des Monopols.

Der Bonsai-Machiavelli von damals war der scheinhonorige Peter Studer, der das Elend komplett machte, indem er seinen Ringier-Freunden steckte: *Kachelmann wollte 1 Million!* Schon damals schrieben viele Medien bereitwillig ab, was ein Beamter sagte. Als ich Studer Jahre später traf, wollte er jovial smalltalken, was ich ablehnen musste mit Hinweis auf die Millionengeschichte. Er sagte einen unvergesslichen Satz: «Es cha sy, dass das objektiv nöd so gsy isch, aber ich has subjektiv so wohrgno.»

Wo Zürich am «zürichsten» ist

Das ungesunde Selbstbewusstsein, mit der Wahrheit nach Gutsherrenart umzugehen, ist geblieben. Die Sendung ist konzeptionell identisch geblieben, ausser dass sie auf einem Hochhausdach stattfindet, dessen Umgebungstemperatur alle Schweizer interessieren soll, die nicht auf Hochhausdächern dort wohnen, wo Zürich am «zürichsten» ist. Lustlos erzählt mehr oder weniger meteorologisch gebildetes Moderationspersonal ohne Bezug auf Karten. Es wird nichts mehr gezeigt, nichts mehr erklärt, nur sinnlos Zeit verbraucht, und es ist dadurch vollkommen sinnlos, dass der Moderator überhaupt zu sehen ist, ausser dass Thomas Bucheli dadurch in die *Schweizer Illustrierten* kommt. Und sie ist auch inhaltlich so oft falsch wie nur wenige Wettervorhersagen in der Schweiz: Der Aufmacher vom Dienstagmittag, die Gewitter, die so viele Leute geweckt haben sollen in der Nacht zuvor, waren Bucheli in der Sendung am Vorabend keine Vorhersage wert.

Trotz des Konzepts und der Vorhersagequalität eines abgetauten Kühlschranks ist «Meteo» eine Erfolgsgeschichte: Fünfzehn Mitarbeiter sind auf der Website zu sehen, Tendenz stei-

gend. Einerseits wurde das deutsche Wort «freundlich» furchtbarerweise auf Schweizerdeutsch übersetzt, und es versucht nun als «fründli» eine Übernahme des Luftraums über Schweizer Stammtischen. Andererseits ermöglicht der wenn auch abnehmende Quotenerfolg eine Firma von Konzessionszahlern Gnaden: Mit den Gebühren des Schweizer Fernsehvolks kaufen sich die Leutschenbacher «Wetterinäre» ein Sammelsurium von Wetterdaten und subventionieren so ihre eigene lustige Wetterfirma. Das ist eine tolle Sache, denn so kann man so ziemlich jedes KMU «wegdumpe», mit dem



«Quote essen Seele auf»: Jörg Kachelmann.

man in Konkurrenz um einen Auftrag steht. Wie das geht, haben die Buchelisten vorge-macht, als sich die Oberengadiner mal erfrecht hatten, ihr Wetter von Meteomedia zu beziehen. Als Strafaktion nahm «Meteo» St. Moritz aus den Wetterkarten und ersetzte es durch Schuls. Dass die Tradition der Unwahrheit von Studer von Generation zu Generation weitergegeben wird, zeigte die bemerkenswerte Begründung von Bucheli-Chef Ueli Haldimann, man habe das gemacht, weil es am Flugplatz Samedan so *u huere* kalt und Schuls irgendwie repräsentativer fürs Engadin sei. Dass es um eine Vorhersage für St. Moritz ging und nicht um einen Messwert von einem benachbarten Flugplatz, war Haldimann egal: Es ist das Privileg des Schweizer Fernsehbeamten, jeden *Mischt* erzählen zu dürfen – Quote essen Seele auf.

Inzwischen ist die «Meteo»-Welt wieder in Ordnung. Die Bucheli-Beamten haben zwar im Gegensatz zu anderen Anbietern keine eigenen professionellen Wetterstationen in Graubünden und deshalb wenig Ahnung vom Wetter

dort, aber der sanfte Druck und das Versprechen, dass Graubünden auch bei «Meteo» besser wegkomme, wenn man zusammenarbeite, haben zur grotesken Zusammenarbeit des Bündner Tourismus mit SRF-«Meteo» geführt. Die Vorhersagen sind schlechter denn je, aber man kommt vielleicht im Fernsehen, und es kostet, quersubventioniert durch Konzessions-gelder, so wenig wie nirgendwo.

Glamour der Cervelat-Prominenz

Dass dieser Expansionskurs aus Konzessionsgeldern, der in der realen Wirtschaft Arbeitsplätze kostet, im Sinne des Gesetzgebers ist, glauben die Fernsehleute selbst nicht, weshalb man aus gutem Grund nirgendwo die sonst übliche Galerie von Referenzkunden findet, um Aufsichtsbehörden nicht aufmerksam zu machen. Es sind Medien, Versicherungen und eine Vielzahl von Kunden aus Industrie und Gewerbe, denen es weniger um Qualität als um die Möglichkeit geht, durch das Engagement von Bucheli und Co. auch mal in die Zeitung kommen zu dürfen oder auf dem Hochhausdach zusehen zu dürfen. Glauben Sie mir, denn ich hätte vor zehn Jahren nicht gedacht, dass ich diesen Satz mal schreiben würde: *Meteo Schweiz*, also die halbamtlichen Wetterfrösche, die von Staates wegen für das Wetter zuständig sind, böten in vielen Fällen eine deutlich höhere Qualität als die Fernsehleute. Allein, es fehlt der Glamour von Cervelat-Prominenz, in dem sich die Kunden sonnen können. Qualität kann so unsexy sein.

Dass die Vorhersagen von Bucheli und seinen Leuten schlecht sind, weiss dieser selbst. Als der Bund 2008 einen objektiven Vorhersagewettbewerb durchführte, machten alle ernstzunehmenden Wetterdienste in der Schweiz mit – ausser «Meteo» vom Schweizer Fernsehen, mit der wohlkalkulierten Hoffnung, dass die Angst vor der Bestätigung der eigenen Inkompetenz kleinere Wellen werfen würde, als es die eindeutige Niederlage und der letzte Platz täten, den es wohl gesetzt hätte.

Immerhin können sich die gewerblichen Kunden von «Meteo» darüber freuen, dass sie den Hauptehrgeiz der Vorhersageleute auf sich vereinen können. Die Vorhersagen sind zwar oft katastrophal schlecht, aber der Preisvorteil und der Glamour-Faktor geben den murrenden mittleren Kadern der Kunden keine Chance, gegen ihre Chefs aufzumucken. So viel Engagement für andere Kunden wirkt sich auf das Kerngeschäft aus, das vernachlässigt wird:



«Fründli»: «Meteo»-Moderator Thomas Bucheli.

«Meteo» ist langweilig, und die Vorhersagen sind schlecht geworden, weil die Sendung nur noch ein vernachlässigtes Abfallprodukt des Expansionskurses des SRF-Konzerns ist. Man sucht vergeblich in den Archiven nach einer Geschichte, dass «Meteo» erfolgreich irgendjemanden im Entlebuch, Emmental oder sonstwo vor einem Unwetter gewarnt hätte. Es ist eben immer irgendwo *fründli*, das muss reichen. Zwangsweise Geld aus der Bevölkerung zu be-

So viel Zürich, so wenig Land – so viel Cabrio, so wenig Heuen.

kommen, bedeutet normalerweise eine grosse Verantwortung. Dazu würde gehören, sich in einem unendliche vier Minuten langen Wetterbericht gleichberechtigt um die Berggebiete zu kümmern. So viel Zürich, so wenig Land – so viel Cabrio, so wenig Heuen. Es würde dazu gehören, sich Tag und Nacht um das Wohler-

gehen der Bevölkerung zu kümmern, die einem den grossen Lohn finanziert. Wer sitzt nachts um drei dort und warnt dorfgenau vor einem stationären Gewitter, also dann, wenn es wirklich wichtig wäre? Das ist «Meteo» alles zu anstrengend; die App eines Schweizer Versicherers warnt mit ihren Warnungen aus Leutschenbach so riesengrosse Gebiete, dass die Alarmrufe völlig sinnlos sind: Die meisten gewarnten Leute merken nichts von einem Unwetter, so dass Warnungen immer weniger ernst genommen werden. Mit fünfzehn Leuten, die nicht faul sind, nicht bloss viel Geld verdienen und nicht auf roten Teppichen oder mit roten Haaren auffallen wollen, könnte man erreichen, dass man nicht mehr abends in der «Tagesschau» Bilder sehen müsste, in denen Menschen aus den Bergen sagen, dass sie von der Überschwemmung oder dem Orkan überrascht worden seien. Ich bin heute nicht mehr bei der Firma, der der Auftrag aus dem Oberengadin weggenommen wurde, und auch der studersche Stachel im Fleisch ist jedes Jahr ein biss-

chen weniger spürbar. Heute bleibt nur noch das Bedauern, dass Faulheit und Inkompetenz in einer Beamtenstruktur verhindern, dass ein durch Unwetter besonders gefährdetes und vom Tourismus besonders abhängiges Land die Wettervorhersagen bekommt, die es verdient hat.

So werden Buchelis Leute weiterhin Unwetter verschlafen, weil es gerade eine blöde Zeit ist und weil man anstrengende Handarbeit machen müsste und es zwei bis drei Leute mit Ehrgeiz jenseits der *Schweizer Illustrierten* brauchen würde, die sich um jeden Weiler im Entlebuch kümmern müssten (und die Warnungen für alle verfügbar machen müssten, die Konzessionsgelder zahlen). Und weiterhin werden Menschen in den Alpentälern nach «Meteo» traurig Stornierungs-E-Mails lesen und am nächsten Tag zum Himmel blicken und feststellen: Es ist mal wieder viel mehr *fründli* als in Züri.

Jörg Kachelmann ist Geschäftsführer der Kachelmann GmbH in Sattel SZ und bemüht sich nicht um Verträge, die vom Schweizer Fernsehen gehalten werden.



«Am Ende belohnt»: Wissenschaftler Sánchez-Villagra mit neuentdecktem Dinosaurier *Laquintasaura venezuelae*, im Büro in Zürich.

Zwanzig Jahre Knochenarbeit

Der in Zürich tätige Paläontologe Marcelo Sánchez-Villagra hat in den venezolanischen Anden eine neue Dinosaurier-Art entdeckt. Dabei hatte er nach etwas ganz anderem gesucht. Die abenteuerliche Geschichte eines sensationellen Fundes. *Von Rico Bandle und Nik Hunger (Bild)*

Die Nachricht ging um die Welt: Vom chinesischen Staatssender CCTV über Fox in den USA, BBC in Grossbritannien bis hin zur «Tageschau» des Schweizer Fernsehens: Alle berichteten über den aussergewöhnlichen Saurierfund des Zürcher Professors Marcelo Sánchez-Villagra. Was aber in kaum einem Beitrag erwähnt wurde: Sánchez hatte die Knochen schon vor 22 Jahren als Student entdeckt und ausgegraben – auf einer Privatexkursion in den venezolanischen Anden, als er eigentlich nach etwas ganz anderem gesucht hatte. Dass er seinen Fund dereinst als Professor der Universität Zürich der Weltöffentlichkeit als Sensation präsentieren werde können, hatte sich der Jungforscher damals nicht einmal erträumt.

Sánchez empfängt den Journalisten beim Eingang des Zoologischen Museums der Universität Zürich, wo auch das Paläontologische Institut untergebracht ist. Ein Modell des *Laquintasaura*

venezuelae, so heisst der neue Dinosaurier, steht hier seit wenigen Tagen stolz in einer Vitrine: ein truthahngrosser Saurier auf den Hinterbeinen, den Mund gefährlich offen, obschon es sich um einen Pflanzenfresser handelt. Das ist also das Geschöpf, das Fachleute und Laien derzeit rund um den Globus zum Staunen bringt.

Eine solche Entdeckung muss für einen Paläontologen das höchste der Gefühle sein. Sánchez gibt sich bescheiden. «Ich habe auch andere Forschungsarbeiten verfasst, die mir wichtig waren, die in den Medien aber nicht auf so grosses Interesse gestossen sind.» Zum weiteren Gespräch geht es in sein kleines Büro hinter dem Museum: In einer Ecke steht sein Fahrrad inklusive Helm, die Gestelle sind voller Bücher, Musiknoten und Ausgrabungsobjekte aus aller Welt.

Sánchez stammt ursprünglich aus Argentinien, seine Eltern waren während der Militär-

diktatur nach Venezuela ausgewandert. Dass sich ein Junge in seiner Situation für Fossilien und alte Lebewesen interessiert, ist eher ungewöhnlich. Er stammt aus keinem akademischen Umfeld, der Vater arbeitete in der Fiat-Autofabrik, und die Paläontologie hatte in Venezuela keinerlei Tradition. «Es mag pathetisch tönen, aber das Interesse war philosophischer Natur. Mich hat die Evolution fasziniert, woher wir eigentlich kommen.» Die Versteinerungen seien die Dokumentation der Entwicklung des Lebens.

Das Auto des Vaters kaputtgefahren

Die Expedition, die 1992 zu dem grossartigen Fund führte, hatte Sánchez aus eigenem Antrieb unternommen. Von einem Geologen hatte er gehört, dass in der Nähe des Dorfes La Quinta Fossilien gesichtet worden seien. Also liess er sich vom Vater das Auto, überredete

zwei Freunde, mitzukommen, und machte sich auf die zwölfstündige Reise von Caracas in die Anden. Bereits nach zwei Tagen hatte er die Fossilien gefunden, weitere fünf Tage benötigte er, um sie mit Hammer und Meissel freizulegen. Eine diffizile Aufgabe, schliesslich sollte nichts beschädigt werden. Mit mehreren hundert Kilogramm Gestein im Kofferraum fuhren die drei zurück nach Hause. «Als wir ankamen, war das Auto kaputt, Totalschaden.» In der wissenschaftlichen Publikation zum Dinosaurier habe er deshalb eine Danksagung an seinen Vater drin, sagt er.

Die ersten Erkenntnisse waren eine Enttäuschung. Sánchez hatte auf Säugetiere gehofft, auf sie war er spezialisiert sie waren auch das Thema seiner Dissertation an der Duke University in North Carolina, die er einige Jahre später abschloss. Er liess die Knochen erst einmal ruhen. Als er sich ihnen wieder zuwenden wollte, stiess er auf unerwartete Hürden. Er hatte sie nach der Expedition pflichtbewusst bei einem Museum in Caracas abgegeben, nun waren sie Eigentum des Staates Venezuela. Jedes Mal, wenn er an seine Fossilien rankommen wollte, musste er ein langwieriges Bewilligungsprozedere durchlaufen. «Ich hätte das Material wohl lieber privat gelagert, doch das darf man ja nicht sagen», sagt er. Hinzu kam eine weitere Schwierigkeit: Das unbekannte Tier zu identifizieren und einzuordnen, erwies sich als komplexer als angenommen.

Vor 201,6 Millionen Jahren

Seine Fossilien bescherten einem internationalen Team an hochspezialisierten Fachkräften jahrelang Arbeit. Wie lebte das Tier? Wie bewegte es sich? Wie alt wurde es? Auf all diese Fragen galt es, eine Antwort zu finden. Allein die Knochen vom übrigen Gestein herauszulösen und zu präparieren, nahm mehrere Monate in Anspruch. Ein führender Geochemiker aus den USA bestimmte mit neuesten Methoden das Alter; andere Spezialisten untersuchten die Anatomie, die Biomechanik oder waren für die Einordnung des Tiers im Entwicklungstammbaum der Dinosaurier besorgt.

In den Hunderten von Knochenelementen, die Sánchez vor 22 Jahren gefunden hatte, konnten mindestens vier Individuen desselben Dinosauriertyps identifiziert werden. Das liess Rückschlüsse auf die Lebensweise als Herdentier zu; bisher war über das Sozialverhalten von Dinosauriern aus jener Phase kaum etwas bekannt. Am Schluss erstellte ein sogenannter Paleoartist – eine Person, die nichts anderes macht, als ausgestorbene Lebewesen zu rekonstruieren – ein Modell des Dinosauriers.

Die Erkenntnisse aus dem Fund gelten auch in Fachkreisen als sensationell. Die Sánchez-Entdeckung hat die geltende Vermutung widerlegt, dass die Tropen nicht von Dinosauriern besiedelt waren. Bei dem Tier handelt es

sich um eine sehr frühe Dinosaurier-Art, aus der Zeit kurz nach der Zeitenwende von der Trias zum Jura, vor 201,6 Millionen Jahren. Damals, als Europa, Asien, Afrika und Amerika noch im Urkontinent Pangäa vereint waren, stiessen zunehmend Vulkane ihre glühende

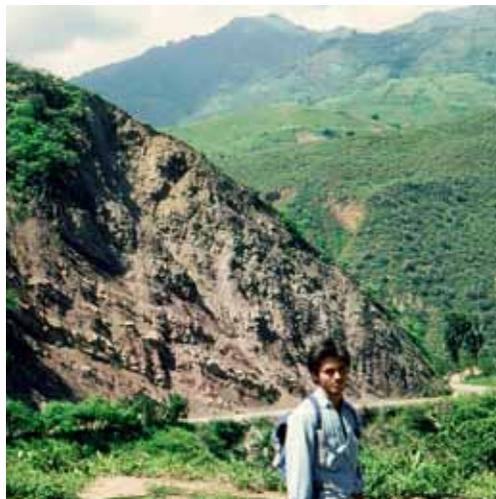
«Ein Tier in der Frühphase einer Entwicklungslinie hat noch wenige arttypische Eigenschaften.»

Asche in die Atmosphäre. Das Klima veränderte sich, der Meeresspiegel stieg bedrohlich an – mit folgenschweren Auswirkungen: Über 50 Prozent aller Lebewesen starben aus, vor allem Meerestiere hatten kaum Überlebenschancen. Ein solcher Massensexodus schafft immer ideale Bedingungen, damit viele neue Tiergruppen entstehen können. Das war auch damals der Fall. Zwar sind auch aus der Trias einige wenige Dinosaurier bekannt, so richtig entwickelten sie sich aber erst im Jura.

Der neuentdeckte Dinosaurier steht also ganz am Anfang des Stammbaums dieser prähistorischen Reptilienart, die die Fantasie der Menschen wie kaum eine andere beflügelt.

Hauptnahrung des Tyrannosaurus Rex

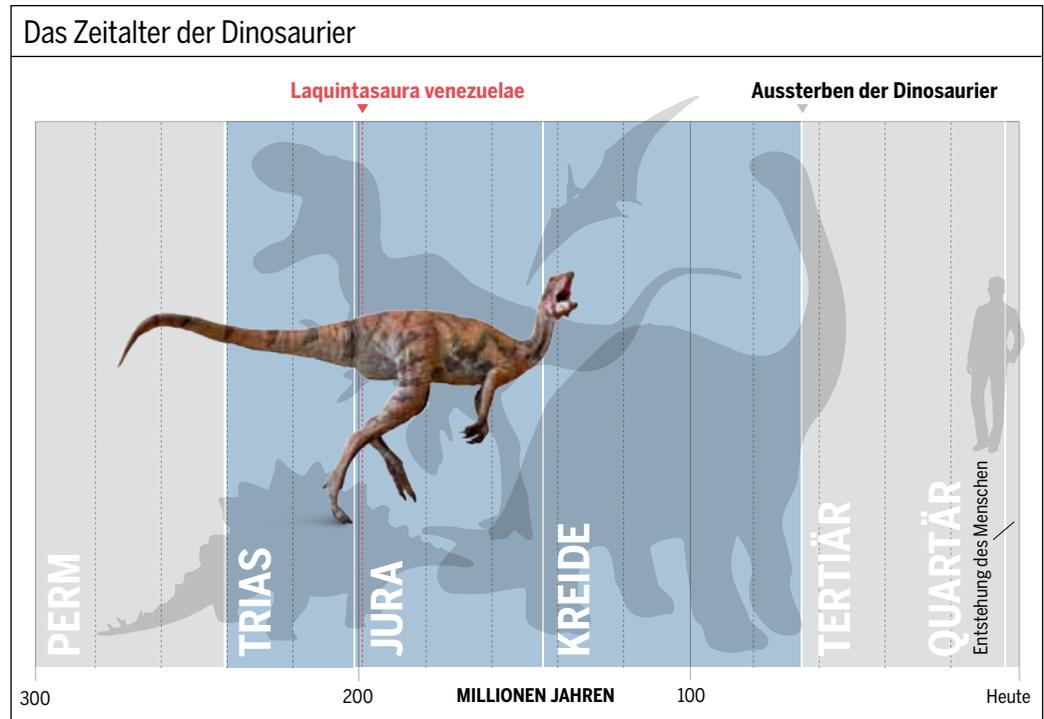
«Ein Tier in der Frühphase einer Entwicklungslinie verfügt noch über wenige arttypische Eigenschaften. Dies machte es so schwierig, das Tier einzuordnen», sagt Sánchez. Nach zwanzig Jahren Forschung steht aber definitiv fest: Beim *Laquintasaura venezuelae* handelt es sich um einen der ersten Vogelbeckensaurier (Ornithischia), eine der zwei Dinosaurier-Ordnungen. Anders als der mächtige Tyrannosaurus Rex, der Jahrtausende später auftauchte und die Tierwelt bis zum Aussterben der Spezies vor 65 Millionen Jahren beherrschte, der zu den Echtenbeckensauriern (Saurischia) gehört. Bei den Vogelbeckensauriern handelte es sich hauptsächlich um Pflanzenfresser, «sie waren die Hauptnahrung des Tyrannosaurus Rex», erklärt Sánchez. >>>



12-stündige Reise: Sánchez-Villagra in La Quinta.



Laquintasaura-Fossil aus der Jura-Zeit.



Im Anschluss an seine Dissertation in den USA wechselte Sánchez nach Tübingen, wo er eine Habilitation verfasste, daher kommt sein exzellentes Deutsch. Später war er im Natural History Museum in London als wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig, bis er vor sieben Jahren an die Universität Zürich berufen wurde. Hier leitet er im Rang eines ausserordentlichen Professors eine Forschungsgruppe, die sich mit Wirbeltieren beschäftigt, also mit Fischen, Fröschen, Schildkröten, Krokodilen und Säugetieren. Die Saurier gehören weiterhin nicht zu seinem Hauptbetätigungsfeld, weshalb er für die wissenschaftliche Auswertung auf seinen früheren Kollegen aus dem Natural History Museum, Paul Barrett, angewiesen war. «Ich habe alles koordiniert, die Vorarbeit gemacht. Aber ohne das Wissen Pauls wäre es nicht gegangen.»

Interessant für die Ölindustrie

Die Begeisterung für seine Arbeit steht Sánchez ins Gesicht geschrieben. Seine Zürcher Forschungsgruppe betreibt momentan Feldarbeit in Venezuela, Argentinien, Kolumbien, Graubünden und im Tessin. Einmal habe er sieben Wochen lang in der ägyptischen Wüste gezeltet, «ohne Dusche», wie er erzählt. «Zum Glück hatte jeder von uns ein eigenes Zelt.» Es ist die Abenteuer- und Entdeckerlust, die seine Arbeit wie einen Bubentraum erscheinen lässt.



Aquarell von Vogelbeckensauriern.

Diese Vorstellung sei aber nicht ganz korrekt. «Die meiste Zeit verbringen wir vor dem Computer, werten Daten aus und verfassen wissenschaftliche Arbeiten. Die Expeditionen machen nur einen kleinen Teil unserer Tätigkeit aus.» Es ist ihm ein Anliegen, dass Paläontologen nicht einfach als Freaks angesehen würden, schliesslich handle es sich um eine ernsthafte Angelegenheit. «Unsere Arbeit ist wichtig, um das Leben und uns selbst zu verstehen.» Zudem seien ihre Untersuchungen und Gesteinsdatierungen auch für die Wirtschaft interessant. «Die Ölindustrie in Venezuela ist zum Beispiel sehr interessiert an unseren geologischen Daten.»

Oft werden in der Wissenschaft Entdeckungen nach dem Entdecker benannt, man denke

nur an die eulersche Zahl oder die Röntgenstrahlen. Weshalb heisst der neue Dinosaurier nicht *Marcelosaurus*? «Das wäre eine ziemliche Geschmacklosigkeit», sagt Marcelo Sánchez. Das sei ihm gar nie in den Sinn gekommen. Der Name soll Rückschlüsse zulassen auf die Geografie des Fundorts oder auf ein Merkmal des Tiers. Deshalb habe sich *Laquintasaura* (Gattung) *venezuelae* (Art) aufgedrängt, da der Saurier in der Nähe von La Quinta gefunden worden sei und es sich um den ersten Saurier aus Venezuela handle.

Den Ruhm, den er nun erfährt, möchte Sánchez dazu nutzen, um das Verständnis für sein Fach zu fördern. «Wir werden von Steuerzahlern bezahlt, deshalb ist es wichtig, dass die Öffentlichkeit erfährt, dass unsere Arbeit sinnvoll ist», sagt er. Und was ist die grösste Befriedigung, wenn man so eine Entdeckung macht? «Die Erfahrung, dass der Durchhaltewille, zwanzig Jahre an einem Thema dranzubleiben, am Ende belohnt wird.»

Ein Modell des *Laquintasaura venezuelae* ist im Paläontologischen Museum der Universität Zürich ausgestellt.



FM 93.6
RADIO DIE WELTWOCHEN

ROGER G E G E N ROGER

ON
TOUR

ZWEI STANDPUNKTE, ZWEI MEINUNGEN.

LIVE AUS DEM CLOUDS, MAAGPLATZ 5 IN 8005 ZÜRICH

1. SEPTEMBER 2014 · 18:00 BIS 18:50 UHR · TÜRÖFFNUNG 17 UHR

NUR MIT ANMELDUNG UNTER [TICKETS@RADIO1.CH](mailto:tickets@radio1.ch) (PLATZZAHL BESCHRÄNKT).

CLOUDS



Schall und Rauch

Fast zwei Jahre wartete eine Familie auf wichtige Analyseresultate des Instituts für Medizinische Genetik der Universität Zürich. Am Ende musste sich der zuständige Dekan entschuldigen. Der Fall reiht sich ein in eine Serie von falschen Versprechen und verschleppten Untersuchungen am Institut. *Von Alex Reichmuth*

Gabi und Andreas Büchler* haben eine schwere Zeit hinter sich. 2011 endete die Schwangerschaft von Gabi Büchler mit einer Totgeburt. Zuvor hatte man beim Fötus Beunruhigendes wie eine erhöhte Nackentransparenz und Wasseransammlungen unter der Haut festgestellt. Ein Jahr später war Gabi Büchler wieder guter Hoffnung. Zuerst zeigten sich beim Ungeborenen die gleichen Anzeichen. Aber zum Abort kam es nicht. Doch eine Fruchtwasseruntersuchung ergab, dass das Kind an Trisomie 21 leidet. Eine Abtreibung kam für die Eltern nicht in Frage. Im Oktober 2012 kam Lea* im Kantonsspital St. Gallen zur Welt. Drei Monate später überstand das Kind eine schwere Herzoperation als Folge von Trisomie 21. Seither entwickelt sich Lea erfreulich gut.

«Verschiedenste neue Methoden»

Weniger gut entwickelten sich die Kontakte zwischen dem Ehepaar und dem Institut für Medizinische Genetik der Universität Zürich. Da in beiden Schwangerschaften gleiche Symptome aufgetreten waren, wollte das Paar wissen, ob bei weiterem Nachwuchs ein Risiko für eine erneute Behinderung bestehe. Schon vor Leas Geburt im Juli 2012 fand darum ein Beratungsgespräch mit Anita Rauch statt, der Leiterin des Instituts für Medizinische Genetik. Büchlers vereinbarten mit ihr, dass das Institut das Risiko für Trisomie 21 abzuklären versucht. Dazu sollte pathologisches Material des totgeborenen Fötus herangezogen werden. Gabi und Andreas Büchler gaben Blutproben ab. Nach der Geburt schickte das Kantonsspital St. Gallen zudem Nabelschnurblut von Lea an das Institut, das ebenfalls untersucht werden sollte.

Im Januar 2013, drei Monate nach der Geburt, erkundigten sich Büchlers beim Institut nach dem Stand der Abklärungen. Trotz mehrfacher Telefonanrufe und einer E-Mail erhielten sie aber keine Auskunft. Erst im März, nach einem weiteren Kontaktversuch, meldete sich Anita Rauch. Das pathologische Material des totgeborenen Kindes sei «viel schwerer zu untersuchen als zum Beispiel Blutproben», teilte sie per E-Mail mit. Sie werde Büchlers aber «baldmöglichst» Bescheid sagen, schrieb die Institutsleiterin.

Dieses Versprechen hielt Rauch nicht. Im Mai 2013 schaltete sich der Frauenarzt von Gabi Büchler ein und bat in einem Brief an das Institut um Auskunft zur Analyse. Vergeblich. Im August erreichte dann das Kantonsspital St. Gallen die Institutsleiterin. «Anita Rauch



Entschuldigung: Dekan Grätz.

machte offenbar geltend, die Analyse der Gewebeproben nehme mehr Zeit in Anspruch als erwartet», sagt Andreas Büchler. Im September bekam auch der Frauenarzt eine ähnliche Auskunft. «Uns Eltern hat Anita Rauch aber nie über irgendwelche Verzögerungen informiert», so Büchler.

Im letzten November, mehr als ein Jahr nach der Geburt von Lea, platzte ihm und seiner Frau der Kragen. Sie wandten sich an die Ombudskommission des Uni-Spitals Zürich. Diese antwortete, gemäss Rauch erwiesen sich die Analysen als extrem schwierig. Die Institutsleiterin hoffe aber, stand im Brief der Kommission, noch vor Weihnachten Resultate zu haben. Sie werde sich bei Büchlers melden.

Doch auch dies geschah nicht. Im April 2014 meldete sich Andreas Büchler erneut bei der Ombudskommission. Daraufhin forderte die Kommission Rauch in einem Brief auf, mit Büchlers ein Beratungsgespräch zu vereinbaren. Ansonsten, schrieb die Kommission an die Institutschefin, bitte man «um eine klare Stellungnahme, damit sich das Ehepaar Büchler anderweitig beraten lassen kann». Wieder Fehl-anzeige: Büchlers blieben ohne Information.

Gegenüber der *Weltwoche* schrieb Rauch Ende Juni, dass das Institut im Rahmen der Analyse «immer wieder verschiedenste neue Methoden versucht» habe, das Zellmaterial der Totgeburt



Verschleppte Analysen: Institutsleiterin Rauch.

zu untersuchen, aber «zu keinem schlüssigen Ergebnis» gekommen sei. Das habe man «auch immer wieder kommuniziert». Kürzlich habe man nun die Analyseversuche eingestellt, so Rauch weiter, und es sei ein Abschlussgespräch mit dem Ehepaar Büchler geplant gewesen. Ein Termin «scheint aber bisher nicht zustande gekommen zu sein», so Rauch Ende Juni.

Nicht zum ersten Mal sorgt das Verhalten von Anita Rauch und ihres Instituts für Ärger. Im April beklagten mehrere Elternpaare von epilepsiekranken Kindern, das Institut habe genetische Analysen verschleppt, falsche Versprechen gemacht und nicht informiert (*Weltwoche* Nr. 17/14). Im damaligen Artikel berichtete auch ein Kinderarzt von einer Reihe negativer Erfahrungen mit Rauchs Institut.

Aufgrund der Recherchen der *Weltwoche* wurde das Ehepaar Büchler inzwischen kontaktiert: von Klaus Grätz, dem Dekan der Medizinischen Fakultät. In einem Brief entschuldigte er sich im Namen der Fakultät. Anfang Juli fand zudem eine Aussprache zwischen Grätz und Büchlers statt. Einen Tag später läutete beim Ehepaar das Telefon. Anita Rauch wollte einen Termin für eine Besprechung vereinbaren. Büchlers lehnten ab. Inzwischen haben sie ein anderes Institut mit einer Analyse beauftragt.

* Namen geändert



Sternstunden
der Schweiz

Fleiss minus Luxus

Der Zwinglianer und Zürcher Säckelmeister Johann Jacob Leu hilft seinen Landsleuten, ihr Vermögen im Ausland anzulegen. Mit der Bank Leu begründet er 1755 das erste moderne Finanzinstitut der Schweiz. *Von Peter Keller*



Wohin mit dem Reichtum? Bankenpionier Leu.

Geld und Geist geht doch. Er wird der erste moderne Banker der Schweiz sein: Johann Jacob Leu (1689–1768), und ist einer der klügsten Köpfe seiner Zeit. Diplomat, Kanzlist, Bibliothekar, Stadtschreiber, Landvogt und schliesslich Säckelmeister, will heissen, Finanzminister des Standes Zürich. Zum ersten Mal macht Leu auf sich aufmerksam als Autor einer fast 600-seitigen «LebensBeschreibung des von Gott hocheleuchteten Hrn. Johan Jacob Breitingers gewesen treüeyffrigsten Pfarrers zum Grossen Münster in Zürich». Damals ist er gerade einmal vierzehn Jahre alt.

Für wen schwärmte der junge Zögling? Wer war dieser «hocheleuchtete» Pfarrer und Theologe Johann Jakob Breitinger (1575–1645)? Ein Hochleistungsprotestant, ein Zwinglianer von Gottes Gnaden. Hervorragend ausgebildet, Studien in Marburg, Heidelberg und Basel, Professor für Logik und Rhetorik, erster Pfarrer am Grossmünster. Wie seine Vorgänger und wie Zürichs Reformator selbst verstand er sein Kirchenamt umfassend. Auch politisch. Persönliche Hilfsbereitschaft verband sich bei Breitinger mit strenger Selbstdisziplin. Was Lust und Freude verbreitet, kommt ihm verdächtig vor – mochten die Katholen tanzen, feiern, prassen.

Die Stadt der Kaufleute und Zünfte an der Limmat verstand Religion durchaus auch als Wettbewerb verschiedener Anbieter. Es galt, besser zu sein als die – katholischen – Konkurrenten: klüger, erfolgreicher, rigoroser. Und wenn das eigene Beispiel der Kirchenoberen nicht genügte, halfen Sittenmandate nach, wie die staatlichen Vorschriften und Verbote hieszen, welche die Menschen zu mehr Tugendhaftigkeit anhielten. Wer gegen die Erlasse versties, musste mit Klagen und Bussen rechnen.

Was Spass machte, war verboten

Breitinger trieb diesen Puritanismus auf die Spitze. Bis auf Weihnachten, Ostern und Pfingsten werden unter seinem Einfluss sämtliche kirchlichen Feiertage abgeschafft. Dafür ist der sonntägliche Besuch der Messe Pflicht. 1624 setzt er erfolgreich das Verbot jeder Form des Theaters durch. Ein guter Christ zeichnet sich durch ein arbeitsames, gottgefälliges Leben aus, und da der Mensch zum Müssiggang neigt, muss alles unterbunden werden, was ihn in Versuchung führen könnte: lange Wirtschaftsbesuche, Alkoholkonsum, teure Kleidung, aufwendige Familienfeiern. Tanz und Glücksspiele gelten als unmoralisch. Kirchweihen und Märkte werden eingeschränkt, denn sie ziehen allerlei liederliches Volk an, etwa Dirnen. Selbst zum Mobiliar und zur Inneneinrichtung werden Verbote erlassen. Volkserziehung von der Kanzel, *religious correctness* als Staatsmaxime.

Diesem Geist Breitingers fühlt sich der junge Leu verpflichtet. Kirche und Staat sind keine Gegensätze. So politisiert der Theologe Breitinger derart, wie sein späterer Bewunderer als Staatsmann predigt: beseelt von der Überlegen-

heit des reformierten Bekenntnisses. Von jenen Christen, die in ihrem Gottesdienst «viel ohnnötigtes und abergläubigen Pomp» gebrauchen, hält Leu hingegen nicht viel. Die «wahre, christenliche und ungezweifelte» Verehrung Gottes zeige sich in «andächtigen Gebett und Gesang», in der Predigt, Lesen und Hören des göttlichen Worts.



Eiserne Truhe: Bank Leu in Zürich.

Doch was hat dieser kirchenhistorische Abstecker mit dem Bankengründer Leu zu tun? Warum wird ausgerechnet das zwinglianische Zürich zu einem Finanzplatz von Weltrang? Und ist der Protestantismus tatsächlich ein besonders guter Nährboden für den Kapitalismus, wie der Soziologe Max Weber mutmasste? Indirekt schon. Sittsames Leben hiess Fleiss minus Luxus. Praktisch alles, was Spass machte und Geld kostete, war verboten. So blieb den tüchtigen Bürgersleuten nichts anderes, als zu arbeiten und das Vermögen anzuhäufen. Nicht einmal repräsentative Privatbauten, wie sie die Berner Patrizier erstellten, waren den reichen Zürchern vergönnt. Dazu kam, dass die Schweiz schon mehr als zwei Jahrhunderte von grösseren Konflikten verschont geblieben war. Friede lohnt sich. Nur: Wohin mit dem Reichtum? Die paar Schuldbriefe der Bauern im Umland warfen kaum etwas ab, Industrie mit Kapitalbedarf war nur wenig vorhanden.

Je mehr Geld nutzlos herumlag, umso unzufriedener wurden die gutbetuchten Zürcher.

Je mehr Geld nutzlos herumlag, umso unzufriedener wurden die gutbetuchten Zürcher. «Der Vorort der Eidgenossenschaft befand sich in einer Sackgasse, aus der ihn nur noch eine kühne Tat befreien konnte», beschreibt der Historiker Alfred Cattani die Situation. Schliesslich legte die Zürcher Zinskommission, die eine Art Aufsichtsfunktion im Geldverleih wahrnahm, den Gnädigen Herren 1750 einen Bericht vor, der die bisherige Zinspolitik kritisch zusammenfasste und die Frage aufwarf, ob man nicht die Möglichkeit einer Kapitalanlage im Ausland prüfen sollte.

Eigentlich ein revolutionärer Vorschlag, aber geschickt vorgetragen, was den Weg politisch ebnete. Die Zinskommission, der auch Leu angehörte, wurde aufgestockt und erhielt vom Kleinen Rat, dem Zusammenschluss der mächtigen Zunftmeister, den Auftrag, «mit einander in eine nähere, reiffliche Überlegung [zu] ziehen, die dabey auf der einen sowohl als anderen Seiten sich zeigende Betrachtungen wohl erdauern, darauf ein gründlich überlegtes Gutachten, was hierunter vorzunehmen am gedeyhlichsten seyn könnte, ab[zu]fassen». So gewunden die Sprache, so vorsichtig war der Auftraggeber, besonders, als das Ergebnis vorlag: Eine durch den Staat geschaffene Einrichtung sollte die Vermittlung zwischen den heimischen Anlegern und dem Ausland übernehmen und gleich noch 50 000 Gulden Kapital einschieszen.

Mut muss nicht männlich sein

Schliesslich ist es Leu persönlich, der den skeptischen Kleinen Rat zu überzeugen vermag, Zürcher Sparstrümpfe für englische, französische, österreichische Obligationen zu plündern. Nach einem Jahr Probezeit nimmt die Leu et Compagnie erstmals fremde Gelder entgegen, zunächst von Zünften und Gesellschaften. Das Zürcher Bürgertum verfolgt das Projekt noch mit einiger Zurückhaltung. Dann meldet sich die erste Privatperson mit einer Einlage von hundert Gulden: eine gewisse Barbara Bollier von Horgen. Mut muss nicht männlich sein.

Als einziger besoldeter Angestellter amtiert ein Secretarius, der die Gelder entgegennimmt und sie im Beisein eines der beiden «Schlüssler» in einer eisernen Truhe verwahrt. Millionenboni und «Abzocker»-Debatten sind (noch) kein Thema: Für die Arbeit des Präsidenten war das Siegelgeld vorgesehen, doch habe Säckelmeister Leu «genereusement» darauf verzichtet. 1759 wartet auf ihn das höchste politische Amt: Bürgermeister von Zürich.

Leu übergibt die Bankgeschäfte seinem Freund und Compagnon Johann Conrad Heidegger. Der Name des Instituts bleibt erhalten. Nach zögerlichem Start wachsen die Einlagen rasant. 1770 erreichen sie die erste Million Gulden. Mit der Französischen Revolution und der damit verbundenen Abwertung der ausländischen Geldanlagen löst sich die Bank Leu 1798 ganz aus der staatlichen Bindung und findet ihre Nische als kleine, aber feine Privatbank. Ihr Ende kommt in Raten. 1990 wird das älteste Bankhaus der Schweiz von der Credit Suisse übernommen. 2012 erfolgt die endgültige Zusammenführung mit dem Mutterhaus und die Auflösung. Was bleibt, ist die Pionierleistung des Johann Jacob Leu, der in Zürich die erste moderne Bank der Schweiz mitbegründete.

Nächste Folge: Wie der Tessiner Domenico Fontana (1543–1607) einen 300 Tonnen schweren Obelisk auf dem Petersplatz in Rom aufrichtete und zum berühmtesten Ingenieur seiner Zeit wurde.



Modelldiktator: Lee Kuan Yew.



Moralisch verwirrendster Fall: Augusto Pinochet.



«Verrückter Hund»: Muammar al-Gaddafi.

Der gute Diktator

Von der polnischen Grenze bis zum Pazifik, quer durch Afrika über das Nildelta bis zum Südchinesischen Meer florieren Diktaturen mit glühendem Selbstvertrauen. Doch nicht alle Alleinherrscher sind schlecht. Asiatische schneiden im Schnitt besser ab als jene im Nahen Osten. *Von Urs Gehriger*

Am Abend nach dem Sturz des Sowjetimperiums beugte sich ein Forscher namens Francis Fukuyama mit wachen Augen über die Weltkarte und brütete. Beständig spielte er die jüngsten Umbrüche auf dem Erdenrund in seinem Kopf durch und kam stets zum gleichen Schluss, der ihm zwangsläufig erschien. Alle Staatsformen strebten, in unterschiedlichen Geschwindigkeiten und teils auf verschlungenen Pfaden, einem Ende zu: der liberalen Demokratie als höchster Entwicklungsstufe in der jahrtausendealten Staatengeschichte.

«Das Ende der Geschichte», das Fukuyama folglich verkündete, machte den Mann weltberühmt. Seine These indessen zerstob wie Kirschblüten im Sturmwind. Das Fukuyama-Moment nimmt sich heute aus wie ein bizarres Artefakt einer vergangenen unipolaren Epoche. Längst ist der vermeintliche Siegeszug des demokratischen Konstitutionalismus gestoppt. Für jeden afrikanischen Staat wie etwa Ghana, wo demokratische Institutionen gefestigt scheinen, gibt es ein Mali, eine Elfenbeinküste und ein Simbabwe, wo die Demokratie im Argen liegt. In Thailand hat die Armee geputscht, und es ist unklar, ob die Generäle in Burma erlauben werden, dass die Demokratie Fuss fasst. In Lateinamerika hat die Demokratie in Chile solide Wurzeln geschlagen, aber in Mexiko und Kolumbien ist sie durch Gewalt bedroht. In Tunesien spriesst sie zaghaft, doch

in Libyen, Syrien, im Irak herrscht Chaos. In Ägypten regiert ein neuer Autokrat in Generalsuniform. Und in Russland scheint das demokratische Wetterleuchten der 1990er Jahre so weit entfernt wie einst das konstitutionelle Intermezzo zwischen 1905 und 1914 unter Zar Nikolaus II.

«Die autoritären Regime glühen mit arrogantem Selbstvertrauen», schrieb der Harvard-Kennedy-School-Professor Michael Ignatieff jüngst in einem Essay für die *New York Review of Books*. Ihr Terrain erstreckt sich von der polnischen Grenze bis zum Pazifik, vom nördlichen Polarkreis bis zum Hindukusch und quer durch Afrika bis zum Nildelta.

Oppositionspartei als Feigenblatt

Einige der Diktatoren agieren dabei ziemlich clever. Nursultan Nasarbajew in Kasachstan zum Beispiel. Seit 1990 waltet der sitzfeste Kasache mit ausgekochtem Machtinstinkt über das weltgrösste Binnenland zwischen Wolgabene, Hungersteppe und Altai-Gebirge. Um Vorwürfe auszutreiben, er kneble die Opposition im Land, liess er seine Tochter Dariga kurzerhand eine Oppositionspartei gründen, die er allerdings bald seiner alleinherrschenden Partei «Strahlendes Vaterland» einverleibte. Andere Diktatoren machen lediglich einen semantischen Effort, um den Schein zu wahren, wie Kim Jong Un, dessen Reich den schmeichelhaften Namen «Demokratische Volks-

republik Korea» trägt. Andere wiederum schein sich einen Deut um den Schein und agieren mit Brachialgewalt wie Assad in Syrien.

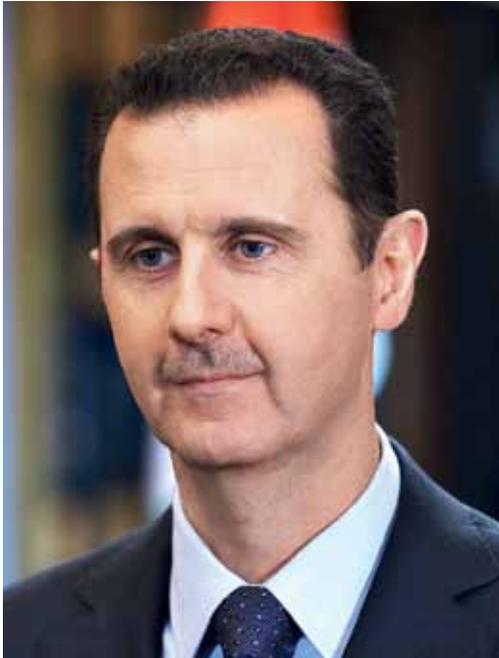
Stellt sich vor lauter autokratischer Artenvielfalt also die Frage, welcher Regent der jüngeren Weltgeschichte sich überhaupt mit Fug und Recht Diktator nennen darf. Adolf Hitler? Selbstverständlich. Josef Stalin? Unbedingt. Mao Zedong? Keine Frage. Genauso wie Saddam Hussein oder Idi Amin.

Aber oft liegt der Fall nicht so klar. Deng Xiaoping zum Beispiel. Von 1978 bis 1992 regierte er als Vorsitzender der Kommunistischen Partei Chinas das grösste Volk der Erde, wurde aber nie von ihm gewählt. Deng verbreitete Furcht und Schrecken. Er verteidigte das Massaker an Demonstranten auf dem Tiananmen-Platz 1989 in

Tyrann, undankbarer Herren Werkzeug, schnell kann seine Gunst ins Bodenlose sinken!

Peking. Vollends genug der Attribute, um sich einen Spitzenplatz im Diktatoren-Ranking zu sichern.

Doch Deng «der Schreckliche» war nur der halbe Deng. Der andere Deng führte China in Richtung einer Marktwirtschaft, die den Lebensstandard und den Grad persönlicher Freiheiten von Abermillionen Menschen verbessert hat – und das in einem Tempo, das in der



Brachialgewalt: Baschar as-Assad.

Wirtschaftsgeschichte seinesgleichen sucht. Für diese Leistung könnte man Deng mit einigem Recht als einen der grössten Männer des 20. Jahrhunderts bezeichnen, auf Augenhöhe mit Winston Churchill und Franklin D. Roosevelt.

Nützt oder schadet er?

Es gibt also bemerkenswerte Nuancen bei Diktatoren. Der Westen weiss längst zwischen «guten Diktatoren» und «schlechten Diktatoren» zu unterscheiden, meist nach dem wenig subtilen Kriterium: Nützt oder schadet er meinen Interessen? Dabei kann ein Diktator je nach politischer Grosswetterlage auch die Kategorie wechseln, manchmal mehrmals und bisweilen sogar über Nacht.

Als Muammar al-Gaddafi in den 1970er Jahren US-amerikanische und europäische Ölfirmen verstaatlichte, wurde aus ihm ein böser Diktator. Er war ein so böser Diktator, dass sich niemand einig war, wie man seinen Namen schrieb (Gaddafi? Khadafi? Qadhafi?). Er wurde sogar noch böser. Als er Terroristen gegen westliche Ziele aussandte, erklärte Reagan ihn kurzum zu einem «verrückten Hund» und traktierte ihn 1986 mitten im Schlaf mit Bomben. Doch der schrille Wüstensohn erwies sich als zäher als seine Gegner.

Ein Vierteljahrhundert später, 2003, in Erwartung eines Sieges der Amerikaner im Irak, gab Gaddafi sein Atomwaffenprogramm auf und mutierte in wundersamer Wendung zum guten Diktator. Dass er die brutale Repression seines Volkes unvermindert fortsetzte, schien niemanden zu kümmern, denn Gaddafi war jetzt kein böser Diktator mehr, sondern bloss noch ein unanständiger, einer mit viel Öl. Erst als sich sein Volk gegen ihn erhob und sein Regime ins Wanken kam, wurde Gaddafi abermals zu einem sehr bösen Diktator. Amerikaner und Europäer liessen Bomben regnen.



Sitzfest: Nursultan Nasarbajew.

Und niemand zuckte mit der Wimper, als der einst flamboyante Oberst einem Mob zum Opfer fiel, der ihn tötete und pfälte.

Tyrann, undankbarer Herren Werkzeug, schnell kann seine Gunst ins Bodenlose sinken! Saddam, Suharto, Mubarak – sie alle spielten eine Doppelrolle. Sie alle wurden vom Westen unterstützt, solange sie auf dem Schachbrett der Politik eine nützliche Rolle spielten, nach dem Prinzip: «Er ist ein Hurensohn, aber er ist *mein* Hurensohn.»

Jenseits von westlichem Kalkül: Was macht einen «guten Diktator» aus? Robert D. Kaplan nähert sich dem Phänomen in seinem neusten Buch, «Asia's Cauldron. The South China Sea and the End of a Stable Pacific», anhand eines hier wenig bekannten Regenten Südasiens: Lee Kuan Yew, 1959 bis 1990 Premierminister von Singapur. Während der ersten Phase seiner Herrschaft pflegte Lee einen autoritären Stil, genauso wie Ben Ali in Tunesien. Doch während Ben Ali bis zu seinem Sturz 2011 im Stile eines Geheimdienstschlägertyps agierte, Brutalität mit extremer Korruption verband und so gut wie keine Reformen in Angriff nahm, startete das kleine Singapur unter Lees Führung durch. In bloss drei Jahrzehnten stieg der Zwergstaat «von einem Malariahöhlenloch mit verstopften Abwasserleitungen zu einem Wirtschaftsdynamo» auf. Heute floriert Singapur auf dem Niveau der wohlhabendsten Länder des Westens, glänzt durch Effizienz und einen hohen Lebensstandard.

Das Verdienst für diesen Aufstieg schreibt Kaplan ausschliesslich Lee Kuan Yew zu. «Lee schuf eine Leistungsgesellschaft, eine funktionierende Verwaltung, machte Stadtplanung von Weltklasse.» 1923 geboren, wurde er nachhaltig durch die brutale Besetzung Japans in den vierziger Jahren geprägt. «Die dreieinhalb Jahre unter japanischer Okkupation waren die



Fortschritt für Abermillionen: Deng Xiaoping.

wichtigste Erfahrung meines Lebens», schreibt Lee, der an der London School of Economics und in Cambridge studiert hatte, in seinen Memoiren «The Singapore Story». «Sie gaben mir tiefe Einsicht in das menschliche Verhalten... Die Japaner verlangten totale Unterordnung, und sie erhielten sie. Die Strafen waren derart hart, dass Kriminalität kaum Fuss fasste.»

Für Kaplan belegt Lee exemplarisch, dass Demokratie nicht zwingend eine Bedingung für wirtschaftlichen Erfolg ist, wie viele westliche Intellektuelle insinuieren. «Eine quasi-autokratische Führung kann in einem armen Land rascher und nachhaltiger zu wirtschaftlichen Erfolgen führen als ein chaotisches Parlamentssystem.» Ein Blick auf Pakistan führt vor Augen, was Kaplan damit meint. Dort wurden

SCHWEIZERISCHE
Gewerbezeitung

DIE ZEITUNG FÜR KMU

Morgen Freitag in der KMU-Presse:

■ **Berufsmeisterschaften**

SwissSkills 2014 auf Kurs

■ **Geldspielgesetz**

Online-Spiel im Inland halten

■ **KMU-Event synergy 2014**

Hiesige High-Tech-KMU top

www.gewerbezeitung.ch



Höhere Lebensqualität: Mahathir Mohamad.

in den letzten Jahrzehnten Premierminister – von Nawas Scharif über seine Rivalin Benazir Bhutto bis zu deren Witwer Asif Ali Zardari – zwar vom Volk gewählt, zeigten sich jedoch als miserable Administratoren, herrschten auf eine zutiefst korrupte Art, destabilisierten ihr Land und bereiteten den Boden für religiöse Fanatiker. «Sie galten als Demokraten», so Kaplan, «aber illiberale.»

Die Staatsform, die Lee Kuan Yew in Singapur geschaffen hat, ist ein Hybrid: Kapitalismus, eingebettet in ein autokratisches Setting – eine Mischung, die man als Erfolgsrezept für eine «gute Diktatur» bezeichnen kann. Wahlen finden statt, das Resultat ist jedoch voraussagbar. Zur Wahrung der Souveränität unterhält der Herrscher ein schlagkräftiges Militär. (Singapur mit einer Fläche, die kleiner als jene des Kantons Schwyz ist, verfügt über eine ebenso starke Luftwaffe wie Australien.) Im Innern sorgt ein rigoroses Strafreime unter den fünf Millionen Einwohnern für Ruhe und Ordnung.

Lee hält mehr von Prügelstrafen für Delinquenten als von langen Gefängnisstrafen – was 2010 auch ein Schweizer IT-Consultant zu spüren bekam. Nachdem Oliver F. in einer Alkoholraune zwei U-Bahn-Waggons mit Graffiti verziert hatte, wurde er zu einer Züchtigungsstrafe verurteilt, welche gemäss Strafreglement auf einem Prügelbock mittels eines Rattanrohrs mit voller Wucht aufs nackte Hinterteil verabreicht wird.

«Fortschritt basiert auf Ordnung», bemerkte der Engländer John Stuart Mill, einer der einflussreichsten liberalen Denker des 19. Jahrhunderts, «doch Ordnung garantiert keinen Fortschritt.» Darin liegt das Dilemma der Diktaturen. Nur wer weise und vorausblickend regiert, schafft mit seinem Volk den Sprung in den Fortschritt und Wohlstand wie Park Chung Hee in Südkorea oder hält zumindest einen



Schein wahren: Kim Jong Un.

stabilen Status quo wie Sultan Qabus von Oman oder König Mohammed VI. von Marokko. Wer auf reine Repression setzt, bleibt auf einem darbenenden Polizeistaat sitzen und riskiert, dass das Volk unter Armut und Ausweglosigkeit gegen ihn revoltiert.

Wertekanon des Konfuzianismus

Ist es allein eine Frage des Charakters, ob jemand ein guter Diktator ist, oder gibt es Gebiete und Gesellschaften, wo eine gute Diktatur eher aufkeimt als in anderen? Kaplan stellt ein Muster fest: «Aufs Ganze gesehen, schneiden asiatische Diktatoren besser ab als jene im Nahen Osten.» Deng in China, Lee in Singapur, Park in Südkorea, Mahathir in Malaysia, Tschiang Kai-schek in Taiwan – sie alle regierten mehr oder weniger autoritär. Aber ihre Autokratien führten zu wirtschaftlicher und technologischer Entwicklung, zu besseren Verwaltungen und höherer Lebensqualität.

«Was noch wichtiger ist», so Kaplan in einem Essay für Stratfor, einen US-amerikanischen Think-Tank, «ihre Herrschaft, so fehlerhaft sie gewesen sein mag, hat ihre Gesellschaften alles in allem besser auf spätere demokratische Reformen vorbereitet.» Noch ein Merkmal sieht Kaplan diesen «wohlmeinenden Diktatoren» gemein: «Alle diese Männer, auch der Muslim Mahathir, wurden – und sei es nur indirekt oder vage – durch den Wertekanon des Konfuzianismus geprägt: Respekt vor Hierarchien, vor Älteren und ganz allgemein eine ethische Lebensführung in dieser Welt hier und jetzt.»

Als den «moralisch verwirrendsten Fall» bezeichnet Kaplan den des chilenischen Diktators Augusto Pinochet. In den siebziger und achtziger Jahren schuf er mehr als eine Million neuer Arbeitsplätze, reduzierte die Kindersterblichkeit und senkte den Anteil der Armen von einem Drittel auf zehn Prozent. Chile war damals



Stabiler Status quo: Sultan Qabus von Oman.

eines der wenigen nichtasiatischen Länder der Welt mit zweistelligen Zuwachsraten asiatischer Grössenordnung. «Pinochet hat sein Land gut auf die spätere Demokratie vorbereitet, und seine Wirtschaftspolitik wurde zum Vorbild für Entwicklungsländer und die postkommunistische Welt», so Kaplan. «Zugleich ist Pinochet zu Recht das grösste Hassobjekt von Liberalen und Humanisten in der ganzen Welt, weil er jahrelang systematisch Zehntausende foltern liess.» Wo also wäre er einzuordnen auf der Skala zwischen «gut» und «böse»?

Durchs grobe Raster fallen auch Russlands Herrscher. Seit dem Zerfall des sowjetischen Riesenreichs zeigt der russische Rumpfstaat verschiedene Gesichter. In den neunziger Jahren wurde Boris Jelzin im Westen als Demokrat gepriesen. Seine undisziplinierte Herrschaft führte jedoch ins wirtschaftliche und soziale Chaos. Wladimir Putin dagegen wird im Westen konsequent verschmäht und steht für alles Böse in Russland.

Gewiss kommt Putin dem Bild eines autoritären Herrschers viel näher als Jelzin oder Gorbatschow, aber er ist kein klassischer Diktator wie sein weissrussischer Kollege Lukaschenko. Putin ist ein extremer Machtpolitiker und reizt das Gesetz bis aufs Äusserste aus, und wenn es ihm nötig scheint, geht er darüber hinweg. Gleichzeitig hat er Russland ein gewisses Mass an Stabilität zurückgegeben. Dies, ohne die Menschen massenweise verschwinden zu lassen oder sie in sibirische Arbeitslager zu schicken wie die Zaren und Sowjetkommissare vor ihm.

«Putin ist ein KGB-Mann», sagte der am Samstag verstorbene Peter Scholl-Latour der *Weltwoche* in einem seiner letzten Interviews, «aber vielleicht braucht man so einen an der Spitze eines Landes, das immer nur autokratisch regiert worden ist.»

Wir finden die Wahrheit.

Jeden Donnerstag fundierte Recherchen und interessante Artikel aus Politik, Gesellschaft und Kultur. Sie haben noch kein Abo? Jetzt bestellen über Telefon 043 444 57 01 oder www.weltwoche.ch/probeabo. Selbstverständlich auch online und übers Handy verfügbar.

DIE  **WELTWOCH**



Georgien – Russland 5:0

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte steht seit einiger Zeit in der Kritik, weil er sich zu sehr in die nationalen Rechtsordnungen einmischt. Er kann auch anders.

Von Martin Schubarth

Die Nachricht während der Fussball-WM liess aufhorchen: Russland verliert in Strassburg gegen Georgien mit 0:5. Schiedsrichter waren fünfzehn neutrale Richter des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR).

Worum geht es? Um die Massendeportation von Tausenden von Georgiern vor acht Jahren unter Missachtung elementarster menschenrechtlicher Grundsätze. Der Gerichtshof verurteilt Russland auf Klage von Georgien wegen Verletzung (1) des Verbots von Massenausweisung, (2) des Rechts auf Freiheit und Sicherheit, (3) des Rechts auf gerichtliche Überprüfung von Inhaftierung, (4) des Verbots von unmenschlicher und erniedrigender Behandlung; (5) des Rechts auf eine wirksame Beschwerde. Hinzu kommt noch eine Verurteilung, weil Russland sich geweigert hat, für die Beurteilung der Klage wichtige Unterlagen dem Gericht zur Verfügung zu stellen; der Sache nach also eine Art rote Karte wegen qualifizierter Schiedsrichterbeleidigung.

Enorme Bedeutung

Im Herbst 2006 hatten die russischen Behörden rund 4000 georgische Staatsangehörige festgenommen, unter teils unmenschlichen Umständen gefangen gehalten und schliesslich nach Georgien deportiert. Das Urteil des EGMR bestätigt, dass sich Russland, wie wir auch dieses Jahr bei der kriminellen Besetzung der Krim sehen konnten, keinen Deut um Menschenrechte und völkerrechtliche Verpflichtungen schert, wenn es politisch etwas durchsetzen will.

Der EGMR steht seit einiger Zeit in der Kritik, weil er sich zu sehr in die nationalen Rechtsordnungen einmischt. Dass er es auch anders kann, zeigt das Urteil der Grossen Kammer vom 1. Juli 2014, mit dem er eine Beschwerde gegen das Burkaverbot in Frankreich abgewiesen hat und damit wie bereits im Jahre 2011, als eine Beschwerde wegen Kruzifixen in italienischen Klassenzimmern abgewiesen wurde, die nötige Zurückhaltung gegenüber dem nationalen Gesetzgeber zum Ausdruck gebracht hat.

Welches die zentrale Aufgabe des EGMR ist, zeigt der hier besprochene Fall Georgien gegen Russland. Es geht um den Schutz elementarer Menschenrechte, vor allem in Fällen, in denen sich ein Land wie vorliegend Russland um die Menschenrechte foutiert. Man kann die Bedeutung des EGMR für derartige Fälle

nicht genug unterstreichen. Eine weitere Staatenklage von Georgien gegen Russland ist in Strassburg anhängig. Georgien wirft Russland darin zahlreiche Menschenrechtsverletzungen gegen die Zivilbevölkerung in Südossetien und Abchasien vor, begangen im Zusammenhang mit den kriegerischen Auseinandersetzungen im Sommer 2008. Der Vorwurf geht dahin, russische Soldaten hätten Menschen aus ihren Häusern vertrieben, gefoltert und getötet.

Die Staatenklage ist ein relativ selten genutztes Instrument. In der Regel befasst sich der EGMR mit Beschwerden einzelner Bürger. Grundsätzlich kann aber jeder Europarat-Staat einen anderen Staat wegen Verletzung von Menschenrechten beim EGMR verklagen. Beispiele: Nach dem Militärputsch in Griechenland im Jahre 1968 klagten Dänemark, Norwegen, Schweden und die Niederlande gegen Griechenland; nach einem Militärputsch im Jahre 1982 in der Türkei klagten die gleichen Staaten sowie Frankreich gegen die Türkei. Die Bewältigung solcher Klagen stellt für den Gerichtshof eine grosse Belastung dar, da er den Sachverhalt abklären muss, und das mit einer bescheidenen Infrastruktur.

Es bleibt abzuwarten, ob es auch wegen der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim zu einer weiteren Staatenklage gegen Russland kommt; gegebenenfalls auch wegen des Verdachts menschenrechtswidriger Aktivitäten russischer Geheimdienste in der Ukraine.

«Als Nächstes Alaska»

Der Fall Georgien gegen Russland macht deutlich, wie gestört das Verhältnis Russlands gegenüber den Menschenrechten ist. Nach der Implosion der Sowjetunion im Jahre 1991 hoffte man auf eine rechtsstaatliche Entwicklung in Russland. Trotz grossen Bedenken wurde Russland in den Europarat aufgenommen, vor allem in der Meinung, Russland dadurch stärker in rechtsstaatliche Prinzipien einbinden zu können. Russland ratifizierte die Europäische Menschenrechtskonvention und anerkannte damit, völkerrechtlich verbindlich, die Strassburger Gerichtsbarkeit.

Die Tätigkeit des nach dem Umbruch neuerrichteten russischen Verfassungsgerichts, das anfangs auch einige rechtsstaatliche Impulse geben konnte, wurde bereits von Jelzin durchs Präsidialdekret vom 7. 10. 1993 für eineinhalb Jahre unterbrochen. Mit dem Amtsantritt Putins wurde das Gericht immer mehr zum

Fremdkörper in einer politischen Kultur, die sich durch die Abneigung gegen kritische Stellungnahmen und Diskussionen kennzeichnet.

Mit der Rückbesinnung auf russische Traditionen und Werte wurde offenbar auch der Sinn der in der Euphorie des Zusammenbruchs der Sowjetunion geschaffenen Verfas-



Missachtung elementarster menschenrechtlicher

sungsgerichtsbarkeit in Frage gestellt. Im Rahmen dieser putinschen Gegenrevolution wurde 2008 das Verfassungsgericht ungefragt von Moskau nach St. Petersburg verlegt. Das hatte vor allem einen massiven Verlust von Know-how zur Folge, da viele Mitarbeiter nicht nach St. Petersburg wechseln wollten.

Dem Gericht wurde in St. Petersburg das Gebäudeensemble Senat und Synod, erbaut 1829–1834, zugewiesen, wohl nicht ohne Hintergedanken. Denn im 1711 von Peter dem Grossen gegründeten Senat, eine die inneren Angelegenheiten überwachende Behörde sowie oberste Justizbehörde, traf sich vor der Oktoberrevolution der Hochadel; im 1721 errichteten Heiligsten Regierenden Synod,

höchstes Gericht und oberste Behörde für die russisch-orthodoxe Kirche, trafen sich die obersten Geistlichen. Die in der Verlegung des Verfassungsgerichtes in diesen geschichtsträchtigen Gebäudekomplex liegende Rückbesinnung auf russische Traditionen springt ins Auge.

Welche Folgen diese Rückbesinnung in Verbindung mit der seit Monaten laufenden Beeinflussung der russischen Bevölkerung durch eine gezielte Lügenpropaganda hat, zeigen folgende Beispiele. Nach der Annexion der Krim sagte mir eine junge Russin ungeniert: «Als Nächstes nehmen wir uns Alaska zurück.» Alaska ist bekanntlich 1867 vom Zarenreich an die USA verkauft worden.

Anderes Beispiel: Ein Dozent für Slawistik, russischer Staatsangehöriger, seit Jahren im Westen an verschiedenen Hochschulen tätig, in seinem Inneren – unbeeinflusst von rechtsstaatlichem Denken – ein Stalinist geblieben, kommt nach der Annexion der Krim aus Moskau zurück und erzählt mit leuchtenden Augen, wie er freudig auf dem Roten Platz an den Feierlichkeiten zur Annexion der Krim teilgenommen habe. An diesem Anlass wurde ein völkerrechtswidriger Vorgang mit Feuerwerk abgefeiert, so wie im «Grossen Vaterländischen Krieg», dem Zweiten Weltkrieg, in dem ab dem 5. August 1943 jede Rückeroberung einer von den Deutschen besetzten Stadt mit einem Siegesfeuerwerk gefeiert worden war, insgesamt 354-mal.

Verehrung wie für den Zaren

Und schliesslich ein Nachfahre einer monarchistischen russischen Familie, die nach der Oktoberrevolution vor den Bolschewiken aus ihrer Heimat fliehen musste. Er ist aktiv in der russisch-orthodoxen Kirche – plötzlich betet er Putin, einen Emporkömmling aus dem ehemaligen KGB, der Nachfolgeorganisation des von den Bolschewiken geschaffenen Inlandgeheimdienstes NKWD, an, wie einst seine Familie den Zaren verehrt hatte. Er will nichts davon wissen, dass die Annexion der Krim eine völkerrechtswidrige Aggression gegen die souveräne Ukraine darstellt, und ist unfähig, zu realisieren, dass dieser Akt die von ihm vertretene Einheit der Orthodoxie massiv gefährdet, weil er den definitiven Bruch zwischen Moskau und Kiew bewirken und zu einem Schisma in der Orthodoxie führen könnte. Hier wird die heillose Verblendung deutlich, die es unmöglich macht, zu sehen, wie zweischneidig die Rückbesinnung auf traditionelle russische Werte sein kann.

Von der Massendeportation der Georgier bis zur heute stattfindenden Repression der Krimtataren und zu den schmutzigen Aktivitäten des russischen Militärgeschichtsdienstes in der Ostukraine – von der rechtsstaatlichen Euphorie der Anfangsjahre nach dem Umbruch von 1991 ist in Russland nichts übriggeblieben. Strassburg wird noch einige Verbrechen zu beurteilen haben. Der Preis, den der EGMR als Folge der Aufnahme Russlands in den Europarat bezahlt, ist hoch.

Bleibt die Hoffnung, er werde sich eines Tages in ferner Zukunft auszahlen. Und dass Putin nicht zuvor Montreux annektiert – zum Schutze der dort lebenden Russen vor unerwünschter Infiltration durch helvetisches demokratisches und rechtsstaatliches Denken.



Grundsätze: Putin auf der Krim, 13. August 2014.

Martin Schubarth ist Jurist und ehemaliger Bundesrichter.

Orwells widerspenstige Blumenzüchter

Der unorthodoxe britische Sozialist George Orwell sah in der emotionalen Bindung an die Nation kein Zeichen der Rückständigkeit. Er betrachtete sie vielmehr als freiheitlichen Schutzwall gegen die unter dem Banner des universalen Fortschritts marschierenden Totalitarismen seiner Zeit. *Von Oliver Zimmer*



Wahrnehmung und Gefühl: Schriftsteller Orwell.

«So hat, wer aus dem Ausland nach England zurückkehrt, sofort das Gefühl, eine andere Luft einzuatmen.» George Orwell, 1941

Gewisse Fragen wirft die Geschichte der Moderne unabhängig vom Diktat der historischen Jubiläenindustrie immer wieder auf. Dazu gehört, wie man nicht erst seit den letzten Europawahlen weiss, diejenige nach der nationalen Zugehörigkeit. Die Frage, warum die meisten Europäer ihre Nation trotz gegenläufiger Empfehlungen nicht als historisches Auslaufmodell betrachten, gilt bei Befürwortern einer mit staatlichen Machtbefugnissen ausgestatteten EU bestenfalls als unzeitgemäss. Wahrscheinlich muss man sie ja gerade deshalb erneut stellen. Beim Versuch, sie zu beantworten, stossen Wissenschaftler zuweilen an ihre Grenzen. Als Historiker, der sich schon lange mit dem Thema Nation und Nationalstaat beschäftigt, stelle ich das nicht ohne eine gewisse Ernüchterung fest.

Natürlich waren Forscher in den letzten Jahrzehnten keineswegs untätig. So wiesen Sozialwissenschaftler auf die Bedingungen hin, die nötig waren, damit Menschen, die in ihren Dörfern und Städten in relativer Isolation voneinander lebten, sich ein nationales Gebilde überhaupt vorstellen konnten. Ohne die Kommunikationsrevolution, die mit der Reformation begann und sich mit der Verbreitung populärer Lesestoffe (Pamphlete, populäre Literatur, Zeitungen) weiter ausdehnte, wäre das nicht möglich gewesen. Erst jetzt waren Zeitgenossen, die voneinander wenig bis gar nichts wussten, überhaupt in der Lage, eine Gemeinschaft wie die Nation zu denken. Die Industrialisierung, die in England ihren Anfang nahm und im Laufe des 19. Jahrhunderts auf Europa und Nordamerika übergriff, begünstigte diese Entwicklung; und dasselbe gilt selbstredend für Postverkehr, Telegrafie und Eisenbahn.

Scharfsichtiger Abwechler

Darüber hinaus haben vor allem Historiker auf die Bedeutung von Ideologien für die Entstehung moderner Nationalstaaten hingewiesen. Einige betonten die Rolle nationalistischer Ideologien bei der Mobilisierung sozial und kulturell heterogener Bevölkerungen; andere begriffen nationales Bewusstsein als Resultat gezielter ideologischer Manipulation «von oben». Menschen begannen, sich mit einer Nation zu identifizieren, so heisst es, weil nationalistische Eliten sie dazu überredeten; den Rest besorgten, mit leichter Verzögerung, die Volksschulen, in denen die Jugend durch Unterricht in Geschichte, Geografie und Sprache zu strammen Patrioten geformt wurde. Hier waren, folgt man dieser Interpretation, mächtige und bisweilen zynische Kräfte am Werk.

All diesen Erklärungsversuchen ist gemein, dass sie von einem eher passiven Menschenbild ausgehen: Wer sich mit einem bestimmten Land identifiziert, tut dies aus einer Position



Selbsternannte Kosmopoliten: Juncker (l.), Barroso.

relativer Ignoranz heraus. Anders formuliert: Wir sind lediglich das Produkt der institutionellen Entwicklungen und ideologischen Strategien, die unserer Zeit ihren sprichwörtlichen Stempel aufdrücken. Dass es sich beim Phänomen der nationalen Loyalität weniger um den verinnerlichten Zeitgeist (um es klassisch-marxistisch zu formulieren: um das zum Common Sense gewordene falsche Bewusstsein) handeln möge als um etwas, womit sich Menschen aus freien Stücken identifizieren, ist das Credo einer Minderheit geblieben. Noch weniger Kredit genießt die Vorstellung, dass zwischen der vorgestellten Gemeinschaft der Nation und dem alltäglichen Leben der Menschen eine sinnvolle Verbindung bestehe.

Einer der Scharfsichtigsten unter den Abwechlern ist George Orwell. 1941 – deutsche Bomber kreisten gerade über ihm – machte sich Orwell Gedanken über England. Er war zu diesem Zeitpunkt 38 Jahre alt. Der als Sohn eines britischen Kolonialbeamten in Indien geborene Schriftsteller meldete sich im Sommer 1940 in London zum Kriegsdienst, doch aufgrund seiner angeschlagenen Gesundheit (er starb bereits 1950 an Tuberkulose) erklärte ihn das zuständige Ministerium für dienstuntauglich. Von diesem Moment an konzentrierte Orwell seine ganze Kraft auf die geistige Verteidigung seines Landes. Die Welt sollte wissen, was die britische Kultur ausmachte; denn diese Kultur – und mit dieser Befürchtung stand Orwell damals bekanntlich keineswegs allein – war in seinen Augen vom Untergang bedroht. In einem der originellsten politischen Essays des 20. Jahrhunderts mit dem Titel «England Your England» (es handelt sich um den Anfang des längeren Essays «The Lion and the Unicorn: Socialism and the English Genius») beschrieb er seine

Heimat auf jene scharfsinnig-humorvolle Weise, die seinen Ruf als Publizist begründete.

Orwell war kein Freund wissenschaftlich verbrämter Verallgemeinerungen. Dafür war sein Denken zu originell, war er als Persönlichkeit zu unabhängig. Für ihn stand ausser Zweifel, dass dem Phänomen nationaler Zugehörigkeit einzig mit einer klaren, der genauen Beobachtung verpflichteten, dabei dennoch bildreichen Sprache beizukommen sei. Dabei richtete er sein Augenmerk zunächst auf die Schwächen der britischen Gesellschaft. Das klang dann bei

Als Sozialist fiel es Orwell nicht leicht, sich die Anziehungskraft nationaler Loyalität einzugestehen.

spielsweise so: «England ist die ausgeprägteste Klassengesellschaft unter der Sonne. Wie kein anderes Land wird es beherrscht von Snobismus und Privilegien. Bei alledem sollte man sich aber gewahr sein, dass England eine emotionale Einheit bildet. In Momenten extremer Krise fühlen die Menschen sich als Einheit und handeln entsprechend.» Auf den nächsten Seiten beginnen sich die Metaphern dann auffällig zu häufen, etwa wenn er England und seine Machteliten folgendermassen beschreibt: «Eine Familie, deren junge Mitglieder mit Verachtung gestraft und deren Macht sich in den Händen verantwortungsloser Onkel und bettlägeriger Tanten konzentriert. Dennoch handelt es sich um eine Familie.»

Und doch erwiesen sich für Orwell gerade die alten aristokratischen Eliten dank ihrer erprobten Kriegstüchtigkeit zusammen mit der urbanen Arbeiterschaft als die Grundfesten nationaler Selbstbestimmung. Sie seien der Nähr-

boden für jene Art von nationalem Patriotismus, der im Kampf gegen den Totalitarismus unverzichtbar sei. Als demokratischem Sozialisten fiel es Orwell keineswegs leicht, sich die Anziehungskraft nationaler Loyalität einzugestehen. Sein undogmatisches Denken – Orwell stand mit der marxistischen Orthodoxie genauso auf Kriegsfuss wie mit den faschistischen Varianten totalitärer Ideologie und Praxis – liessen indes nichts anderes zu. Orwell beobachtete genau, und er hatte die Fähigkeit, allgemein Wichtiges an scheinbar trivialen Begebenheiten des Alltagslebens abzulesen.

Volk von Blumenzüchtern

Zwei Grundannahmen prägten Orwells Denken spätestens seit Ausbruch des Zweiten Weltkriegs. Einerseits anerkannte er nationale Unterschiede als unleugbare Tatsache, die es weder zu bedauern noch zu glorifizieren galt: «Bis vor kurzem galt es als opportun zu behaupten, dass sich Menschen in ihrem Wesen kaum voneinander unterscheiden. Nun weiss jeder, der Augen im Kopf hat, dass sich menschliches Verhalten von Land zu Land enorm voneinander unterscheidet.» Zum anderen sah er im Internationalismus der liberalen und sozialistischen Eliten eine zunehmend negative Kraft. Eine Welle des wirklichkeitsfremden Kosmopolitismus habe die nationale Abwehrbereitschaft Grossbritanniens seit den zwanziger Jahren in einem bedenklichen Masse geschwächt – ein Vorgang, der sich langsam und beinahe unmerklich vollzogen habe. Eine Kultur der abschätzigen Überheblichkeit gegenüber nationalen Besonderheiten und patriotischen Gefühlen sei zur Selbstverständlichkeit geworden.

Dann folgt eine Reihe von scheinbar belanglosen Betrachtungen. Zunächst: Engländer seien Blumenliebhaber. Selbstverständlich würden Blumen auch in andern Ländern in grosser Anzahl gepflanzt, gehegt und gepflegt; und dennoch sei die englische Blumenliebhaberei, was ihre tiefere Bedeutung anbelange, einzigartig. Diese habe weder mit der Ästhetik der Gewächse noch mit der Anbetung der Natur das Geringste zu tun. Beides – die Ästhetik und der Kult der Natur – sei auf der Insel durchaus weniger entwickelt als in vielen Ländern auf dem europäischen Kontinent. Bei der englischen Blumenobsession komme vielmehr etwas Grundlegendes, in der Psychologie der Nation Wurzelndes zum Vorschein. Zusammen mit anderen in England weitverbreiteten Freizeitbeschäftigungen – man denke nur an das Briefmarkensammeln und Taubenzüchten, die Amateurschreinerei, das Dartspielen und das Pub-Quiz oder an die soziale Klassen transzendierende Begeisterung für Kreuzworträtsel – zeige sich darin der unantastbare Respekt vor dem privaten, der staatlichen Kontrolle entzogenen Leben.

Diese grosse Wertschätzung der Privatsphäre entspringt für Orwell nur zum Teil dem Indivi-



Zynische Kräfte: Bombardierung Londons, 1940.

dualismus. Es geht hier vielmehr um die Erhaltung eines Raums, in dem Menschen freiwillig, mit Hilfe selbstgestalteter Spielregeln, Vorlieben und Ausdrucksformen zueinander in Beziehung treten. In diesen nur scheinbar belanglosen Betätigungen manifestieren sich zwei in der britischen Kultur tiefverankerte, eng aufeinander bezogene Dinge: das unstillbare Bedürfnis nach einer anarchischen Art von Freiheit und gleichzeitig eine tiefverankerte Skepsis gegenüber jeder Art von offiziell verordneter Kultur. Diese Skepsis zeige sich selbst bei der weitverbreiteten Loyalität gegenüber der britischen Königsfamilie. Auch bei dieser Bindung an eine traditionelle Institution, die Kontinuität und charismatisches Spektakel verspricht, gehe es letztlich um die Belebung jener privaten, der staatlichen Macht entzogenen Sphäre. Es sei deshalb kein Zufall, dass die britische Regierung zu keinem Zeitpunkt demonstrativ als Förderin der Royals aufgetreten sei. Wäre dies der Fall gewesen, hätte sich die Monarchie nicht halten können.

Mischform aus Biedermeier und Sponti

Ein paar Zeilen später bringt Orwell seine These auf den Punkt: Politiker seien in England lediglich geduldet, instinktiv misstrauen ihnen die Bevölkerung aber schon deshalb, weil sie sich aufgrund ihrer Interessen und ihres sozialen Verkehrs in einer Welt bewegten, zu der die meisten Menschen keinen Zugang hätten. Der Gedanke ist so plausibel wie radikal: Demokratische Gemeinwesen verdanken ihre Lebendigkeit nicht den Anweisungen und Regeln, die aufgrund ihrer angeblichen rationalen oder moralischen Überlegenheit Geltungskraft erlangen sollen; sondern – man höre und staune – jenen, die sich aus reinem Spass dem Brief-

markensammeln, Dartspielen, Biertrinken, Kreuzworträtsel-Lösen oder Blumenzüchten verschrieben haben; denn jene Kreaturen – eine Mischform aus Biedermeier und Sponti – verhinderten, so Orwell, durch ihr Treiben den Vormarsch totalitärer Staatsmacht. Anders formuliert: Sie sind es, die den liberaldemokratisch verfassten Nationalstaat, notfalls mit grossen persönlichen Opfern, verteidigen.

Diese auf den ersten Blick sanftmütigen Bürger seien in Wirklichkeit nur schwer kontrollierbar. Weder mit der Moral der anglikanischen Kirche noch mit den diversen evangelischen Sekten hätten sie etwas zu schaffen. Typisch seien hingegen: ein Hang zu übermässigem Bierkonsum, ungehobelte Rede, Spielsucht, demonstrative Ironisierung jeder Form öffentlicher Autorität. Religiöse Institutionen würden in Grossbritannien nur so lange respektiert, wie sie der Versuchung widerstünden, die Privatsphäre der Menschen mit ihrer Moral zu überziehen. Selbst bei den an jedem Kiosk in grosser Zahl feilgebotenen populären Postkarten sei die ironische Demaskierung offizieller Macht und ihrer Träger das Hauptmotiv. Heilig bleibt in einer so disponierten Kultur, so Orwell sinngemäss, allein jene öffentliche Sphäre, deren Realität sich privater Initiative verdankt. Spätestens hier fühlt man sich an das erinnert, was Alexis de Tocqueville in seinen berühmten Beobachtungen zur demokratischen Praxis in den nordamerikanischen Siedlerkolonien so eindringlich beschrieb.

Ob man mit Orwells Charakterisierung der britischen Gesellschaft im Detail übereinstimmt, scheint mir unerheblich. Worauf es ankommt, ist die Einsicht, die seinem Essay zugrunde liegt. Dabei handelt es sich um so etwas wie eine kleine Theorie nationaler Identität: Menschen erkennen sich in bestimmten, scheinbar belanglosen Vorlieben, Beschäftigungen und ästhetischen Formen wieder und gleichzeitig erkennen sie diejenigen, die diese mit ihnen teilen, als Mitglieder derselben (nationalen) Gemeinschaft. Dass dieses Sich-selbst-Erkennen oft unbewusst geschieht, macht es nicht weniger bedeutungsvoll. Bei der Bindung an die Nation handelt es sich für Orwell somit um ein Phänomen, das sich rationaler Erklärung weitgehend entzieht. Letztlich geht es um ein Gefühl, das seinen Ausdruck nicht vornehmlich in Worten, sondern in Gesten, Bildern und Verhaltensmustern findet. Es geht nicht um eine normativ oder philosophisch hergeleitete, sondern um eine subjektive, der Erfahrung von Menschen gründende Wahrheit. Es geht, leicht metaphorisch gewendet, um die Töne, Gerüche und Rhythmen des Lebens.

Nationale Zugehörigkeitsgefühle, so könnte man im Sinne Orwells sagen, sind das Resultat langfristiger historischer Entwicklungen und der dabei immer wieder auftretenden Interessenkonflikte. Diese lassen sich weder verordnen noch planen. Man kann die nationalen Selbst-

beschreibungen, auf denen diese Gefühle basieren, in Anlehnung an gängige Sprachregelungen als Fiktionen bezeichnen, wenn man will; dann besteht allerdings die Gefahr, dass man den wohl entscheidenden Punkt verfehlt, nämlich dass nationale Loyalität auf der Verbindung von relativ abstrakten kollektiven Selbstbeschreibungen – etwa bestimmten Vorstellungen von Freiheit und demokratischer Mitbestimmung – mit der Erfahrungswirklichkeit von Menschen gründet. Über diese Rituale des Alltags, die Orwell für England so facetten-

Politiker seien in England lediglich geduldet, instinktiv misstrauen ihnen die Bevölkerung.

reich beschreibt, gewinnt die in den Köpfen existierende Nation ihre konkrete Gestalt; über sie wird sie den Menschen zugänglich, wächst sie ihnen sozusagen ans Herz. Wahrnehmung und Gefühl verschränken sich – mit Wirklichkeit stiftenden Folgen.

Kardinalproblem der EU

Genau in diesem Punkt zeigt sich die Überlegenheit der Nation gegenüber dem Projekt der Europäischen Union. Letzteres gründet auf einem Bündel abstrakter Werte und Regeln; die Verbindung mit dem Alltag der Menschen fehlt weitgehend – ausser, so liesse sich anfügen, für das administrative und politische Personal der EU. Im Gegensatz zu diesen Berufseuropäern bekunden viele Bürger in Europa jedoch offenbar Mühe, ihre lebensweltliche Erfahrung sinnvoll mit der Wirklichkeit einer europäischen Gemeinschaft zu verbinden. Vielleicht hat man sich ja auch deshalb, in voller Kenntnis der erheblichen volkswirtschaftlichen Risiken eines solchen Schritts, dazu entschlossen, eine europäische Einheitswährung einzuführen, denn hiermit wurde zweifellos ein gutes Stück All-

tagswirklichkeit geschaffen. Auch die real existierende Personenfreizügigkeit gehört in diesen Bereich, und wie der Euro verkörpert auch sie die Negierung – die stillschweigend verordnete Nichtanerkennung – nationaler Souveränität. Die Projektion der eigenen Lebenswelt auf die nationale Gemeinschaft – vielleicht handelt es sich bei dieser eingeübten Übertragung von der kleinen auf die grosse Einheit ja um den Kern des Nationalgefühls – erweist sich bei der Europäischen Union offensichtlich als schwierig. Darin besteht das Kardinalproblem der EU und nicht, wie reflexartig behauptet wird, im angeblichen Vormarsch der Populisten. Hier verwechselt man die Ursache eines Problems mit seinen Folgen.

Vielleicht sollte man, aus gegebenem Anlass, noch einen letzten Punkt kurz ansprechen. Er betrifft die Frage, ob es sich bei der Nation um etwas Kleinkariertes und ob es sich bei denen, die sich auch heute noch mit einer bestimmten Nation identifizieren, um engstirnige, gegen alles Fremde misstrauisch gestimmte Menschen handle. Selbsternannte Kosmopoliten (meist handelt es sich dabei nach meiner Erfahrung um Leute, die ihren Sprachraum nie für länger als einige Monate verlassen haben) behaupten oft, das Festhalten am Nationalen sei Ausdruck einer mit Scheuklappen behafteten Persönlichkeit. Dies sei bedauerndswert oder sogar gefährlich, zumal in einer Zeit der Globalisierung, in der Weltoffenheit gefragt sei. Man spricht von nationalen Obsessionen und von einem bedenklichen Nationalismus, wenn Bürger zum Ausdruck bringen, dass sie trotz Zunahme globaler Verflechtungen (die übrigens schon lange vor dem letzten Jahrhundert einsetzten) am Prinzip der nationalen Selbstbestimmung festhalten wollen. Man bemüht das Szenario eines drohenden Krieges, bringt die Soldatengräber der beiden Weltkriege ins Spiel, wenn europäische Bürger ihre Unzufriedenheit mit der Entwicklung der Europäischen Union offen kundtun.

Die horizontale Gemeinschaft

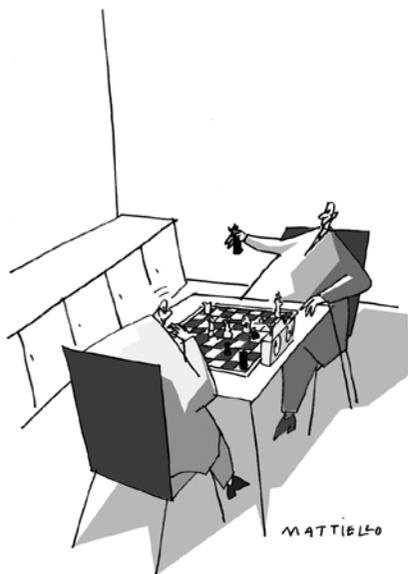
Ich vermute, bei diesen Mahnungen und vorwurfsvollen Drohgebärden handle es sich mitunter um eine Projektion, das Produkt eines selbstgefälligen Konformismus. Bei allen berechtigten Warnungen vor aggressiven Nationalismen: Die Gleichsetzung des Nationalen mit einer engstirnigen Sicht auf die Welt ist, historisch gesehen, keineswegs überzeugend. Der Südostasien-Spezialist Benedict Anderson hat in seinem berühmten Werk zum Nationalismus die Nation als horizontale Gemeinschaft («horizontal comradeship») bezeichnet. Was Anderson mit diesem Begriff zum Ausdruck bringen wollte: Die Nation ist von allen exklusiven Gemeinschaften die offenste. Zu ihren Zulassungskriterien gehört weder ein Universitätsabschluss noch ein Parteibuch oder eine bestimmte politische Gesinnung. Bei einer

politischen Willensnation handelt es sich vielmehr um eine historische und kulturelle Wertegemeinschaft, die sich immer wieder neu finden und begründen muss. Diese Gemeinschaft ist, wie alle menschlichen Kreationen, die eine gewisse Lebendigkeit entfalten, weit davon entfernt, ein perfektes Gebilde zu sein.

Eine moderne Nation wie die Schweiz ist tatsächlich einem egalitären Populismus (jeder und jede kann mitdebattieren und mitentscheiden) verpflichtet, der manch einen, der nur in elitären Zirkeln und Korporationen verkehrt, die Nase rümpfen lässt. Dem Nationalen haftet aus dieser Warte der Makel des Gewöhnlichen an. Denn in der Nation, zumal in der republikanischen, gibt es keine VIP-Lounge. So betrachtet, darf man die Frage, wer denn in der gegenwärtigen Auseinandersetzung mit den kleineren Karos unterwegs sei, ruhig noch einmal neu diskutieren.

Last, but by no means least: Linke Querdenker vom Format eines George Orwell oder Benedict Anderson, mit dem Mut zur Widerrede und einer Prise Humor gesegnet, waren zu allen Zeiten dünn gesät. In der Schweiz muss man sie momentan mit der Lupe suchen.

Oliver Zimmer ist Professor für Moderne europäische Geschichte an der Universität Oxford. Sein neustes Buch, «Remaking the Rhythms of Life: German Communities in the Age of the Nation-State», ist letztes Jahr bei Oxford University Press erschienen.



Während er sich in erotischen Träumen erging, verlor er seine Dame.



Universität
Zürich^{UZH}

Advanced Studies in Applied Ethics

Ethik – zentral zur Schärfung Ihres Profils!

Im Februar 2015 starten erneut unsere 1-3-jährigen berufsbegleitenden Weiterbildungsstudiengänge:

- Master of Advanced Studies in Applied Ethics
4 Semester (Februar 2015 bis Januar 2017)
- Diploma of Advanced Studies in Applied Ethics
3 Semester (Februar 2015 bis Oktober 2016)
- Certificate of Advanced Studies in Biomedical Ethics
2 Semester (Februar 2015 bis Oktober 2015)

Die Studiengänge vermitteln fundierte Kenntnisse in den Fragestellungen, Methoden und Positionen der Angewandten Ethik und vertiefen diese Kompetenzen zu einer eigenständigen Analyse und Beurteilung ethischer Herausforderungen.

Weitere Informationen und Anmeldung zum gesamten Angebot unter:

www.asae.uzh.ch



«Hey, kauf mich, nimm mich, dann bist du wie ich»: New York, Fifth Avenue.



Endstation Synthetik

Von Daniele Muscionico

Die Strassenbahn ist überfüllt. Sie fährt die Linie, die «Sehnsucht» heisst. Sie fährt vorbei an dünnhaarigen Bäumen, dem einsamen Briefkasten, dem Hotdogverkäufer, dessen Würstchen keiner will. Sie fährt entlang der Fifth Avenue in Manhattan, New York.

Im Wagen zur Endstation «Sehnsucht» sind alle Plätze besetzt. Darum gehen diese Menschen zu Fuss. In Latschen, Turnschuhen, in Shorts, Bermudas, in den städtischen Tarnfarben, verwaschen bis verblasst. Ganz im Gegensatz zur Giga-Gigantin und ihren Klon-Kindern, die uns im Blick haben, mit uns flirten. Frontal und offensiv tun sie das. «Hey», sagen sie, «kauf mich, nimm mich, dann bist du wie ich. Dann bist auch du ein Knaller und überlebensgross!»

Vielleicht ist es so. Aber wahrscheinlicher ist es anders.

Wahrscheinlich ist, dass der israelische Fotograf Natan Dvir überwältigt war von der Präsenz der Werbung, die Manhattan wie eine Zweithaut überzieht, als er die Stadt 2008 zum ersten Mal sah. Fasziniert begann er das Strassenbild von New York zu fotografieren, die Stadtarchitektur mit ihren *billboards*, die Peepshow des Kommerzes, grelles Verheissungsversprechen und verklebte Temporärarchitektur.

Aber wo beginnt die Werbung und wo die Wirklichkeit in der Konsumkultur? Wo sind die Grenzen, und gibt es sie überhaupt? Wer ist echter, die dargereichten Wünsche oder das wunschlose Unglück? Kaufe ich, oder bin ich längst verkauft, konsumiere ich, oder werde ich konsumiert? Und bin ich, auch wenn ich nichts will von alledem?

Natan Dvir stellt mit seinen Suchbildern der Realität Fragen, die aufschlussreicher als die Antworten sind.

Auf diesem Bild steht «Juicy Couture» auf den rosa Geschenkbändern, die das nächste Glücksversprechen für uns bereithalten. Es ist der neuste Store der kalifornischen Modemarke, die von der Mode- über die Baby- bis zur Tierkollektion alles im Angebot hat, was wir uns wünschen sollen. Vorzugsweise in Synthetik.

«Coming Soon» heisst Dvirs Fotoserie, und sie ist zum ersten Mal in der Schweiz anlässlich der Bieler Fototage zu sehen. Die 18. Auflage setzt sich mit dem Thema der Hybridisierung auseinander, denn die zeitgenössische Fotografie hat die Mittel, uns dafür die Augen zu öffnen. Im besten Fall streut sie Pfeffer hinein, Bilder wie dieses da. Es sind Geschichten von kalten Hotdogs und von anderen kleinen Würstchen.

Bieler Fototage, vom 22. August bis 14. September

Bestseller

Belletristik

- 1 (1) **Lori Nelson Spielman**: Morgen kommt ein neuer Himmel (*Fischer Krüger*)
- 2 (–) **Guillaume Musso**: Vielleicht morgen (*Pendo*)
- 3 (2) **Jean-Luc Bannalec**: Bretonisches Gold (*Kiepenheuer & Witsch*)
- 4 (–) **Judith Hermann**: Aller Liebe Anfang (*S. Fischer*)
- 5 (4) **Donna Leon**: Das goldene Ei (*Diogenes*)
- 6 (5) **Michael Robotham**: Erlöse mich (*Goldmann*)
- 7 (6) **Anna Gavalda**: Nur wer fällt, lernt fliegen (*Hanser*)
- 8 (3) **Diana Gabaldon**: Ein Schatten von Verrat und Liebe (*Blanvalet*)
- 9 (7) **Jonas Jonasson**: Die Analphabetin, die rechnen konnte (*Carl's Books*)
- 10 (9) **Isabel Allende**: Amandas Suche (*Suhrkamp*)

Sachbücher

- 1 (1) **Giulia Enders**: Darm mit Charme (*Ullstein*)
- 2 (2) **Colleen Dorsey**: Rubberband-Schmuck (*Scorpio*)
- 3 (3) **Wilhelm Schmid**: Gelassenheit (*Insel*)
- 4 (–) **Antony Beevor**: Der Zweite Weltkrieg (*Bertelsmann*)
- 5 (8) **Duden**: Die deutsche Rechtschreibung (*Bibliographisches Institut GmbH*)
- 6 (–) **Carla Bardi, Rachel Lane**: Die runden Bücher: Kuchen und Tartes (*Moewig*)
- 7 (4) **Das grosse Schweizer Buch der WM 2014** (*Reinhardt*)
- 8 (–) **Jacky Gehring**: Body Reset – Das Erfolgsprogramm (*Weltbild*)
- 9 (7) **Ronald Gohl, Yannik Kobelt, Lukas Fischer**: 1001 Ausflugsziele (*Weltbild*)
- 10 (–) **Rudolf H. Strahm**: Die Akademisierungsfalle (*Hep*)

Quelle: SBVV/Mediacontrol

Apropos: Mut zur Krise

Hier ist sie, die Oper zur bedrohten Lage der Nation. Und stünde Kappel nicht am Albis, sondern auf der Zürcher Landiwiese, das Freilichttheater hätte seine kleine, doch gross bejubelte Sensation. Dodó Deér, Bühnenkünstler en gros et en détail, hat zum 30-Jahr-Jubiläum der Aemtlers Bühne Verwegenes gewagt und lässt Kurt Schwitters' Untergangssatire «Zusammenstoss» im Klosterkreuzgang spielen. Er hat dazu eine riesige Kuppel entworfen und sich überhaupt so viel einfallen lassen, dass ein Aufführungsbesuch nicht genügen wird, um wenigstens die Hälfte des Tiefsinns halbwegs zu kapierten. Macht nichts, noch ist Gelegenheit, denn so heiter in den Untergang geht man so schnell nicht wieder. (M.D.)

Bis 13. September, www.aemtlerbuehne.ch

Autoren

Entlarvung des Ego-Marketings

Martin Walser hat aus seinen Tagebüchern, die in diesen Tagen erscheinen, eine Art private Literaturgeschichte gemacht.

Von Pia Reinacher

Das Verhältnis von Schreiben und Leben ist verschlungen. Meistens wissen Literaten nicht so genau, was sie süchtig zum Schreiben treibt – und, die es genau wissen, sind oft nicht die Besten. Ihre Fantasie ist eine Dunkelkammer – was Schriftsteller aber intuitiv spüren, ist, in welche Gemütslage sie sich versetzen müssen, damit sie daraus Einfälle generieren. Viele frönen absurden Schreibritualen, verwenden nur eine bestimmte Papierqualität, einen ganz speziellen Computer mit weicher oder harter Tastatur, scharf gespitzte Bleistifte, trinken Unmengen Kaffee, arbeiten im Halbdunklen oder in der Nacht. Martin Walsers «Tagebücher 1979–1981», die in diesen Tagen unter dem Titel «Schreiben und Leben» erscheinen, sind ein Nebenprodukt solcher Vorkehrungen. Wie viele andere Autoren auch notierte er parallel zu seiner Romanproduktion Fetzen von Lebenserfahrungen, sammelte Beobachtungen, dokumentierte Begegnungen, analysierte das Zeitgeschehen – dies alles in einer lockeren, manchmal unzusammenhängenden, jedenfalls keinem formalen Korsett unterworfenen Form.

Auf den zweiten Blick

Bei Martin Walser sind daraus Wahrnehmungslandschaften geworden, durch die man als Leser bequem spazieren kann, bestens unterhalten und mit der Kulisse einer ganzen Epoche konfrontiert. Figuren wie Woody Allen, Thomas Bernhard, Max Frisch, Siegfried und Joachim Unseld, Herbert Marcuse oder Christa Wolf tauchen aus den Untiefen der Vergangenheit. Eigene Romanfiguren geben sich ein Stelldichein. Flankiert werden die Miniaturporträts von der Familiengeschichte: Die Töchter Alissa, Franziska, Johanna und Theresia Walser sind jederzeit präsent – ob nun die eine einschüßige Zimmer mietet oder die andere auf der Bühne in Ohnmacht fällt. In diesem vierten Band seiner Tagebücher vermittelt der grosse deutsche Schriftsteller die Einsicht, dass erst Schreiben dem Leben einen Sinn gibt. Wobei Walser nicht Walser wäre, wenn er diese Kernthese nicht in brillant verschraubte Formulierungen verkleidete, welche die frappierende Erkenntnis erst auf den zweiten Blick eröffnet.

Einmal schreibt er über das Phänomen der Verstellung und der Lüge – nicht, ohne gleich bei sich selbst anzufangen: «Mich als Betrüger zu zeigen, der ich bin, ist eine Chance, noch die Wahrheit zu sagen. Eine zweifelhafte Chance immer noch, weil das Geständnis unernst ge-

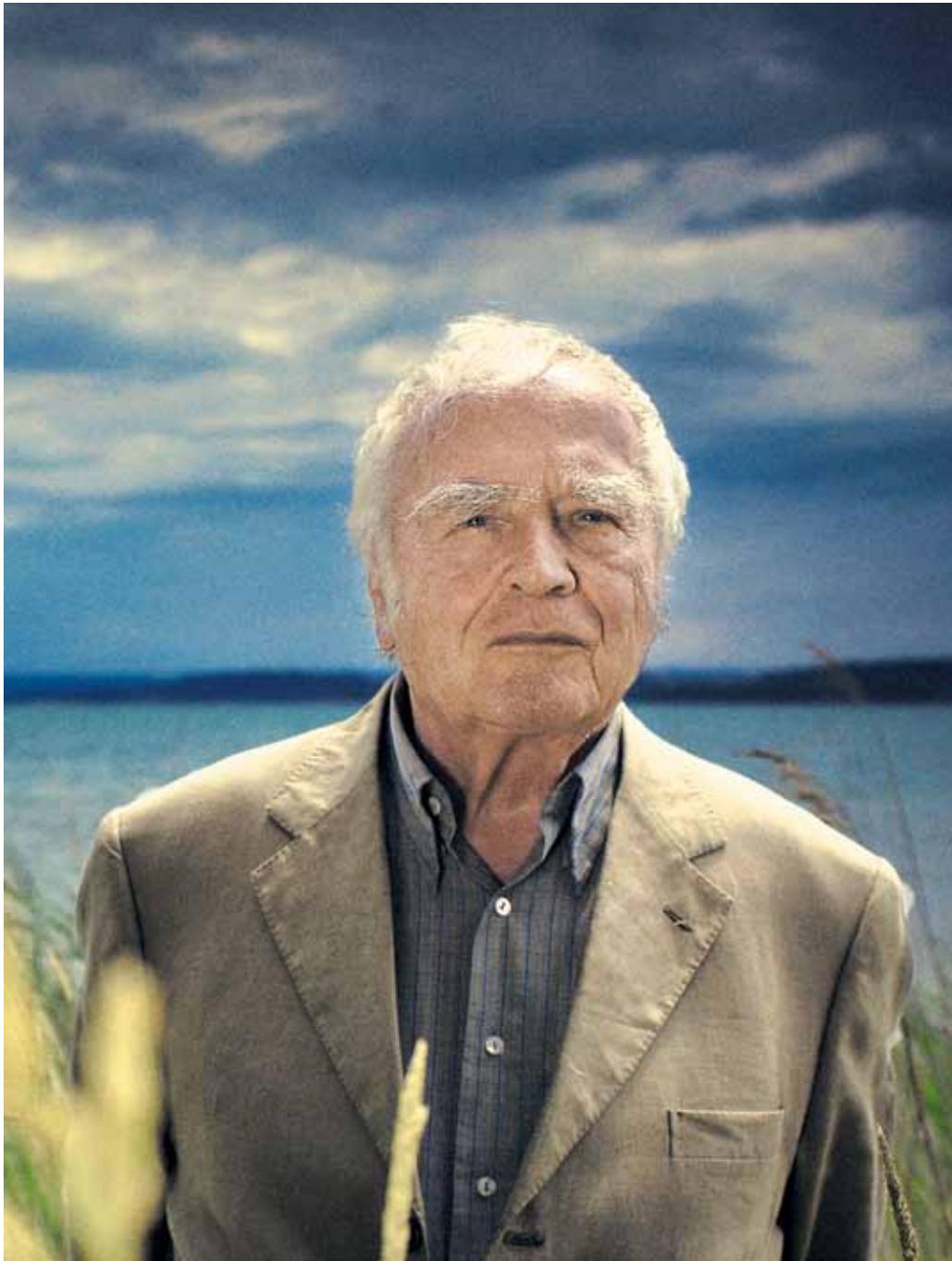
nug ausfallen wird, aber die einzige.» Was meint er damit? Er sei offenbar von der Vorstellung durchdrungen, nur Egoismus sei wahrhaft. Alles andere sei Verstellung, Lüge. Nur Narzissmus sei ehrlicherweise möglich, alles andere sei Betrug. Die unkonventionelle Einsicht, dass sowohl der Autor wie auch alle anderen im Geheimen allen ihren Handlungen den Satz «Ich will» voranstellen, wäre im 21. Jahrhundert, dem Zeitalter des frenetisch gefeierten Selbst, keine wirkliche Überraschung. Aber Walser hat diese Schlüsse bereits 1979 gezogen, als die Entlarvung von Ego-Marketing, Lüge und Narzissmus noch tabu war.

Unseld: Bester Ehemann Europas

Amüsant sind seine Erinnerungen an Weggefährten – wobei die Porträts meistens nur leicht maliziös, aber niemals böse ausfallen: Kleine Verlagsscharmützel zum Beispiel, die er rapportiert, mit Siegfried Unseld. Es geht um einen Interviewtext, den Walser für den *Stern* entworfen hat. Unseld poltert wohl, es sei ein Rundumschlag gegen Chefs, was ihm nicht gefalle. Elisabeth Borchers, die heimliche Instanz im Hause Suhrkamp, vermittelt. Sie findet es einen «rührenden Text», der zeige, dass Walser wieder mal alle «Herrschaft» abschaffen wolle. Unseld kontert, das sei des Schriftstellers Ansicht und nicht seine.

Der Text erinnere ihn sofort wieder an die Passage in den «99 Sprüchen», um deretwegen er die Sprüche dann doch nicht habe verlegen können: «Über mir keiner, den ich nicht abwählen kann, unter mir keiner, der mich nicht abwählen kann.» So was konnte einer autoritären Persönlichkeit, wie es Unseld war, natürlich nicht gefallen. Ein herrenloser Zustand werde nie eintreten, murrte Unseld, es werde immer Chefs geben, ob die nun Fidel Castro oder Breschnjew hiessen. Er denke übrigens, fügte er nicht ohne milde Selbstironie an, dass auch er selber, Unseld, einen Chef habe: sein eigenes Über-Ich, das ihm jeden Morgen befehle, früh aufzustehen und zu schwimmen.

Dass das schwierige Autoritätsverhältnis auch Unselds Ehe überschattete, erfährt man viele Seiten später, aus den Notaten vom September 1979. Martin Walser und seine Frau sind von Unseld und seiner Gattin nach Venedig ins Nobelhotel «Cipriani» eingeladen. Die Hinfahrt ist beschwerlich, es regnet und stürmt, die Walsers treffen erschöpft erst gegen Mitternacht am Piazzale Roma ein. Zwei Tage später berichtet der Schriftsteller



Delikate Einsprengsel: Schriftsteller Walser.

über den Geburtstag von Unselds Frau: «Siegfried ist immer schnell betrunken und hat dann Sprechschwierigkeiten.» Die Freundin von Hilde packt die Gelegenheit, um dem Verleger ins Gewissen zu reden: Seine Frau sei am Ende, könne nicht mehr, das habe sie ihr gesagt. Unseld, beleidigt, kontert frontal: Er sei der beste Ehemann Europas. Das lasse er sich nicht bieten. Was ihm seine Frau antue, das sage er nie. Und schnarchen tue sie auch. Trotzdem bringe er ihr jeden Morgen Kaffee ans Bett. Er sei der einzige Ehemann in Europa, der so etwas tue. Und schliesslich: Er brauche Licht, wenn er aufstehe, damit er den richtigen Anzug und die richtige Krawatte aussuchen könne. Für die Redakteure der Zeitungen. Für die Verleger. Für die Gewerkschaften. Für die Staatssekretärinnen. Da mache er Licht, und sie mache ihm deswegen immer dieses Thea-

ter-Pantomime-Stöhnen. Unselds Frau flüstert der Freundin zu, dass getroffene Hunde immer bellen. Der Verleger wiederum fasst den ehelichen Schlagabtausch königlich aufbrausend zusammen: Seine Arbeit sei seine Liebe und seine Liebe seine Arbeit. Wer das nicht wisse und nicht wolle, der sei aus. Basta.

Genau diese kleinen Anekdoten, die delikaten Einsprengsel, die Selbstbeobachtungen, die Rapporte aus der Literaturszene, die subjektiven Schilderungen aus dem Leben des Autors machen Martin Walsers Tagebücher zu einer aufschlussreichen Literaturgeschichte der anderen Art, die an vielen Stellen spannendere Einsichten vermittelt, als es scheinbar objektive Kompendien leisten könnten.

Martin Walser: Schreiben und Leben. Tagebücher 1979–1981. Rowohlt. 672 S., Fr. 36.90

Jazz

Fusion vom anatolischen Gipfel

Von Peter Rüedi

Das Besondere an der Band, die sich nach dem mythischen anatolischen Berg (und höchsten Gipfel der Türkei) Ararat Quintet nennt, ist nicht, dass sie eine «anatolische Fusion» spielt, mit Elementen aus Rock, Jazz und kleinasiatischer Volksmusik. Dass die improvisierte Musik *formerly known as Jazz* inzwischen ihre Inspiration aus unterschiedlichsten Quellen zieht, ist ein Gemeinplatz; somit auch, dass in der Schweiz Musiker mit, wie das so heisst, Migrationshintergrund ihre unterschiedlichsten *roots* einbringen. Eher erstaunlich, dass bei dieser Ararat-Connection, anders als bei der Schweizer Fussball-Nati, die Mehrheit der Besetzung doch schweizerischer Herkunft ist: der Bassklarinettist Andreas Ambühl ist aufgewachsen mit Ländlermusik in Davos; der Gitarrist Simon Kessler ist ein glückliches Produkt des starken Gitarren-Departements der Jazzschule Luzern; Bassist Severin Graf kommt genauso aus der Zürcher Hochschule der Künste wie Drummer Thomas Sonderegger. Murat Cevik allerdings, Flötist und Chef der Truppe, kommt aus der Türkei, das heisst aus Anatolien. Vor seinem Studium in der Flötenklasse von Matthias Ziegler an der genannten Zürcher Hochschule hatte er schon ein Studium in Istanbul abgeschlossen, und seine Interessen, sozusagen grenzenlos, gelten Klassik und Jazz ebenso wie unterschiedlichen ethnischen Musiken. Nein, ungewöhnlich an diesem Quintett ist nicht sein multikultureller Rundumhorizont, sondern sein Niveau. Drei seiner Mitglieder verdienen (zumindest ergänzend) ihren Lebensunterhalt in der Musikpädagogik, unter anderem an Musikschulen doch eher provinziellen Standorts wie Baar, Bichelsee oder Illnau-Effretikon. Ihre Musik aber klingt hochprofessionell, eigenständig und erfindungsreich.

Cevik ist ein Flötist mit so viel Power, dass er rockigen Anfällen seiner Rhythmusgruppe problemlos standhält, aber er hat auch viel Gefühl für volksliedhaft Lyrisches, ja Pastorales, feinsinnig assistiert durch die Bassklarinette von Ambühl, der ja seinerseits einer der neuen Folkloristen in der Schweizer Szene ist. Kompakte und entspannte Ethnofusion in vielen Zungen und Rhythmen.



Murat Cevik's Ararat Quintet: Aksak Saat. Unit Records UTR 4512

Eine atemberaubende Präsenz

Vom Model zur Leinwand-Ikone innert ein paar Monaten: Das schaffte Lauren Bacall als 19-Jährige. Mit Herz, Verstand und Intuition blieb sie bis zu ihrem Tod eine der Grössten Hollywoods. *Von Arthur Cohn*

«You know how to whistle, don't you, Steve? Just put your lips together and blow.» Dieser Satz aus ihrem ersten Film «To Have and Have Not» von Howard Hawks machte Lauren Bacall oder Betty, wie sie von ihren Freunden genannt wurde, weltberühmt. Lauren Bacall wurde 1924 als einziges Kind jüdischer Immigranten aus Rumänien in New York geboren. Ihre Familie war mit starkem Willen und bemerkenswerter Charakterstärke ausgestattet, und Lauren war immer stolz auf ihre Wurzeln gewesen. Ihre Eltern liessen sich scheiden, als sie fünf Jahre alt war, und Lauren formte eine tiefe Beziehung zu ihrer Mutter, die alles tat, um ihre Tochter in der Verwirklichung ihrer Träume zu unterstützen.

Schon von klein auf wollte Bacall Schauspielerin werden. Bette Davis war ihr grosses Idol, und sie verbrachte lange Nachmittage in Lichtspielhäusern, um deren Bewegungen auf der Leinwand zu studieren. Um ihrem Ziel etwas näherzukommen, begann sie, mit dem Geld, das sie als junges Model machte, an der American Academy of Dramatic Arts Schauspielunterricht zu nehmen. In ihrer Klasse war auch Kirk Douglas, mit welchem sie zeit ihres Lebens eine tiefe Freundschaft verbinden sollte.

Ihr Debüt als Schauspielerin machte sie am Theater. An den Broadway zu gelangen, stellte die Verwirklichung eines Jugendtraums dar, nämlich den, ihren Namen in grossen Leuchtbuchstaben auf der Hauptfassade prangen zu sehen. Gekrönt wurde ihre Theaterlaufbahn mit einem Tony-Award für das Musical «Applause» und «Woman of the Year».

Das Traumpaar

Ihren Durchbruch in der Welt des Films machte sie im Jahre 1943, nachdem sie als Topmodel für die Zeitschrift *Harper's Bazaar* fotografiert worden war. Howard Hawks' Frau Slim sah die Fotos und erkannte sofort, dass diese junge, neunzehnjährige Frau eine ungewöhnliche Ausstrahlung besass. Durch ein Missverständnis gelangte nicht ihr Resümee, sondern sie selbst ins Büro des berühmten Regisseurs Howard Hawks in Los Angeles. Der Rest ist Geschichte.

Während der Dreharbeiten zu «To Have and Have Not» verliebte sich das junge, unerfahrene Fohlen aus New York in den 25 Jahre älteren Weltstar Humphrey Bogart. Zu Beginn gefiel er ihr gar nicht besonders, weder als *leading man* noch als Partner. Seine sanfte, hilfreiche Art, mit der es ihm gelang, ihr die Angst und Nervosität während der ersten Dreharbeiten zu nehmen, erwärmte jedoch immer mehr ihr Herz und liess

sie schlussendlich völlig den Kopf verlieren. Bogey wurde die grosse Liebe ihres Lebens, und die beiden galten als Traumpaar Hollywoods. Beide spielten zusammen in vier Filmen, unter anderem in «The Big Sleep», ebenfalls unter der Regie von Howard Hawks, und «Key Largo», unter der Regie von John Huston.

Obwohl Bogart ihre Karriere vollends unterstützte, war ihr die Nähe zur Familie immer wichtiger als Karriere und Star-Dasein. So zog sie es vor, sich zunächst beinahe ausschliesslich ihrem Mann und ihren Kindern zu widmen und mit Bogart nach Afrika zu reisen, als dieser monatelang zusammen mit Katharine Hepburn John Hustons «African Queen» drehte. Dort war sie eine emotionale Stütze für die gesamte Crew – eine «Mama für alle», wie Bogart sie stolz nannte.

Die Filme, in denen Lauren Bacall mitspielte, zählen heute zu den absoluten Klassikern. Unvergesslich war sie in Jean Negulescos «How to Marry a Millionaire» als schlaue Schatze auf der Suche nach einem reichen Mann; grandios in Don Siegels klassischem Western und John Waynes letztem Film «The Shootist» als Witwe, die in einer Kleinstadt ein Gästehaus betreibt und einen berühmten Scharfschützen aufnimmt, der sich auf seinen bevorstehenden Krebstod vorbereitet; und zum Heulen komisch später in ihrer Schauspielkarriere in Barbra Streisands «The Mirror Has Two Faces», in dem sie eine monströs charakterstarke Mutter spielte.



Lauren Bacall, Arthur Cohn, 2003.

Gearbeitet hat Bacall mit den wichtigsten Regisseuren des Jahrhunderts, nebst den bereits erwähnten auch mit Lars von Trier, unter dessen Regie sie in «Dogville» mitwirkte. Ihre Filmrollen waren enorm divers und reichten von Komödie zum Film noir. Jeden Film krönte Bacall mit ihrer atemberaubenden Präsenz.

Auch auf die Modewelt hatte sie grossen Einfluss. Was immer sie an offiziellen Anlässen trug, wurde von verschiedensten Fashion-Designern genau notiert und inspirierte Labels wie Chloé und Donna Karan.

Ihr Leben war von einer ungeheuren Willenskraft durchzogen. Sie konnte, wenn sie wollte, durch Wände gehen. Doch in ihrem von vielen Höhen geprägten Leben gab es auch viele Tiefen. Ihre überaus glückliche Ehe mit Bogart endete 1957 mit seinem tragischen Krebstod, ihre zweite Ehe mit Jason Robards ging in die Brüche, da sie mit seinem Alkoholproblem nicht zurechtkommen konnte. Der Tod ihrer Mutter zählte sicherlich zu den tiefsten Abgründen, die sie erfahren hatte. Niemand war ihr wohl näher, und niemanden liebte sie so unvoreingenommen.

Doch ihr Weg war befestigt von extremem Durchhaltevermögen und Vertrauen in ihr eigenes Schicksal. Sie liess sich nie unterkriegen und zog ihre drei Kinder Steve, Leslie und Sam kraft ihrer Liebe gross.

Lauren Bacall war eine Frau mit einem ausgeprägten Charakter und fürchtete sich nie, das auszusprechen, was sie fühlte. Ihre Karriere-schritte waren nie kalkuliert. Sie folgte immer ihrem Herzen und hörte immer auf ihre Intuition. Sie lehnte mit Überzeugung Rollen ab, mit welchen sie sich nicht identifizieren konnte, und blieb sich so immer selber treu.

Enge Freunde hatte sie sowohl in Hollywood als auch in New York und Paris. In ihrer Autobiografie schrieb sie: «Ich bleibe so verletzlich, so romantisch und so idealistisch, wie ich es als Fünfzehnjährige war.» Es waren diese Werte, gemischt mit ihrer Wärme, ihrer Aufrichtigkeit und ihrem Humor, die sie legendär machten. Am allerbesten vermag folgende Redewendung Lauren Bacall zu beschreiben: «A real Mensch.»

Lauren Bacall starb im Alter von 89 Jahren in ihrer Wohnung im berühmten Dakota Building in New York. Bei meinem letzten Zusammensein mit ihr meinte sie, sie sei sehr zufrieden mit ihrem Leben. Dann hielt sie inne, schaute mich mit einem wehmütigen Lächeln an und sagte mit ihrer unverkennbar rauhen Stimme: «Doch wirklich glücklich, mein Arthur, war nur die Zeit mit Humphrey Bogart.»

Beim Abschied bedankte ich mich dafür, dass ich zwei Stunden mit einer Legende verbringen durfte. Und wieder schaute sie mich an, diesmal mit einem ernsten Blick, und meinte nüchtern: «Ich bin keine Legende. Legenden sind tot.»

Arthur Cohn ist als mehrfacher Oscar-Preisträger der erfolgreichste Schweizer Filmproduzent und war ein Freund von Lauren Bacall.



«Wirklich glücklich»: Lauren Bacall, Humphrey Bogart und ihr Sohn Steven 1954 auf Hawaii.

«Hollywood ist ein gefährlicher Planet»

David Cronenberg gilt als Meister des subtilen Leinwandhorrors. Sein neuestes Werk spielt in Los Angeles. Ein Gespräch über die Abgründe der Filmmetropole und den Grund, weshalb Regisseure ein bürgerliches Leben führen sollten. *Von Claas Relotius*

Ein Luxushotel in Cannes, die frische Brise der Côte d'Azur weht durch das Fenster der Suite im neunten Stock – kein schlechter Ort, um über die schillernde Fassade der Filmwelt und die drohenden Fallhöhen zu sprechen. David Cronenberg, mittlerweile 71, sitzt während des Interviews auf einem schwarzen Ledersofa, die Beine entspannt übereinandergeschlagen. Mit dem Film «Maps to the Stars», von Kritikern euphorisch gelobt, betritt der eigenwillige Kanadier einmal mehr Neuland: Waren es früher Monster und menschliche Mutationen, mit denen Cronenberg seinen Ruf als Schöpfer des *body horror* begründete, wendet er sich seit einigen Jahren moderateren Stoffen zu. Sein aktuelles Werk ist eine surreale Reise in die Glitzerwelt Hollywoods. Ein Milieu, das der Regisseur selbst stets gemieden hat.

Mr Cronenberg, woran denken Sie, wenn Sie an Hollywood denken?

Tatsächlich kommen mir Filme dabei nicht unbedingt als Erstes in den Sinn. Ich denke vor allem an Verzweigung und an zerplatzte Träume. Hollywood wird immer als Ort verklärt, an dem Menschen leben, die es geschafft haben. Dabei ist Hollywood vor allem ein Ort des Scheiterns. Niemand wird je Notiz von der Kellnerin oder Küchenhilfe nehmen, die von der grossen Schauspielkarriere träumt und in Beverly Hills Teller schrubbt, um sich das Kleid für das nächste Casting leisten zu können – wo natürlich auch nur die nächste Absage auf sie wartet. Das Warten ist überhaupt ein sehr zentraler Bestandteil des Lebens in Hollywood. Die meisten Leute dort verbringen ihre Zeit damit, auf Anrufe zu warten, die niemals kommen, und auf Ruhm, den sie niemals erlangen. Eine ziemlich traurige Welt.

Der Hollywood-Misanthrop Bruce Wagner beschreibt diese Welt in seinem erst 2012 erschienenen Insider-Roman «Dead Stars» als Schmelztiegel aus Neid, Narzissmus, Voyeurismus und Intrigen.

Bruce Wagner übertreibt an keiner Stelle. Er hat ja selbst gute zwei Jahrzehnte in Hollywood verbracht und jeden Dialog seines Romans tausendfach gehört. Nach einigen erfolgreichen Auftritten als Schauspieler ging es für ihn in den neunziger Jahren steil bergab, was die Arbeit beim Film betraf. Während er sich also neu

orientierte und bereits seine ersten Kurzgeschichten schrieb, arbeitete Wagner lange Zeit als Chauffeur des berühmten «Beverly Hills Hotel». Dabei bekam er wirklich alles mit, die ganzen kleinen und grossen Saereien also. Liest man sein Buch, stellt man fest, was man bereits ahnt: Die Realität von Hollywood ist immer noch ein gutes Stück abgründiger, als man sie sich in seiner Vorstellung je hätte ausmalen können.

Sie selbst haben es nie lange ausgehalten.

Los Angeles ist keine Stadt und Hollywood ist kein Ort für mich. Den Grossteil meiner Filme drehe ich in Toronto, wo ich auch lebe. In Toronto gibt es aber dummerweise keine Palmen. Nur deshalb mussten wir einen Teil dieses Films in Los Angeles drehen. Man lebt dort in einem sehr seltsamen Paralleluniversum. John Cusack, der eine der Hauptrollen spielt, sagte mir während des Drehs, dass er inzwischen nach Chicago gezogen sei, weil

«Die meisten Leute verbringen ihre Zeit damit, auf Anrufe zu warten, die niemals kommen.»

man es als erfolgreicher Schauspieler in Los Angeles nicht mehr aushalte. Ich kann ihn gut verstehen.

Wie kamen Sie auf die Idee, Bruce Wagners Roman für das Drehbuch zu Ihrem neuen Film «Maps to the Stars» zu adaptieren?

Sie meinen, wie ich überhaupt dazu gekommen bin, einen Hollywoodroman zu lesen?

Sie sind bekannt für Ihre düsteren Filme, in denen es von Mutanten und Auftragskillern nur so wimmelt. Zuletzt haben Sie viele Zuschauer überrascht und ein Drama über Sigmund Freud und Carl Gustav Jung gedreht. Danach kam der Kapitalismus-Thriller «Cosmopolis». Wie passt Hollywood in diese Reihe?

Wäre ich sehr zynisch, würde ich sagen, dass Hollywood in dieser Reihe nur die logische Folge ist und alles Vorherige miteinander vereint – Kapitalismus, Psychoanalyse, Finsternis. Ich gehe davon aus, dass auch entlang des Mulholland Drive oder der Sunset Boulevard unzählige Mutanten und Killer herumlaufen. Mich haben die für meinen neuen Film aber gar nicht interessiert. Die tiefsten Abgründe und das grösste Grauen lauern ja immer da, wo man es viel weniger erwartet

– also nicht in der Unterwelt, sondern dort, wo es nach aussen hin funkelt und glitzert. Insofern bietet Hollywood als Schauplatz ideale Voraussetzungen.

Würden Sie Ihren Film als Milieustudie bezeichnen?

Nicht zwingend. Der Film erzählt zwar etwas über Hollywood und die Filmwelt, letztendlich könnte die Geschichte mit ihrem menschlichen Grundkonflikt aber auch in der Welt der Banker, Architekten oder Journalisten spielen. Es geht um das Gefangensein.

Ihr Film dreht sich um eine Familie, die sich im Umfeld Hollywoods bewegt und eigentlich glücklich sein könnte, es aber nicht ist. Ein Archetypus.

Es ist eine Familie, wie es sie wahrscheinlich tausendfach in Hollywood gibt: Ein Vater, der als Motivationstrainer sein Vermögen mit Selbsthilfeanleitungen verdient; eine Mutter, die die Filmkarriere ihres Sohnes, eines dreizehnjährigen Kinderstars, managt; und dann ist da eben noch eine Tochter, die gerade erst aus der Psychiatrie entlassen wurde.

Diese ist so etwas wie das dunkle Geheimnis dieser Familie. Ist diese ganze Konstellation nicht ein Klischee?

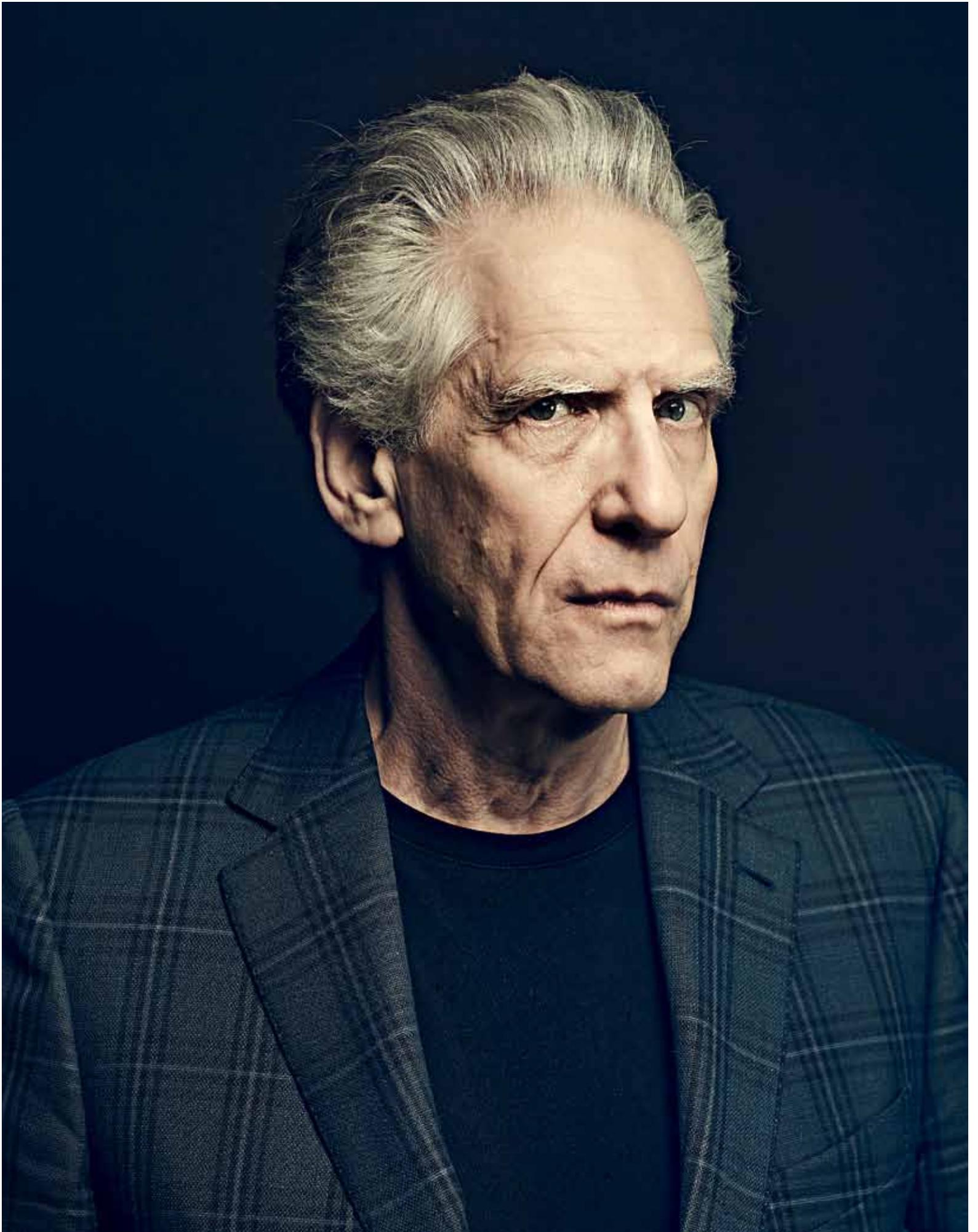
Ich weiss, worauf Sie anspielen. Es gibt Kritiker, die den Film loben, aber dennoch als Satire verstehen, weil es den Anschein haben mag, als sei diese komplette Familie dem Setzkasten entsprungen. Es ist aber keineswegs Satire. Sie finden solche Familien südlich des Sunset Boulevard an jeder Ecke.

Wie viele Familien kennen Sie, die so aussehen?

Eine Zahl kann ich Ihnen nicht nennen, aber es gibt Berufsbilder, Familienkonstellationen und eben auch Krankheiten, die in Hollywood deutlich häufiger vorzufinden sind als sonst wo auf der Welt. Es ist, als würde das Leben dort bestimmte Psychosen anziehen und die Menschen unweigerlich in Motivationstrainer, Make-up-Künstler oder Chauffeure verwandeln, die alle nebenbei noch an ihrer Karriere als Filmschauspieler basteln. Niemand, der länger als sechs Monate in Los Angeles gelebt hat, würde das bestreiten.

In der Familie, die Sie beschreiben, spielt Inzest eine Rolle. Ist dies als Metapher für Hollywood gedacht?

Ich würde es so ausdrücken: Hollywood hat eine sehr inzestuöse Mentalität. Die grossen



«Bodenständige Typen»: David Cronenberg.

Studios kreisen um die immer gleichen Leute, und diese Leute drehen die immer gleichen Filme. Sehen Sie sich mal an, wie viele Fortsetzungen es heutzutage gibt! Früher gab es nur in Ausnahmen mehrere Teile eines Films, und zwar meist dann, wenn es um eine Geschichte ging, die sich breiter erzählen liess. Heute erscheint von jedem furchtbar schlechten Action-Streifen meist zwei Jahre später schon Teil fünf oder Teil sechs – auch wenn es überhaupt keine Geschichte zu erzählen gibt. Die Produzenten sehen, dass sich etwas verkauft, und so schmeissen sie einfach immer wieder das Gleiche auf den Markt. Es geht allein um Profit. Weil neue Ideen dabei auf der Strecke bleiben und Hollywood kein frisches Blut mehr bekommt, kommen am Ende nur noch deformierte Filme heraus.

Es heisst, Sie hätten vor einigen Jahren das Angebot erhalten, eine Fortsetzung der «Star Wars»-Reihe zu drehen. Ein Angebot, das selbst die grössten Namen Hollywoods nicht ausgeschlagen hätten. Sie hätten der Reihe frisches Blut zuführen können. Warum haben Sie abgelehnt?

Weil ich das Spiel gut kenne: Die Vorstellung, als Regisseur bei solchen Projekten selbständig arbeiten zu können, ist eine Illusion. Ich kann aber nicht fremde Ideen umsetzen, sondern nur meine eigenen. Es gibt Filmemacher im Independent-Bereich, die insgeheim immer vom Dreh eines grossen Blockbusters träumen und sich ein grosses Studio im Rücken wünschen. Bei mir hat sich dieser Wunsch nie eingestellt. Ich war nie der Typ für Dinnerpartys. Und meine Arbeit wollte ich erst recht nie durch irgendwelche Produzenten beeinflussen lassen, die mir nach einem guten Film einen Koffer voll Geld vor die Tür stellen und schon beim nächsten Drehbuch selbst mitreden wollen.

Sowohl thematisch als filmisch erinnert «Maps to the Stars» unweigerlich an David Lynchs noch düstereres Werk «Mulholland Drive». Lynch beschreibt Hollywood als Albtraum, aber zugleich als Versprechen. Bei Ihnen hat diese Welt jenen Glanz verloren.

Es sind die Details: In «Mulholland Drive» werden die Drogen mit dem Flugzeug eingeflogen, in «Maps to the Stars» erreichen die Drogen die Stadt ganz profan per Bus. Ich will ja niemanden enttäuschen, aber so sieht nun mal die Wirklichkeit aus.

Ging es Ihnen um die Entzauberung eines Mythos?

Ich weiss nicht – gibt es diesen Mythos überhaupt noch? Falls ja, woraus speist er sich eigentlich? Hollywood ist ein gefährlicher, im Grunde ziemlich lebensfeindlicher Planet, der eine besondere Anzie-



«Absolute Ausnahme»: mit Julianne Moore am Set von «Maps to the Stars».

hungskraft auf viele Menschen zu haben scheint. Ich selbst kann es mir nicht genau erklären, aber es ist, als würde diesen Planeten ein magnetisches Feld umgeben. Kommen Leute diesem Feld zu nahe, bleiben sie in der Umlaufbahn gefangen. Viele gehen früher oder später darin zugrunde.

Es vergeht kaum ein Jahr, in dem nicht ein berühmter Regisseur oder Schauspieler an einer Überdosis stirbt.

In diesem Jahr hat es leider den wunderbaren Philip Seymour Hoffman getroffen – ein unglaublicher Verlust. Im nächsten Jahr wird es ein anderer sein. Natürlich handelt es sich bei all diesen Toden nicht um Selbstmorde im klassischen Sinne, aber zumindest

David Cronenberg

Der Filmregisseur wurde 1943 in Toronto, Kanada, als Sohn einer Musikerin und eines Schriftstellers geboren. In seiner Heimatstadt studierte er Naturwissenschaften, englische Sprache und Literatur. Bereits während des Studiums drehte er experimentelle Kurzfilme. In seinen ersten Spielfilmen «Stereo» (1969) und «The Parasite Murders» (1975) verband er Elemente des Horror- und des Science-Fiction-Films. Der kommerzielle Durchbruch gelang Cronenberg mit den Werken «Scanners» (1981) und «The Fly» (1986), welche beide mehrfach ausgezeichnet wurden. Zu seinen grössten Erfolgen zählen weiterhin «Naked Lunch» (1991), «A History of Violence» (2005) und «A Dangerous Method» (2011). David Cronenberg ist verheiratet und hat drei erwachsene Kinder. Er lebt in Toronto. (cr)

ein Hauch von Selbstmord schwingt immer mit. Ich fürchte, dieser absurde Ruhm und das gekünstelte Alltagsleben in Hollywood haben etwas sehr Destruktives. Wer sich davon nicht dauerhaft freimachen kann, geht selbst dann kaputt, wenn er erfolgreich ist. Sie beschreiben den absurden Alltag in dieser Welt sehr subtil, vor allem durch die Bildsprache. Die Charaktere sind selten zusammen im Bild, stehen häufig allein.

Aus meiner Sicht war dies der beste Ansatz, um die Isolation jedes Einzelnen darzustellen. Jeder kämpft für sich selbst, jeder lebt in seiner eigenen Blase. Auf die Spitze getrieben wird dieses Konzept, als der Kinderstar Benjie mit seiner Mutter und den Filmproduzenten an einem Tisch sitzt, der Zuschauer aber jeden von ihnen nur einzeln sieht und nie die ganze Gruppe.

Zu Beginn Ihres Films sieht man den dreizehnjährigen Benjie beim Essen mit seiner Mutter. Sie reden über Geld und Macht. Die Brutalität, die man aus Ihren früheren Filmen kennt, liegt hier allein in den Worten.

In «A History of Violence» oder «Eastern Promises» lag die Brutalität sehr deutlich vor einem, sie manifestierte sich in Blutlachen und dem Geräusch brechender Knochen. Hier dagegen verstecken sich Gewalt und Horror im Alltag und in kleinen Gesten. Beide Formen interessieren mich.

In einer ähnlich verstörenden Szene unterhalten sich Kinderstars auf einer Party über das Alter ihrer erwachsenen Kolleginnen. Man hat das Gefühl: Jugend ist Macht.

Man kann auch darin eine Metapher für die gesamte Branche sehen. In einer Welt, in der Jugend Macht bedeutet, ist das Alter ein unverrückbarer Makel. Es gibt nicht viele



«Gut befreundet»: mit William S. Burroughs, 1991.



«Gestörte Zustände»: «The Fly», 1986.

Schauspieler, die mit jeder neuen Falte in ihrem Gesicht ihren Marktwert steigern: Jack Nicholson und Robert De Niro; bei den Frauen Meryl Streep, denen ist dies scheinbar mühelos gelungen. Aber auch nur deshalb, weil sie einzigartige Darsteller sind und mit jedem grauen Haar noch mehr an Charakter gewinnen. In der Mehrzahl kenne ich aber Frauen, die sich schon Mitte zwanzig fragen, wie viel Zeit ihnen noch

«Vielleicht trägt genau diese Durchschnittlichkeit dazu bei, so lange zu überleben.»

bleibt. Wahrscheinlich sogar zu Recht, weil sie die Mechanismen kennen. Julianne Moore, die jetzt 53 ist und noch immer vier Filme pro Jahr dreht, ist da eine absolute Ausnahme. Sie hat schon viele Kolleginnen erlebt, die in ihrem Alter in der Bedeutungslosigkeit verschwunden sind.

Julianne Moore wird für ihre Darstellung in Ihrem Film besonders gelobt. Sie spielt eine gealterte Hollywood-Schönheit am Rande des Nervenzusammenbruchs.

Julianne hat diese Rolle mit Wesenszügen angereichert, die ihr persönlich von anderen Schauspielkolleginnen sehr vertraut sind. Sie lebt heute zwar in New York, hat aber viele Jahre in Los Angeles verbracht, wo sie jeder Menge Frauen begegnet ist, die verzweifelt gegen ihr Alter ankämpfen. Viele dieser Frauen hatten ein paar gute Jahre vor der Kamera, aber die meisten hatten diese Jahre vor allem ihrem Aussehen zu verdanken. Sobald dies nicht mehr zart genug erschien, trat umso stär-

ker ihr Mangel an Talent zum Vorschein und die Angebote blieben aus. Für einige Schauspielerinnen bedeutet dies ein sehr existenzielles Trauma, denn in diesem Geschäft und in diesen oberflächlichen Kreisen existiert man nur, wenn man auf der Leinwand erscheint. Von diesem Kampf um die eigene Existenz, von dieser Brutalität hat Julianne sehr viel in den Film eingebracht.

Julianne Moore spielt sehr exzessiv. Es heisst, Sie mögen es nicht, wenn Darsteller ihr Spiel übertreiben.

In ihrem Fall war das Exzessive ihrer Rolle angemessen, also genau richtig. Grundsätzlich schätze ich es aber, wenn das Spiel meiner Darsteller auf einem realen, für den Zuschauer nachvollziehbaren Level bleibt, denn genau daraus bezieht gutes Schauspiel seine Kraft. Wer zu viel gibt, dessen Rolle wird zu einer Karikatur. Den Leuten, mit denen ich arbeite, rate ich deshalb häufig, lieber einen Gang runterzuschalten.

Stimmt es, dass Sie noch nie in Ihrer Karriere ein Storyboard verfasst haben?

Ich finde, die Arbeit damit schränkt einen als Regisseur unglaublich ein. Storyboards werden in der Regel schon erstellt, bevor man die Schauspieler oder Drehorte ausgewählt hat. Klar, wenn man einen Science-Fiction-Film dreht, wobei zahlreiche Spezialeffekte zum Einsatz kommen, kann dies sehr hilfreich sein, um nicht den Überblick zu verlieren. Aber bei einem Film wie «Maps to the Stars», der ja auf Dialogen und dem Spiel der Darsteller beruht, könnte ich nie damit arbeiten. Das wäre viel zu abstrakt.

Sie improvisieren also stets am Set?

Ja, natürlich. Von meinen Darstellern erwarte ich das Gegenteil. Sie sollen nicht improvisieren, sie sollen sich an ihren Text halten, denn sie sind ja keine Autoren. Die Dialoge werden also auf keinen Fall mehr verändert. Alles andere aber, die gesamte Choreografie, die Kameraeinstellungen, die Art, wie sich die Schauspieler bewegen, das verändert sich immer, wenn man am Set ist. Ich wundere mich



eigentlich, dass viele Kollegen dies anders halten. Niemand kann doch schon am Schreibtisch haargenau vor Augen haben, wie bestimmte Szenen auszusehen haben. Aber vielleicht fehlt mir auch einfach diese Gabe.

Ihre Filme sind oft radikal, erzählen immer wieder von menschlichen Abgründen. Wie muss man sich Ihr Privatleben vorstellen?

Man muss sich das genaue Gegenteil vorstellen: das Leben eines einfachen Familienmenschen. Das Leben eines Spiessers, der einen Kleinwagen fährt, wöchentlich den Rasen mäht und täglich den Müll rausbringt. Ich glaube, das ist gar nicht so ungewöhnlich. Die radikalsten Künstler, denen ich in meinem Leben begegnet bin, führen eine durch und durch bürgerliche Existenz.

Sie gelten als Verehrer des Beat-Poeten William S. Burroughs. Dieser führte mit seinen Drogen-Eskapaden alles andere als ein bürgerliches Leben.

Ich war mit Burroughs gut befreundet, er war eine Ausnahme, aber auch er hat nicht ständig Drogen genommen, sondern die meiste Zeit seines Lebens ganz ruhig auf einem Stuhl sitzend vor seiner Schreibmaschine verbracht. Allgemein unterscheiden sich Schriftsteller übrigens sehr von Regisseuren.

Inwiefern?

Regisseure sind privat häufig sehr bodenständige, einfache Typen. Mir fallen wenige Kollegen ein, denen ich diese Attribute nicht zuschreiben würde. Gerade die, die seit Jahrzehnten in der Branche arbeiten, sind genauso grosse Spiesser wie ich. Man kann sich auf Dauer einfach keine Eskapaden leisten. Wenn ich beim Schreiben eines Drehbuchs Drogen nehmen würde, würde ich nie fertig werden. Alles, was ich dabei brauche, sind ein ruhiges Zimmer und ein Glas Wasser. Wer weiss, vielleicht trägt ja genau diese Durchschnittlichkeit dazu bei, um so lange in der Branche zu überleben. So hebt man nie ab und geht auch nie unter.

Hatten Sie nie das Bedürfnis, etwas von der Normalität Ihres Lebens auch im Kino zu erzählen?

Kino lebt von Entfremdung. Bestimmt liesse sich auch eine interessante und bewegende Geschichte über das ganz normale Leben erzählen. Aber mir geht es auch um den Erkenntnisgewinn für mich selbst und für den Zuschauer. Dafür braucht man die gestörten Zustände einer extremen Geschichte. Wenn alles glatt und im Fluss ist, lernen wir nichts. Wir verstehen und begreifen Dinge doch immer erst dann, wenn es schmutzig und ungemütlich wird und wir unsere Komfortzone verlassen.

Nächste Seite: Wolfram Knorr über Cronenbergs neuen Film «Maps to the Stars»

Top 10

Knorrs Liste

1	Jersey Boys	★★★★★
	Regie: Clint Eastwood	
2	Boyhood	★★★★★
	Regie: Richard Linklater	
3	Lucy	★★★★☆
	Regie: Luc Besson	
4	Dawn of the Planets of the Apes	★★★★☆
	Regie: Matt Reeves	
5	Wir sind die Neuen	★★★★☆
	Regie: Ralf Westhoff	
6	Fading Gigolo	★★★★☆
	Regie: John Turturro	
7	Maleficent	★★★★☆
	Regie: Robert Stromberg	
8	The Fault in Our Stars	★★★★☆
	Regie: Josh Boone	
9	22 Jump Street	★★★★☆
	Regie: Phil Lord / Chrs. Miller	
10	Transformers: Age of Extinction	★★★☆☆
	Regie: Michael Bay	

Kinozuschauer

1 (-)	Lucy	41 224
	Regie: Luc Besson	
2 (1)	Dawn of the Planet of the Apes	15 554
	Regie: Matt Reeves	
3 (2)	Step Up All In	15 082
	Regie: Trish Sie	
4 (3)	22 Jump Street	15 031
	Regie: Phil Lord / Christopher Miller	
5 (4)	How to Train Your Dragon 2	12 286
	Regie: Dean DeBlois	
6 (-)	Planes: Fire & Rescue	8554
	Regie: Roberts Gannaway	
7 (6)	Fading Gigolo	5009
	Regie: John Turturro	
8 (8)	Wir sind die Neuen	4730
	Regie: Ralf Westhoff	
9 (7)	The Purge: Anarchy	3785
	Regie: James DeMonaco	
10 (5)	Transformers: Age of Extinction	3304
	Regie: Michael Bay	

Quelle: Schweizerischer Filmverleiher-Verband; Zuschauerzahlen vom Wochenende (Deutschschweiz)

DVD-Verkäufe

1 (1)	300: Rise of an Empire (Warner)
2 (2)	Der Hundertjährige, der ... (Ascot Elite)
3 (3)	Rio 2 (Fox)
4 (4)	Non-Stop (Impuls)
5 (8)	Der Hobbit – Smaugs Einöde (Warner)
6 (5)	Jack Ryan: Shadow Recruit (Rainbow)
7 (9)	Die Abent. von Mr Peabody ... (Universal)
8 (7)	Fack Ju Göhte (Rainbow)
9 (6)	The Wolf of Wall Street (Universal)
10 (10)	August: Osage County (Ascot Elite)

Quelle: Media Control



Seelenkatakomben: Benjie (Evan Bird), Vater Stafford (John Cusack).

Kino

Giftige Quallen

Es wollte wohl eine richtig böse, ätzende Hollywood-Satire sein – doch David Cronenbergs «Maps to the Stars» bleibt seltsam matt. Von Wolfram Knorr

Ein Lieblingsspiel Hollywoods ist seit je die masochistische Selbstbespiegelung. Die eigenen Defekte, Eitelkeiten, Amoralitäten und Hinterfotzigkeiten auszustellen, wird dabei durchaus wonnevoll genossen; mag die Kritik auch noch so ätzend sein. David Cronenbergs Beitrag, mit seinem Hang für bizarre Szenarien («Existenz»), ist wie ein Tiefseetauchgang zu den bunten, aber gefährlich scharfen Korallenriffen. Korallen gehören zu den Nesseltieren, und deren menschliche Entsprechungen bevölkern Cronenbergs La-La-Land.

Sie bewegen sich wie durch glasige Malkasten-Wasserfarben mit wattiger Teilnahmslosigkeit. Stafford Weiss (John Cusack), Therapeut, Life-Coach, Masseur und Autor erfolgreicher Selbsthilfebücher, therapiert und knetet in seinem grell aseptischen Domizil die Aktrice Havana (Julianne Moore), eine grenzhysterische Triene mit panischer Angst vor dem Alter und wegbröselndem Ruhm. Staffords Frau (Olivia Williams) kümmert sich um die Karriere ihres gemeinsamen 13-jährigen Sprösslings Benjie (Evan Bird), biestig und giftig wie ein Stachelrochen, der schon mit neun Jahren in einer Entzugsklinik landete. Seine 18-jährige Schwester Agatha (Mia Wasikowska) wiederum, gerade aus der Klapsmühle entlassen, weil sie dem Bruderherz Schlaftabletten gab und danach das Haus abgefackelt hat, passt nicht mehr

zur cleanen Familie. Daddy fühlt sich von ihr überfordert, für die Mama ist sie so störend wie ein verfaulter Halloween-Kürbis, und das Bruderherzchen zuckt vor ihr zurück wie vor einer giftigen Qualle. Rausgespült aus dem trauten Heim, hält sie sich an einen Limousinenfahrer (Robert Pattinson), der Touristen durch Beverly Hills kutschiert und Havana tröstet. Die wird in ihren Alpträumen von ihrer Filmstar-Mama verfolgt, und Jungstar Benjie, ein Justin-Bieber-Verschnitt, sieht in seinem Pralinschachtel-Hirn ebenfalls Gespenster und flüchtet mit der Schwester in ein inzestuöses Nirwana.

«Maps to the Stars» beruht auf einem Drehbuch von Bruce Wagner, einem Hollywood-Insider und Romancier («Force Majeure», «Wild Palms»). Das toxische Niveau von Hollywood-Selbstkritik-Klassikern wie Billy Wilders «Sunset Boulevard» (1950) oder Robert Altman's «The Player» (1992) erreicht Cronenberg nicht, mag er noch so tief in die Seelenkatakomben der Parvenüs und Hasardeure tauchen. Sein Revier ist eben weder ein Haifischbecken noch eine Schlängengrube, sondern ein somnambul anmutendes Gehege, in dem Cronenbergs Tinseltown-Mischpoke wirkt wie eine Ansammlung von Weichtieren und Schwämmen, die sich träge dahinschleppen, fernab vom mörderischen Powerplay des Business. Ab und zu flackert schwarzer Humor auf. Aber was bleibt, ist eine seltsame, wenn

auch zuweilen makabre Mattigkeit. Einer Satire nimmt das die Schärfe. ★★★☆☆

Weitere Premieren

Jimmy's Hall — James «Jimmy» Gralton (Barry Ward), ein Sozialrebell und Kommunist, kehrt 1932, um einer drohenden Haftstrafe zu entgehen, nach Jahren im amerikanischen Exil in seine irische Heimat zurück, wo er einst den Tanzschuppen «Jimmy's Hall» betrieben hatte. Gralton ist eine Legende, und so drängt ihn nach seiner Rückkehr die Jugend (aber nicht nur die), das alte Etablissement wieder zu eröffnen. Auch wenn er sich zunächst ziert, kann er sich dem Drängen nicht widersetzen und reaktiviert den alten Schuppen. In ihm wird nicht nur getanzt, musiziert und geboxt, auch Lesungen und andere kulturelle Aktivitäten finden statt. Doch genau diese Freiheit beunruhigt den bigotten Pfarrer Sheridan (Jim Norton), der mit Gesinnungsgenossen vehement gegen diese «Auflösung» von Sitte, Moral und Bildung vorgeht. Ken Loach (78), der Meister britischer Sozialdramen, hat nach einer wahren Geschichte den Fall elegant, leider aber auch kaum differenzierend zwischen «linken» und «rechten» Vertretern inszeniert. Da fehlen die Zwischentöne, die derartige Kontroversen spannend machen. Das Historienstück nimmt ganz bewusst Bezug auf aktuelle Entwicklungen bigotter Tendenzen. ★★★☆☆



Bigotte Tendenzen: «Jimmy's Hall».

Fragen Sie Knorr

Was versteht man eigentlich unter Sitcom? Und was sollen das für Filme sein? Ich kenne nur die amerikanische Serie «Wilfred» mit Elijah Wood.

C. K., Nürens Dorf



Sitcom ist schlicht und einfach das Kürzel für *situation comedy* (Situationskomödie), eine möglichst rasante «Entladung» verbaler Einfälle als Reaktion auf eine Auseinandersetzung zwischen mehreren Personen. Dabei kommt es darauf an, mit einfachfallsreichen Pointen die Äusserungen des anderen (bzw.

The Expendables 3 — Ob Sylvester Stallone und Co. dem Kino mit dem dritten Sequel der rumkarriolenden alten Leinwandknacker einen Gefallen tut oder ob dieser dritte und ziemlich behämmerte Teil nicht kontraproduktiv wirkt, sei dahingestellt. Es ist aber zumindest zu befürchten, dass viele und vermutlich auch junge Zuschauer nach diesem



Kontraproduktiv? Stallone in «Expendables».

Kracher die Nase erstmal voll haben werden von der grassierenden Haudrauf-Fortsetzungsmanie. ★★★☆☆

The Hundred-Foot Journey — Madame Mallory (Helen Mirren) betreibt in einem idyllischen südfranzösischen Städtchen ein schickes Sterne-Restaurant, da richtet ihr unmittelbar gegenüber ein Inder ein indisches Restaurant ein. Klar kommt's zu Spannungen und Rivalitäten mit einem gnadenlos voraussehbaren Schluss. Lasse Hallström, auf schöne Märchen abonniert («Salmon Fishing in the Yemen»), geht hier ein bisschen zu weit. ★★★☆☆

Into the Storm — Tornados und Kino haben eines gemeinsam: Sie lieben die Zerstörung, beide mit wirbligem Karacho. Schon Buster Keaton hatte daran seine Freude. Nur war's damals lustig. Der Aufguss von «Twister» (1996) ist patriotische Windmacherei. ★★★☆☆

der anderen) zu «überbieten». Da das natürlich jeder versucht, entwickeln sich in den gelungensten Fällen verbale Feuerwerke der Komik. Inzwischen ein eingeschliffenes TV-Genre, das – klar – in den 30er Jahren der US-Hörfunk erfand. Die sogenannten Screwball-Comedies der 30er und 40er Jahre haben dieses schnelle Dialog-Pingpong auch auf Kinofilme übertragen. Es gibt TV-Highlights wie «Seinfeld», «Friends», «King of Queens» etc. (alle auf DVD erhältlich).

Wolfram Knorr

Der Journalist und Buchautor gehört zu den renommiertesten Filmkritikern der Schweiz.

Fragen an: knorr@weltwoche.ch
Unveröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Radio-Kritik

Libidinös joggen mit SRF 3

Von Rico Bandle

Aus den Schweizer Amtsstuben erreichen uns derzeit Nackt-Selfies im Wochenrhythmus, das Bundesamt für Gesundheit kleistert die Schweiz mit kopulierenden Menschen voll, und auch das gebührenfinanzierte Schweizer Radio und Fernsehen SRF leistet seinen Beitrag zur aktuellen Libidomanie. «Wenn man irgendwo irgendetwas zeichnen kann, dann ist es Pflicht, einen Penis dorthin zu zeichnen. Das ist ein Naturgesetz», verkündete kürzlich ein Redaktor Guido Ber-



«Schnäbi-Rennen»: SRF-Redaktor Berger.

ger auf Radio SRF 3, dabei konnte er sich kaum halten vor Lachen, als finde er sich die lustigste Person im Lande. Der Beitrag handelte von einer Frau aus San Francisco, die auf der Landkarte Routen auswählt, die wie Penisse aussehen. Diese rennt sie dann ab und publiziert sie im Internet. «Als ich das gesehen habe, wusste ich, dass ich sofort mit ihr reden muss», erklärte Berger begeistert. Im Interview gab die Dame dann Tipps, wie man vorgehen soll, wenn man selber erfolgreich «Schnäbi-Rennen» (Zitat SRF) machen möchte.

Ganz nach der SRF-Vorgabe, die Beiträge «konvergent» anzubieten, hat Berger noch ein Online-Filmchen zum Thema hergestellt. «Zürich braucht definitiv mehr Penisse, deshalb gehen wir nun Penisse rennen», sagt der Redaktor mit Schnauzbart und Hornbrille. Und weil bei SRF die Gleichberechtigung der Geschlechter hochgehalten wird, zeichnet er auch gleich noch eine Vagina auf die Karte.

Zweifelt etwa jemand daran, dass ein solcher Beitrag zum Service public gehört? Auf der Website schrieb ein Leserkommentator: «Ich kann's kaum erwarten, den Penis abzujoegen.»

Es lockt der Herbst

Lucerne Festival, Zoofäscht, Zurich Film Festival, Oktoberfest, Neues von der Bahnhofstrasse. *Von Hildegard Schwaninger*



Auftakt zum Ferienende: Eröffnungskonzert des Lucerne Festival.

Mit Riesenschritten nähert sich der Herbst. Auftakt zum Ferienende ist jeweils das Lucerne Festival, das unter Anwesenheit von Bundesrat Ueli Maurer, der mit seiner Tochter Sidonia, der jungen Geigerin, erschien, eröffnet wurde. Hier zeigte sich auch die unverwüstliche Ruth Westheimer. Die junge Freundin von Intendant Michael Haefliger, Flötistin Andrea Lötscher, kümmerte sich um sie. Westheimer, 86-jährige Sexratgeberin, weilt oft in der Schweiz. In der Israelitischen Cultusgemeinde hielt sie einen Vortrag: «Haben Juden ein glücklicheres Sexleben?» Die in Frankfurt geborene Westheimer, die als Kind vor den Nazis fliehen musste, hat seit kurzem wieder die deutsche Staatsbürgerschaft; als Kind wurde sie in der Schweiz aufgenommen, jedes Jahr kommt sie nach Zermatt, wo sie vor ein paar Jahren noch Ski fahren ging.

Das Zürcher Zoofäscht, das alle zwei Jahre stattfindet und jeweils zum gesellschaftlichen Höhepunkt des Jahres wird, findet zum zwölften Mal statt. Hier trifft sich Zürichs Reichtum, die Crème de la Crème. Die Eintrittskarte kostet 750 Franken, und die Einnahmen sind immer hoch; einmal wurde sogar die 1-Millionen-Grenze geknackt, das war zugunsten der Nubischen Steinböcke. Für das Aquarium sammelte man 820 000 Franken, für die Chile-Flamingos 910 000. Dieses Jahr kommt der Er-

lös den Yaks alias Grunzochsenzuhute, einer in Zentralasien verbreiteten Rinderart.

Und – eben: der Herbst kommt – schon ist das Zurich Film Festival in Sicht. Diane Keaton wird nach Zürich kommen, am 1. Oktober zur Gala-Premiere ihres neuen Films «And So It Goes» von Rob Reiner («When Harry met Sally»). Eine Komödie, in der sich Diane Keaton in einen Immobilienmakler (Michael Douglas) verliebt.

Und schon lockt das Oktoberfest. Am 20. September heisst es in München: «O'zapft is!»



Bald in Zürich: Diane Keaton, Schauspielerin.

– Manche Zürcherinnen packen bereits ihr Dirndl ein, ihre Männer die Lederhosen. Die Zürcher sind ja meistens zu früh dran, und so startet man hier das Bier-und-Weisswurst-Fest

schon eine Woche vorher: am 13. September im «Meylenstein» bei Janine und Marlene Meyerstein. Im «Bauschänzli», wo die tüchtige Stéphanie Portmann das Erbe ihres legendären Grossvaters Fred Tschanz weiterführt, zapft man später an, dafür bis November.

Medienunternehmer Daniel Kaczynski war mit seiner Einladung zur Open-House-Party bei Swisscontent zu früh dran, und so musste er sie, «weil Viele noch verreist sind», absagen. Kaczynski, verheiratet mit Claudia Kaczynski, einer Tochter von Verleger Hans Heinrich Coninx, führt in seinem Reich auch die Zeitschrift *Women in Business*. Neue Chefredaktorin ist Yvonne Zurbrügg (war Leiterin des Ressorts Menschen bei der *Schweizer Illustrierten*). Sie löst Sabine Hauptmann ab, die als Head of Business Development zu Prestige Media International gewechselt hat.

An der Zürcher Bahnhofstrasse tut sich immer viel. Das Modehaus Modissa (Besitzer: Isy Gablinger und Familie) ist zurzeit eine Baustelle; wird vom Stararchitekten Matteo Thun umgebaut, das neue Geschäft soll im Frühling 2015 eröffnet werden. Auf dem Dach plant man ein Restaurant mit Terrasse, für dessen Führung der umtriebige Zürcher Gastronom Michel Péclard den Zuschlag bekommen soll. Modissa disloziert während des Umbaus ins Haus vis-à-



Frank Baumann, Gabriella Baumann-von Arx.

vis, wo bisher die Billigmodeboutique Big (gehört auch zum Gablinger-Imperium) war und vorher Ex Libris. Das Modissa-Provisorium wird in der Umbauzeit aktiv bewirtschaftet, von den Lifestyle-Expertinnen Caroline Pelichet Boselli und Regina Decoppet. Die Modeboutique soll «Plattform für aussergewöhnliche Begegnungen» werden. Ein Salon für Talks und Lesungen. Im Zentrum des ab September stattfindenden Programms stehen Frauenthemen. Auftakt: «Frauen wagen Neues» mit Gabriella Baumann-von Arx, der Frau von TV-Mann Frank Baumann, die früher Arztgehilfin war und heute als Verlegerin erfolgreich ist.

Im Internet

www.schwangerpost.com

Süss wie Honig

Die Hausfrau Margrit Tobler, 72, und der Imker Fred Jaggi, 76, sind seit sechsvierzig Jahren verheiratet. Die Bienen trugen zu ihrem Glück bei und machten aus Fred einen späten Kinostar. *Teil 1*



«Hungschnittli»: Ehepaar Jaggi-Tobler.

Fred: Ich hatte soeben die bäuerliche Berufsprüfung an der Bergbauernschule Hondrich bestanden, als ich einen schweren Unfall erlitt. Ans Bauern war nicht mehr zu denken. Ich verlegte mich auf die Anfertigung von Bauernmöbeln und bin nun bereits seit Jahrzehnten als Imker tätig. Meine Frau lernte ich während der Arbeit kennen. Wir heirateten 1968. Wir wurden Eltern von vier gesunden Kindern.

Margrit: Meine Aufgabe besteht im Abdeckeln der Honigwabe. Auch das Schleudern des Honigs gehört zu meiner Arbeit. Ich besorge auch das Abfüllen, Etikettieren und den Verkauf des Honigs, also alle Arbeiten, die im Haus anfallen und sich in früheren Jahren auch mit der Erziehung der Kinder verbinden liessen.

Fred: Beim gemeinsamen Frühstück gibt es bei uns auch heute Kaffee und *Hungschnittli*. Wir sind bescheiden geblieben, obwohl ich vor zwei Jahren unvermutet zu «Berühmtheit» gelangte, weil ich in «More Than Honey», dem Film von Markus Imhoof, mitwirken durfte.

Margrit: Als Fred über den roten Teppich in Locarno laufen musste, weil der Film dort gezeigt wurde, war es schon etwas ungewöhnlich für ihn. Als er nach Hause kam, erzählte er, dass Bienen, so gross wie Kälber, über die Lein-

wand geflogen seien und dass sein Kopf die Ausmasse eines Scheunentors gehabt habe.

Fred: Und natürlich war jede einzelne meiner Runzeln erkennbar. Hätte ich gewusst, dass ich auf die Bühne muss, hätte ich ein besseres Hemd angezogen. Den Film verfolgte ich kritisch, jedoch auch stolz. Im Anschluss gab es feine Häppchen und genug zu trinken für alle. Ich konnte mich mit den Leuten unterhalten, die aus den zweihundert Stunden Rohmaterial neunzig Minuten Film geschnitten und vertont hatten. Auch mit dem Zahlmeister unterhielt ich mich ausgiebig. Über zwei Millionen kostete der Film. Er habe sich oft winden müssen wie ein Wurm.

Margrit: Dass wir uns eines Tages mit Bienen-seuchen wie der Varroa oder der Sauerbrut auseinandersetzen müssen und also mit einer Bedrohung unserer Bienenvölker, die auch im Film eine grosse Rolle spielt, konnten wir uns in jungen Jahren nicht einmal vorstellen.

Fred: Mein Grossonkel erarbeitete sein für die damaligen Verhältnisse beachtliches Vermögen bereits mit dem Handel mit Honig. Über Jahrzehnte hinweg hiess es im Volksmund: «Ein Schwarm im Mai ist wert ein Fuder Heu.» Der Honig aus dem Gadmental galt als Luxusprodukt und war vorwiegend in den Feinkostgeschäften in Basel zu finden.

Margrit: Vor mehr als hundert Jahren stellte man dann vom Haslifässli auf den Schweizerkasten um. Der war kürzer, bot zehn Brutwaben Platz und hatte nur einen Honigaufsatz. Dieses System erleichterte das Arbeiten mit den Bienen. In dieser Zeit entstanden landauf, landab unzählige Bienenzüchtervereine. Damals, als noch alles idyllisch war.

Fred: Im Film «More Than Honey» ist dann zu sehen, wie die Sauerbrut, ein hochansteckendes, tödliches Bakterium, das in den vergangenen Jahren viele Bienenvölker dahinraffte, auch mich dazu zwang, meine Bienen abzuschwefeln und samt Waben zu verbrennen. Das war der absolute Tiefpunkt.

Teil 2 in der nächsten *Weltwoche*

Fred Jaggi / Elisabeth Schild:
Meine Bienen – Als Imker im Gadmental.
Zytglogge. 224 S., Fr. 34.–
Hörbuch: Myner Bijeni. Zytglogge. Fr. 24.–
Protokoll: Franziska K. Müller

Sozialdemopathie

Von *Andreas Thiel* — Es kräht der Hahn im Spatzenhorst.

Thiel: Sag mal, Christian, was soll diese Zwängerei mit der Einheitskasse? Wollt ihr den Bürgern verbieten, eine andere Krankenkasse zu wählen als diejenige, die ihr vorschreibt?

Levrat: Es geht uns um Gerechtigkeit.

Thiel: Ihr sagt «Gerechtigkeit» und meint «Zwang».

Levrat: Es geht auch um Transparenz.

Thiel: Ihr sagt «Transparenz» und meint «Überwachung».

Levrat: Und vor allem um die Umverteilung.

Thiel: Ihr sagt «Umverteilung» und meint «Misswirtschaft». Ein Sozialdemokrat muss vor allem eines gerne machen: Schulden. Das Wirtschaftssystem der Sozialdemokratie basiert darauf, Geld auszugeben, das man nicht hat. Im Grunde genommen ist die soziale Marktwirtschaft eine suizidale Marktwirtschaft. Ihr verwandelt das Steuerparadies in eine Schuldenhöhle.

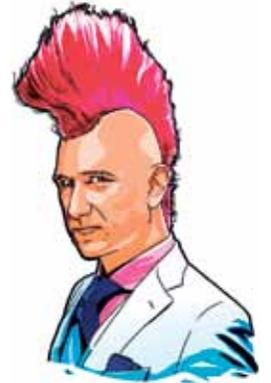
Levrat: Freiheit kann missbraucht werden. Deshalb gehört die Freiheit verboten.

Thiel: Und wenn sich der Bürger von euch nicht alles verbieten lassen will?

Levrat: Ungehorsam wird bestraft. Das ist auch bei Gott so.

Thiel: Gott verbietet nicht, Gott gebietet. Und Gott straft nicht, er wendet sich ab. Es ist der Teufel, der dann straft. Und der sitzt bei euch in jedem Detail. Euer Verbotssystem zerstört den freien Geist. Das machen eure sozialistischen Vorbilder auf der ganzen Welt immer wieder, mit verheerenden Folgen für Mensch und Umwelt. Sozialismus trifft man vorwiegend in der Dritten Welt an. Die Menschen dort können sich nichts leisten. Viele verhungern.

Levrat: Die Menschen in der Dritten Welt können glücklich sein, dass sie sich nichts leisten können, so sparen sie viel Energie und haben nicht so viel Verkehr.



Andreas Thiel, Jahrgang 1971, ist Schriftsteller und Kabarettist.

Big Is Not Ugly

Von Peter Rüedi



Stimmt schon: *Small is beautiful*, auch im Schweizer Weinhandel, der insgesamt ein so vielfältiges Biotop ist, dass jeder nach seinen (weinkennerischen) Fähigkeiten bedient wird und jeder nach seinen Bedürfnissen. Wenn er sich denn einen Überblick verschaffen kann oder will, findet er den Händler seines Vertrauens. Ist vielleicht nicht ganz so entscheidend wie die Wahl des Hausarztes, aber je nach persönlicher Prioritätenordnung fast ebenso. Zweifellos drängen sich am engen Markt (auch in der Schweiz wird immer weniger Wein getrunken) zu viele um unsere Gunst.

Am auffälligsten sind freilich die Preiskämpfe der Grossen. (In der Nische ist der Preis nicht das primäre Argument. Gewohnheit zählt da mehr – und Vertrauen: Dass mir eine Flasche auch dann ersetzt wird, wenn nur ich einen Zapfen rieche.) Wie auch immer: Die Rabattschlachten zwischen den grossen Importeuren (in der Pole-Position nach wie vor Coop, daneben in der ersten Startreihe Denner) nehmen zuweilen «Ben Hur»-Format an. Dennoch wird kein Kunde, dem dreissig Prozent und mehr Rabatt versprochen werden (selbst auf schon herabgesetzte Weine), «Big is ugly» ausrufen. Auch ob der Grund für solche Ausverkaufsstrategien gigantische Margen seien oder im Gegenteil der Umstand, dass der Branche das köstliche Nass bis zum Hals steht, kratzt ihn nicht. *Let it be*. Begraben wir auch die Zweifel, ob beim Wein Schnäppchenjagd die geeignete Strategie zur Kundenbindung sei. Vergessen wir ferner allen Snobismus und räumen ein, dass die *Big Two* auch im normalen Angebot beachtliche Weine zu günstigen Preisen führen.

Einen Überblick verschafft der sich ausschliesslich auf Grossverteiler konzentrierende jährliche «Weinseller» von Chandra Kurt im Werd-Verlag. In welchem sich auch unsere Probe aufs Exempel ehrenvoll erwähnt findet. Der robuste, nach einigem Lüften zunehmend Eleganz entfaltende Marqués de Murrieta Reserva 2008, eine in ein gutgezümmertes Holzgerüst gepackte schwarze Fruchtbombe von einem Rioja. Kein Schnäppchen, aber ein blitzsauberes Preis-Leistungs-Verhältnis (wie man so sagt).

Marqués de Murrieta Rioja Reserva 2008.
Fr. 17.95. Denner

Der talentierte Herr Parth

Er ist erst 26 Jahre alt, kocht aber, als wohnte die Seele eines alten Spitzenkochs in ihm: Benjamin Parth aus Ischgl. Von David Schnapp



Saucen von epischer Tiefe: Benjamin Parth im Restaurant «Stüva», Ischgl.



Der kulinarische Abschluss meiner diesjährigen Sommerferien (siehe auch Seite 65) fand in Ischgl statt, einen österreichisches Bergdorf mit Schweizer Wurzeln. Vor tausend Jahren wurde «Yscla» (rätoromanisch für «Insel») von Rätoromanen aus dem Engadin besiedelt, noch heute sagt man hier «Allegra» zur Begrüssung.

Ich besuchte das Hotel «Yscla» (sprich: Ischgl), um bei einem der talentiertesten Köche Österreichs zu essen: Benjamin Parth ist erst 26 Jahre alt, er hat bei Grössen wie Heinz Winkler, Marc Haerberlin, Sven Elverfeld und Santi Santamaria gelernt, aber seine kulinarische Früherziehung hat ihm sein Vater verpasst: Der essverrückte Hotelier Alfons Parth nahm seinen Sohn schon als Vierjährigen mit zum damaligen Zwei-Sterne-Koch Alain Ducasse. Es ist möglicherweise die Grundlage für eine faszinierende Geschmackssicherheit, die den Sohn heute auszeichnet, wenn er in seinem «Stüva» kocht: seine sehr klassischen Kompositionen (Hummer, Bisque, Liebstöckel oder Seezunge mit Steinpilzen und Pfifferlingen) sind von einem so ausgewogenen, dichten Aroma, als wohnte die alte Seele eines grossen Spitzenkochs in dem etwas scheu wirkenden Benjamin Parth aus Ischgl.

Dabei weiss der 26-Jährige sehr genau, was er will (und was nicht). Er will beste (Meeres-)Produkte, die er sich mit dem Gourmetkurier für Profis in die Berge liefern lässt, harmonisch ver-

edeln und vermeidet konsequent den Eindruck, irgendeiner kulinarischen Mode zu folgen. Seine Kompositionen sind radikal aufs Wesentliche reduziert, wie ich es noch nie bei einem so jungen Koch gesehen habe: ein Fisch, eine Sauce, einige Pilze, fertig. Nur im Einstieg und beim Dessert (Himbeeren, Vanille, Verveine und Galanga, eine Ingwer-Art) wirkt Parth's Menü etwas moderner. Wenn man hingegen den perfekt gedämpften Hummer an einer Sauce aus entsaftetem Hummer und Liebstöckel mit geschlossenen Augen isst, hätte es auch ein Fredy Girardet sein können, der dieses Gericht gekocht hat.

Nun kann man sich fragen, ob es sinnvoll ist, dass ein junger Küchenchef kocht wie seine Vorbilder im Grossvateralter. Verblüffend ist allerdings, dass es ihm mit einer lockeren Selbstverständlichkeit gelingt. Dass er Saucen von epischer Tiefe kreiert und dann wieder Rindsfilet mit Soja und Limetten-Blättern zu einer erfrischenden asiatischen Note kombiniert. Weil er es kann.

Restaurant Stüva im Hotel «Yscla»
A-6561 Ischgl; www.yscla.at
Während der Saison täglich ab 19 Uhr
Ausführliche Besprechung des Menüs auf:
www.dasfilet.ch



Auto

Mein Kombi (II)

Ein BMW 550i ist gerade als Kombi perfekt für *die* Autobahn, ein deutsches Kulturgut. Von David Schnapp

Die deutsche Autobahn wird ja bisweilen missverstanden. Man kennt den Fall der ehemaligen Moderatorin Eva Herman, die «Autobahn» und «Hitler» sagte und daraufhin gesellschaftlich geächtet wurde. Zur Entlastung der Autobahn muss man sagen, dass nicht Hitler und die Nazis sie erfunden hatten, sondern laut Wikipedia ein gewisser Robert Otzen. Demnach wurde die erste Autobahn der Welt 1921 im Berliner Grunewald eröffnet, und die Italiener gaben 1923 die erste längere Autobahn für den Verkehr frei. Heute hat Deutschland eines der dichtesten und längsten Autobahn-

netze der Welt und das einzige, auf dem man manchmal ohne Tempolimit fahren darf.

Damit sind wir bei dem Auto, mit dem ich während der Sommerferien rund 2000 Kilometer auf *der* Autobahn zurückgelegt habe, was die Summe vieler einzelner, recht interessanter Etappen war. Es ging von Zürich nach Chemnitz, Weimar und Buchenwald, dann über Dresden (Monsterstau als Folge eines Car-Unfalles inklusive) via Berlin und Brandenburg auf die Insel Usedom. Von da zurück, dann nach München, Garmisch-Partenkirchen, Ischgl (s. «Zu Tisch», vis-à-vis) via Silvretta-Hochalpenstrasse zurück nach Zürich. Wobei die Silvretta keine Autobahn, sondern eine der schönsten Landstrassen ist, die mir bekannt sind.

Der BMW 550i Touring ist der perfekte Wagen für *die* Autobahn. Selbst mit vier Personen und vollem Kofferraum beschleunigt er mühelos und liegt bei 180 km/h so selbstverständlich und elegant auf der Strasse, dass auch Langstrecken sich in Mühelosigkeit auflösen. Dabei dreht der Achtzylinder-Motor mit 4,3 Liter Hubraum und zwei Turboladern dank der grosszügigen Achtgang-Automatik nur mit et-

wa 2500 Umdrehungen, so dass höchstens etwas Wind zu hören ist und sich der Verbrauch am Ende bei etwa zwölf Litern einpendelt, was angesichts von Motor und Fahrzeuggewicht erstaunlich ist. Tempo 80 absolviert der Kombi knapp über der Leerlaufzahl des Motors, 160 lässt sich noch mit 2000 Umdrehungen fahren.

Das Autokennzeichen-Spiel

Während die anmutige Fränkische Schweiz und das von Windrädern entstellte Brandenburg an mir vorbeizogen und das Auto dank Abstandsradar sich relativ eigenständig verhielt, begann ich, deutsche Autokennzeichen zu studieren. Im Gegensatz zum Schweizer hat der Deutsche eine gewisse Freiheit, was seine Schilder betrifft. Die ersten ein bis drei Buchstaben bezeichnen die Herkunft, danach folgt die Erkennungsnummer mit Buchstaben und Ziffern. Hier kann man teilweise wählen, was manche Automobilisten zur persönlichen Positionierung nutzen. Wie der Fahrer aus Pirna (Sachsen), bei dem «PIR-AT» auf dem Schild stand. Viele Möglichkeiten hat man als Berliner, um seine sexuelle Orientierung kundzutun («B-I») oder seine Persönlichkeit («B-EE»). Gut gefallen hat mir auch «KR-AS» und wegen seiner Einfachheit: «Z-OO». Das beste Nummernschild ist mir aber in der Schweiz begegnet, weil es den Fahrstil des Fahrzeughalters präzise umschrieb: «LÖ-LI».

BMW 550i Touring

Leistung: 448 PS, Hubraum: 4395 ccm
Höchstgeschwindigkeit: 250 km/h
Preis: Fr. 102 500.-; Fr. 133 570.-





«Eher ein Normaler»: Lienhard, 68, Bandleader, Saxofonist, Arrangeur.

MvH trifft

Pepe Lienhard

Von Mark van Huisseling — Er ist der netteste Mensch der Schweiz im Unterhaltungsgeschäft. Ist er darum so erfolgreich – oder trotzdem?

Wie sieht der Tag des Musikers aus, wenn er keine Konzerte gibt?» – «Also ich nehm's easy. Ich gehe zuerst die Tiere füttern. Und ich les' sehr gern Zeitungen, ich hab zwar einen Mac, aber bin halt ein Nostalgiker, ich höre ja auch noch Schallplatten. Ich genieße es [die konzertfreie Zeit], es ist ein Luxus, wenn man keine Bürozeiten hat. Ich kann im Garten *zmörgele* ...» – «Ich find's gut, wenn mal einer nicht meint, er müsse erzählen, er habe grad wahn-sinnig viel zu tun ...» – «Das war bei mir das ganze Leben so. Wenn einer fragt: «Und wann machst du Ferien?», sag ich: «Ich hab immer Ferien. Aber ich bin auch immer Musiker.» Ich hab heute schon zwei Gespräche gehabt wegen der Sendung zum 80. Geburtstag von Udo – dafür muss ich nicht im Büro sitzen und warten, bis einer anruft.»

Peter Rudolf «Pepe» Lienhard, 68, ist Bandleader, Saxofonist, Flötist und Arrangeur (Wikipedia); 1977 wurde er respektive die Pepe Lien-

hard Band mit «Swiss Lady», dem Schweizer Beitrag am Eurovision Song Contest, «international bekannt» (*Blick*, das Lied erreichte Platz sechs). Mit seiner neuen Frau – er heiratete vor zwei Jahren zum zweiten Mal – wohnt er in einem Bauernhaus in Frauenfeld; er hält Hasen, Hühner und andere Vögel. Und ich halte ihn für den höflichsten Menschen im Unterhaltungsgeschäft. Ferner ist er der einzige mir bekannte Popstar, dessen Rede sich nicht so zusammenfassen lässt: «Jetzt habe ich genug geredet, nun zu Ihnen: «Wie finden Sie mich?»» Trotzdem (oder deshalb) gehört er zu den «erfolgreichsten Bandleadern im deutschsprachigen Europa» (*Schweiz am Sonntag*), er begleitete etwa Sammy Davis Jr. oder Frank Sinatra. Und: Er begegnet einem auch voller Respekt, wenn er merkt, dass die Musik, die er spielt, nicht die ist, die man am liebsten mag. Das Gespräch fand statt in der «Blauen Ente» in Zürich (wir waren Gäste der Restaurantbetreiber).

«In der Schweiz sind Sie ein Star ...» – «Also ein Bandleader ist nie ein Star wie zum Beispiel ein Sänger.» – «Sie ragen heraus.» – «Ich bin schon lange dabei ...» – «Aber im Ausland, auf Tournee mit Udo Jürgens etwa, sind Sie <Twenty Feet from Stardom> [Titel eines Dokumentarfilms über Hintergrundsänger; etwa <7 Meter entfernt vom Ruhm>], stört Sie das?» – «Nein, das stört mich nicht. Wir haben ja mal einen anderen Status gehabt, mit dem Sextett; wir waren *heavy* in den Charts, allen grossen Fernsehsendungen, haben Autogrammstunden gegeben ... Aber mir war das gar nicht so wichtig. Und als ich die Big Band machte [24 Musiker], wusste ich, dass ich hinter den Künstlern stehen werde. Das ist *part of the job*.» – «Sind Sie ein uneitler Mensch?» – «Mir fällt das leicht, weil mein Ding war, mit einer super Band arbeiten zu können; tönt ein bisschen banal, aber dann bin ich glücklich.»

«Ein bisschen ein grosses Ego müssen Sie aber schon haben, sonst hätten Sie es nicht so weit gebracht oder?» – «Ich glaube, ich habe immer natürliche Autorität gehabt, mit 12 schon eine eigene Band, meine Musiker waren 17 ... Ich musste gar nie dafür kämpfen und war dadurch vielleicht relativ gelassen. Logischerweise spiele ich gern mal ein Solo, aber ich bin kein Extremer, eher so ein wenig, ja, ein Normaler, Bünzlinger.» – «Woher kommt das?» – «Ich bin in Lenzburg aufgewachsen, mein Vater war Bahnbeamter, die Mutter hatte einen Lebensmittelladen, dort musste ich helfen als Kind, allen Leuten den Namen sagen, grüezi sagen ... So sind wir erzogen worden, das war eine gute Lebensschule.» – «War das Musikerleben früher besser?» – «Es ist mühsam, wenn die Alten erzählen, wie's früher besser war ... Es war anders, es gab Dancings, man konnte viel spielen, das ist klar. Aber die Jungen, die heute von der Jazzschule kommen, spielen auch viel. Und es gibt viele Festivals, die's früher nicht gab.»

«Ihre Frau ist über zwanzig Jahre jünger als Sie, ist es besser, jemand Junges an der Seite zu haben?» – «Also meine Ex-Frau war auch viel jünger: 18 Jahre. Und Christine [seine neue Frau] ist 23 Jahre jünger als ich. Aber ich habe mich nie zu ganz jungen Frauen hingezogen gefühlt, im Gegenteil, mit einer ganz Jungen könnt' ich nicht zusammensein, nur schon wegen meinen Töchtern [beide erwachsen] und wegen den Themen. Hat mich einmal einer gefragt, wieso Musiker immer so junge Frauen hätten, und ich habe gesagt: «Sie, sie ist auch schon 40 ...» Ich glaub, ich hätt' kein Problem, mit einer gleichaltrigen Frau zusammenzusein.» – «Was könnte der Vorteil davon sein?» – «Ich könnt's nicht sagen. Ich habe das Gefühl, ich hab die perfekte Frau.»

Sein liebstes Restaurant: «Ich geh viel gut essen, muss ich sagen. Aber in Zürich ist es schwierig, auf eines zu reduzieren ... Am liebsten gehe ich in die «Kronenhalle», obwohl's kein Freddy-Burger-Restaurant ist.» «Kronenhalle», Rämistrasse 4, Zürich, Tel. +44 262 99 11

	1	2		3	4	5	6	7		8	9	10		
11				12										13
14										15				16
17				18										
		19	20									21		
22	23					24	25			26				
27					28						29	30		31
			32	33						34	35			
36		37					38	39						40
41										42				
43								44				45		
46										47				



Lösungswort — Auf ihr stehen und zufrieden sein.

Die rosa eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht — 1 Typisch Landwirt. 8 Was Pasta immer brauchen. 11 Verhextes Brettspiel. 12 Mundgerechtes Matterhorn. 14 Grundlegend grundlegend. 15 Das von Nantes gewährte Calvinisten Gewissensfreiheit. 17 Ein kurzer Blick zurück, um zu sehen, was die Motorfahrzeugkontrolle auch ist. 18 Unmöglich, es hinterher zu tun. 19 Was solche Schuhe für Franzosen sind. 21 Die neue lässt, wenns denn soweit ist, immer wieder auf Neues hoffen. 22 Überbleibsel des vergöttlichten Friedens aus vorchristlicher Zeit. 24 Chuk Shon hiess die Stadt in Arizona einst. 27 Die Verehrung verwehrt den nüchternen Blick. 28 Fruchtsaft, der sich dicke tut. 29 Die Partikel drückt genau so die Steigerung aus. 32 Je nach Perspektive pathologischer Faktor oder treibende Kraft. 34 Ziemlich haarig, wie sie geheimnisvoll zwischen den Fronten tanzte. 36 Drunken gehört er zum singenden Seefahrer. 38 Sportlich gesehen eine massgebende Grenze. 41 Er ist weitsichtig, ohne eine Brille zu benutzen. 42 Erich Kästner sah es so: Wenn einer keine hat, hat er keine Phantasie. 43 Wo der Radsportklassiker Lüttich-Bastogne-Lüttich endet. 44 Für die einen eine Leitung, für andere ein Zylinder. 45 Komprimierter TV- und Radio-Dienst der EU. 46 Ein Wochenende anno 1967 mit Jean-Luc Godard. 47 Sie mündet in die Seine, er in den Murray River.

Senkrecht — 1 Das Ich, wie es Briten kennen. 2 Was das Urteil für Verbrecher, ist es gleichsam oft für Zaungäste. 3 Fast ein Wunder, wie er blind mit seinen Songs berührt. 4 Ehre, wem sie gebührt, z.B. 3 senkrecht. 5 Was wir alle irgendwann einmal müssen. 6 Reduzierte Verteidigung des eigenen Luftraums. 7 Girolamo, der als er mit Bud Erfolge feierte. 8 Der Wind, das himmlische Kind, das sich kurzzeitig bockig gibt. 9 Light Hair, Sitting Bulls erste Gattin, war eine. 10 Vieles hat zweifellos zwei, wir suchen nur eine. 11 Globale Zivilisationskrankheit. 13 Sizilianischer Vulkan. 16 Die todbringenden Gestalten erschreckten die alten Griechen. 20 Das hinterste nach ganz vorne, und schon ist es diese Schweizer Textiles AG. 23 Italiener und er haben die romanische Sprache gemeinsam. 25 Eine Region, doch kein Synonym für Nordirland. 26 Da muss man sagen: ausgesprochen aussergewöhnlich. 28 Richard, berühmter American Gigolo. 30 Sportler, die es hautnah mögen. 31 Gute Nacht bei Infekten durch solche Insekten! 33 Sie drückt sich ohne Gerede aus. 35 Er lässt sorgloses Sein ins Gegenteil kippen. 36 Der Mann des Schicksals – tönt nach dramatischem Menschen. 37 Starke, zusammengedrehte und verdrehte Sache. 39 Das Château, also Schloss, heisst wie die Gemeinde (VD). 40 Sie macht einzelne Buchtitel zu einzigartiger Sache.

Lösung zum Denkanstoss Nr. 380

P	A	A	R	L	A	U	F			R	A	P	P	E
A		D		O		N	A	E	G	E	L	I		B
S	T	U	C	K	A	T	U	R		D	A	E	N	E
S	O	L	O	S		A	N	T	W	E	R	P	E	N
	P	A	R	A	D	E		R			M	U		
	K		D			T	E	A	M	G	E	I	S	T
K	A	R	A	C	H	I		G	A	U				
O	P	I		O		G	A	S	M	E	S	S	E	R
P	I	E	R	R	E			L	I	N	E	A	L	
P		S	I	N	A	T	R	A		S	I	T	A	R
E	X	E	G	E	S	E		G		E	L	A	N	
L		N	A	T	T	E		E	I	L	E	N	D	S

Waagrecht — 1 PAARLAUF 6 RAPPE 10 NAEGELI (Harald, Graffiti-Künstler) 12 STUCKATUR 15 DAENE 17 SOLOS 18 ANTWERPEN (wichtiger Diamanten-Handelsplatz) 19 PARADE 20 TEAMGEIST 23 KARACHI (grösste Stadt Pakistans) 26 GAU 27 OPI (Autopilot) 28 GASMESSER 31 PIERRE (franz. f. Stein, dazu franz. Name) 34 LINEAL 35 SINATRA 37 SITAR 38 EXEGESE 39 ELAN 40 NATTE (Tante) 41 EILENDS

Senkrecht — 1 PASS 2 ADULA 3 LOKSA 4 UNTAETIG 5 FAUN 6 REDE 7 ALARME (aus it. all'arme, zu den Waffen) 8 PIEP 9 EBEN 11 ERTRAGSLAGE 13 TOPKAPI 14 CORDA (altes Längenmass) 16 NEUSEELAND 21 (Cheb) MAMI 22 GUENSEL 23 KO(e)PPEL 24 RIESEN 25 CORNET 29 SEILE 30 SATAN 32 RIGA 33 EAST (engl. f. Ost[en]) 36 TEE

Lösungswort — **ABERTAUSEND**

EMS
WIR DENKEN WEITER

EMS – Innovativ, weltweit
erfolgreich in den Geschäftsbereichen
Hochleistungspolymere
Spezialchemikalien



Der Stein des Lebens und der Liebe

«Beim Rubin wechseln lichte
und samtene Töne von Rosa
bis zu dunklem Purpur:
Je leuchtender, je lebhafter
das Rot funkelt,
desto erlesener und kostbarer
ist der Stein des Lebens
und der Liebe.»

Dr. Eduard J. Gübelin (1913–2005)

6.95 ct Rubin aus Burma
im Ovalschliff



GÜBELIN

GEM PASSION